

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis für den Abonnenten: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustriertem Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mk. pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verzeichnisse: Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,00 Mk., für das übrige Ausland 4 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 Bestimmt für die sechsgehaltene Anzeigenzeile über deren Raum 30 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 50 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das heißt: alle Anzeigen, die nicht in die sechsgehaltene Zeile passen, jedes weitere Wort 10 Pfg. (Schlüsselzeile und Schlüsselzeile) zeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interesse für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 13. Februar 1914.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Preußen in der Scharfmacherei voran!

In der Debatte über die Katastrophe in der Grube Achenbach kam Genosse Hue bei seiner Kritik des Instituts der Sicherheitsmänner auch auf ein recht interessantes Detail zu sprechen. Er sagte:

„In anderen Ländern versteht man es doch mehr, die Arbeiterbedürfnisse zu berücksichtigen. Gerade jetzt ist in Holland die Frage der Vergewaltigungen frisch angeschnitten worden, und da hat denn auf eine Eingabe des Niederländischen Vergewaltigungsverbandes die Regierung erklärt, daß sie keine Sicherheitsmänner nach preussischem Muster einführen würde, sondern daß Grubenkontrolloren eingeführt werden sollten, und zwar gewählt von Arbeiterausschüssen, aber bezoldet vom Staat. Das ist doch schon ein wesentlicher Fortschritt. Mir ist auch zufällig zu Ohren gekommen, daß die holländische Regierung sich über die Praxis der Sicherheitsmänner in Preußen Material verschafft hat. Ich habe dann auch Einblick in dies Material gehabt. (Zuruf im Zentrum: Ich kenne es auch!) Sie kennen es auch? Vielleicht können Sie, verehrter Herr Kollege, mir auch sagen, wer dieses Material der Regierung in Holland geliefert hat. (Zuruf im Zentrum: Ich weiß, woher es stammt, aber nicht, wer es der Regierung überliefert hat!) Es wäre doch sehr interessant, von unserer Regierung zu hören, ob sie etwa dies Material der holländischen Regierung geliefert hat. Denn dies Material ist beinahe von Anfang bis zu Ende eine Diskreditierung der Tätigkeit der Sicherheitsmänner, wie man sie nur von einem ganz ausgeprägten Vertreter des Scharfmachertums erwarten kann. (Zuruf: Hört! bei den Sozialdemokraten.)“

Wie uns der Genosse Hue mitteilt, war das der holländischen Regierung zur Verfügung gestellte Material in einem dicken Aktenband zusammengeheftet. Es bestand aus handschriftlichen Mitteilungen über angeblich politischen Mißbrauch der Sicherheitsmänner, über die Tätigkeit der gewählten Leute, Auszüge aus den Jahrbüchern, in denen die Sicherheitsmänner den Befund einzutragen haben, dazu Randbemerkungen von Betriebsleitern und Berginspektoren. Das Material war derart, daß es im großen und ganzen ein recht schlechtes Licht auf die sachmännliche Tüchtigkeit und teilweise auch auf die moralische Qualität der Beurteiler werfen mußte. Zum Teil erschienen die Beurteilungen als alberne Menschen, die sich über die einfachsten technischen Vorgänge nicht klar waren. Wenn es nicht der bewußte Zweck dieser Materialsammlung war, die Sicherheitsmänner zu diskreditieren, so konnte doch dieser Effekt nach der Art der Aufmachung kaum ausbleiben. Die Uebersendung dieses Materials muß spätestens im Frühjahr 1912 erfolgt sein. Unser Gewährsmann lernte es im Sommer 1912 kennen. Da das Institut der Sicherheitsmänner erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1909 in Wirksamkeit getreten ist, durfte wenigstens ein Freund des Sicherheitsmännergesetzes nach so kurzer Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes über seine Erfolge noch nicht abschließend urteilen. Dieser Vorbehalt war aber aus der bekannt gewordenen Materialsammlung nicht zu entnehmen. Und doch hat die Regierung noch 1912 gegenüber der Kritik unseres Genossen Veinert im Landtag erklärt, über die Wirkung des Gesetzes ließe sich noch kein abschließendes Urteil abgeben! Etwa um dieselbe Zeit erhielt aber die holländische Regierung schon die bewußte Materialsammlung!

Auf die Anfrage des Genossen Hue blieb der Herr Oberberghauptmann v. Belsen die Antwort schuldig. Er bestritt aber durchaus nicht, daß die Lieferung des Materials durch die preussische Regierung erfolgt ist. Man kann demnach annehmen, daß die holländische von der preussischen Regierung oder durch deren Vermittelung Informationen erhalten, die das von seinen Freunden als eine große soziale Reform gepriesene Sicherheitsmännergesetz als eine gesetzgeberische Fehlgeburt charakterisieren. Das wäre zu begrüßen, wenn die Informationen nicht auch schlechtes Zeugnis gegen die Beteiligung der Arbeiter an der Werkkontrollen gemacht hätten. Wenn man die Arbeiter als unsfähige Kontrolloren, um nicht zu sagen Trottel, hinstellt, wie das in dem der holländischen Regierung zur Verfügung gestellten Material geschehen ist, was wird da für ein Eindruck erweckt?

In den interessierten Kreisen bei uns zu Lande sträubt man sich also nicht nur gegen eine zeitgemäße Reform des Sicherheitsmännergesetzes, sondern man informiert darüber hinaus sogar eine ausländische Regierung derart einseitig, daß auch sie einer praktischen Reform der Grubenkontrollen abgeneigt wird. Inzwischen ist ja in Holland durch die Parlamentswahlen eine Verschiebung der Machtverhältnisse eingetreten. Das neue Ministerium hat, überzeugt durch das von unseren Genossen beigebrachte Gegenmaterial eine den Forderungen der Arbeiter entgegenkommende Kontrollreform zugestanden. Die aus Preußen bezogenen Informationen sind wohl „zu den Akten“ gelegt

worden. Es wäre Sache der Parteien, die dem Sicherheitsmännergesetz zugestimmt haben, die Regierung über ihre Beziehungen zu der ominösen Materialsammlung zu interpellieren. Da die gegenseitigen Informationen der Regierungen auf diplomatischem Wege durch die beiderseitigen Gesandtschaften zu erfolgen pflegen, ist es auch unseren Genossen im Reichstage möglich, die Vertretung des auswärtigen Amtes zu fragen, ob sie sich hat bereit finden lassen, jenes tendenziöse Material zu übermitteln, ohne den zum Teil schwer beschuldigten Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich über die sie herabsetzenden Behauptungen zu äußern. Vielleicht kommt auf diese Weise heraus, wer es unternahm, deutsche Arbeiter bei einer ausländischen Regierung anzuschwärzen.

Der Hörige der Agrarier?

Es war sehr nahelegend, und wir haben es auch vorausgesagt, daß der von Gnaden der Junker noch einmal prolongierte Reichstagler nunmehr alles aufbieten werde, um die arg erschütterte Huld der kleinen aber mächtigen Partei zuzugewinnen. Auch diesem Kanzler sind ja liberale Neigungen nachgesagt worden. Wir haben in dieser unbehilflichen und pedantischen Persönlichkeit niemals auch nur das kleinste Fünkchen eines verschleierte Liberalismus zu entdecken vermocht; aber die Liberalen mögen ja vielleicht besser wissen, was für sie liberal ist. Seit dieser liberale Kanzler jedoch in Ungnade bei den Junkern gefallen ist, seit ihm im Herren- und Abgeordnetenhaus derbe Küffel erteilt wurden, überschlägt er sich förmlich in ultrareaktionären Kundgebungen.

Als am Mittwochabend der Deutsche Landwirtschaftsrat im Hotel Adlon sein Festessen abhielt und der Vorsitzende des Landwirtschaftsrates, Graf Schwerin-Löwitz, zwischen Fisch und Braten mit echtagrarischem Bombast die agrarische Kaisertruppe gelobt hatte und zum Schluß alle Potentaten sämtlicher deutschen Vaterländer hochleben ließ, da nahm der Kanzler der schlaflosen Nächte schleunigst die Gelegenheit wahr, um in Anknüpfung an die Scharfmacherephrasen des Grafen Schwerin-Löwitz buchstäblich und junferlich sein agrarisch-reaktionäres Glaubensbekenntnis herzugeben.

Über die landwirtschaftlichen Interessen hinaus habe der Vorsitzende die Anwesenden auf das weitere politische Feld geführt und in der Tat seien ernste Zeiten. Aber so schwierig die inneren Zustände seien, in einem, in dem Hauptpunkt, seien doch alle einig: „Das ist der durch große Wahlerfolge gesteigerte Hochmut einer Partei, deren Bestrebungen darauf hinausgehen, die Fundamente des Reiches und unserer Monarchie zu unterhöhlen. Da gibt es kein Praktizieren, sondern nur Kampf.“ Und gegen den Schluß seiner Rede hin betonte der Reichskanzler, daß „im Zusammenhange aller besonnenen und vom Staatsbewußtsein getragenen Elemente man auch stark genug sein werde, um die Kräfte niederzubalten, die in der gärenden Entwicklung unserer Zeit das Gefüge unseres staatlichen Baues nicht festigen und bessern, sondern lockern und niederreißen wollen.“

Schöner hätte auch Herr v. Henninghausen selber das junferliche Sprächlein gegen den Umsturz nicht herfagen können. Herr v. Bethmann hat in seiner Amtstätigkeit die Junferprosaologie so hübsch beherrschen gelernt, daß man ihn, falls einmal seine Drahtzieher einen geeigneteren Mann an seine Stelle schieben, als junferlichen Wahlschlager oder als Reichsverbands-Wanderredner benutzen könnte. Da er aber die eine Rede so gut auswendig gelernt hat, ist es möglich, daß man ihm noch eine Zeitslang seines Amtes walten läßt.

Für Ausländer, die in konstitutionellen Staaten mit demokratischen Formen leben, wird es immerdar ein Rätsel bleiben, wie der leitende Staatsmann des Reiches sich unterfangen kann, gestützt auf ein Häuflein großmäuliger Junker, hinter dem aber im Ernstfalle, bei wirklich freiem Wahlrecht und unbefehlter Abstimmung, nur ein winziger Prozentsatz des Volkes stände, eine Partei so großlich zu insultieren, zu der sich trotz aller Achtung und Verfolgung durch alle staatlichen Organe und aller Organisationen des Unternehmertums ein reichliches Drittel des ganzen Volkes bekennt. Aber wir in Preußen-Deutschland wundern uns über die Junferhörigkeit der Minister keinen Augenblick. Sie sind eben Fleisch vom Fleische der Scharfmacher, und nicht wenige von ihnen erhalten feste Aufsichtsratsposten und finden Stellen in den kapitalistischen Konsortien, sobald sie den Ministerrod abgelegt haben. Deshalb proklamieren sie gleich den wildesten Schreibern auf der Rechten immer wieder den Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Den Kampf führt man nun schon seit manchen Jahrzehnten. Der Erfolg ist das rapide Umsichgreifen der Sozialdemokratie. Mit den anderen Reichsfeinden, den Polen, Dänen und Elsaßern besteht die gute Hälfte des Volkes überhaupt aus Gegnern des Reiches und des Staates. Je länger man es so treibt, desto unabwehrbarer wird der Umsturz, der Zusammenbruch des terroristischen Regiments unserer Scharfmacher. Kein Oberst Reuter und kein Leutnant Forstner wird dann Staat und Monarchie retten können.

Die schwedische Regierungskrise.

Stockholm, 11. Februar. (Eig. Ver.)

Die Verfassungs- und Regierungskrise beherrscht hier das ganze gesellschaftliche wie politische Leben, und die Phantasie aller klatschfüchtigen Elemente findet in den waghalsigsten Kombinationen Ausdruck. Von bedrohlicher Revolution bis zum vollendeten Aktentat auf den

König ist die ganze Skala des Spießbürgerlaffsches abgeleiert worden. Für die Stimmung am Hofe ist typisch, daß die Schloßwache verstärkt, das Militär in den Kasernen zurückgehalten und kein Urlaub gewährt wird. Das schlechte Gewissen erzeugt Furcht vor dem Volke.

In Wirklichkeit sind es nur die „Königstreuen“, die Skandale machen. Am Dienstag, nachdem der Rücktritt des Kabinetts bekannt war, hat dieser „bessere“ Böbel sich überall geradezu standalös benommen. Er besöfelte die Restaurants und schrie sich in ersterbender Loyalität vor dem persönlichen Regiment heißer. Die Königshymne wurde von skandalisierenden Lagedieben immer wieder angestimmt und die Musikanten in den Restaurants gezwungen, die musikalisch grauenhafte Melodie aufs neue zu spielen. Dabei blieb es aber nicht, sondern dieser Lacktiefelpöbel belästigte auch diejenigen Gäste, die sich am Gesange der Hymne nicht beteiligten oder währenddessen nicht aufstehen wollten. Der Bruder des dänischen Dichters Johannes V. Jensen z. A. wurde im fashionalisten Restaurant Stockholms überfallen, mit Nitronen geschoben und Punsch begossen, weil er mit zwei Begleitern nicht während des Gejohles aufgestanden war. Ein Mitarbeiter des Stockholmer „Socialdemokraten“ wurde auf offener Straße insultiert.

Diese Ausschreitungen des Hurrapöbels sind aber keineswegs für die Stimmung im Volke irgendwie typisch. Zahlreiche politische Versammlungen im Lande protestieren gegen die Etablierung des persönlichen Regiments und sprechen der Regierung den Dank aus für ihre feste Haltung. Unzählige Sympathiebeweise geben täglich aus allen Ecken des Landes bei der Regierung ein, und wenn heute die konservativen Studenten dem König ihre Huldigungen bringen, so wird das die freijüngigen Studenten veranlassen, morgen dem abgehenden Premierminister ihre Sympathien zu bezeugen.

Die Presse nimmt je nach der Parteistellung für und wider den König Stellung. Der „Socialdemokrat“ widmet dem Ministerium Staaff eine lange Abhandlung, die zu folgendem Ergebnis kommt: „Herr Staaff und seine Kollegen weigerten sich, mit nichtsagenden Verzögerungsphrasen sich zu begnügen, oder mit Redewendungen, die sogar neue, von gleicher undantwortlicher und gewissenloser Seite inspirierte Oratorien erwarten ließen. Als der König nicht ein klares und ehrliches Versprechen abgeben wollte, mit der Regierung zu regieren, die nicht durch seine Privatwünsche, sondern durch Wahl des schwedischen Volkes aus Ruder gekommen war, da war das Abschiedsgeheiß die einzige richtige Antwort. Daß diese Antwort jetzt kam und nicht ein lähmendes Kompromiß — für diese feste Haltung in der Stunde der Prüfung ist die ganze Demokratie Schwedens der zurücktretenden Regierung dankbar. Diese Tat bezeugt manche bittere Erinnerung. Wenn Karl Staaff jetzt seine zweite Periode als schwedischer Staatsminister beendet, kann er hocherhobenen Hauptes gehen, getragen wie nie zuvor von der einigen, ehrlich gemeinten Dankbarkeit der gesamten Linken für gute Wache, als es schließlich darauf ankam.“

Ähnlich sprechen sich andere Parteiblätter aus. Die liberalen Blätter sind nicht so einig. Die rechtsliberalen vom Schlege des „Aftonbladet“, dessen Liberalismus ungefähr vom Schlege der „Damburger Nachrichten“ ist, stehen mit beiden Füßen im Lager der Rüstungsheher und sind unangenehm berührt von der Aufrollung der verfassungswidrlichen Streitfrage in diesem Augenblick. Das sind aber nur einige Ausnahmen, im großen und ganzen tritt die liberale Presse scharf für das Ministerium ein und es stößt daher auf Schwierigkeiten, ein rechtsliberales — scheinliberales Streikbruchministerium zu bilden mit der Aufgabe, die Liberalen zu spalten. Herr de Geer, der sonst ein sehr sympathischer Mann ist, scheint auch schon Bedenken zu bekommen.

Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß die am Dienstag auch in Deutschland verbreitete „offizielle“ Darstellung der Ministerkrise nicht offiziell ist, sondern von der Hofkamarilla ohne Wissen des Ministeriums tendenziös zugefunkt in die Öffentlichkeit lanciert worden ist. Das Ministerium wird im Reichstage eine lädenlose Darstellung der Vorgänge geben, aus der die absolutistischen Neigungen des Königs klar hervorgehen.

Ein deutsch-englisches Bündnis?

Außerordentlich bemerkenswerte Ausführungen über die auswärtige Politik im allgemeinen und die deutsch-englischen Beziehungen im besonderen, finden sich in dem letzten Wochenrückblick der „Kreuz-Zeitung“ auf die internationale Lage. Professor Theodor Schiemann, der regelmäßige Verfasser dieser Rundschau, spricht von den auf Afrika bezüglichen Verhandlungen zwischen Deutschland und England. Er will auf die Detailsfragen, für deren Beurteilung er sich nicht kompetent erklärt, nicht näher eingehen, glaubt aber, feststellen zu sollen, daß sich wie in Afrika so in aller Welt die deutschen und die englischen Interessen zum Vorteil beider Teile und der allgemeinen Kultur ausgleichen lassen.

„Was dem entgegensteht“, so fährt er fort, „sind törichte, durch keine inneren materiellen oder ideellen Interessen bedingte Gegenstände, die recht betrachtet, nur in der Vorstellung derjenigen bestehen, die durch die Gunst oder Ungunst der Zeit berufen worden sind, die Politik die Richtung zu geben, die von der Nation, an deren konstitutionelle Spitze sie gestellt worden sind, vertreten werden sollen.“

Schiemann führt dann weiter aus, daß dabei jeder Teil dem anderen die Schuld zuweise, und daß hier wie dort die Verantwortung auf den Strom der öffentlichen Meinung abgehoben werde, während es in Wirklichkeit nichts gebe, was beider wäre, von heute auf morgen seine Überzeugung zu wechseln als diese öffentliche Meinung, die nur erwarte, daß man den Mut habe ihr zu sagen, wohin sie gehen solle. Dann fährt der Kreuzzeitungsmann fort:

„Meine Meinung und feste Überzeugung möchte ich nur dahin zusammenfassen, daß es keine Zeit gegeben hat, in der, mehr als heute, durch einen erlösenden Entschluß alle Schwierigkeiten der europäischen wie der Weltpolitik in die Bahnen ruhiger und geordneter Entwicklung gelenkt werden konnten. Dieser Entschluß aber würde lauten: englisch-deutsche Allianz. Sie würde die Rüstungsqualität, die deutsch-französischen Schärfe, die russische Aggressivität, das Schicksal des Islam und seine Leitung in Kulturbahnen nebst allen Problemen, die daran hängen, in wahrhaft idealer Weise lösen. Aber dazu bedarf es eines starken Willens, der sich über persönliche Eitelkeiten- und Empfindlichkeiten hinwegzusetzen vermag und eines klaren Kopfes, der die Dinge nüchtern beurteilt, und sich nicht durch einmal begangene Irrungen den Ausgang auf den richtigen Weg verweigert. Es mag utopisch erscheinen, sich mit dem Gedanken zu tragen, daß diese Möglichkeit eintreten könnte. Darum soll sie aber nicht unausgesprochen bleiben.“

Professor Schiemann ist nicht irgendein Beliebiger. Man weiß, daß er zu sehr maßgebenden Kreisen enge und gute Beziehungen unterhält, und daß er über die jeweiligen Reigungen Wilhelm II. auf dem Gebiete der auswärtigen Politik unterrichtet zu sein pflegt. Auch die etwas komplizierte Formulierung seiner ersten Sätze läßt darauf schließen, daß er mehr beabsichtigt, als den Lesern der „Kreuzzeitung“ seine private Meinung über das deutsch-englische Verhältnis und seine Entwicklungsmöglichkeiten vorzutragen. Vielleicht laufen von seinen Bemerkungen Fäden zu den in der letzten Zeit mehrfach aufgelauchten Gerüchten, von einer Stilis im deutschen Auswärtigen Amt.

Aber wie dem auch sei: das wichtigste ist, daß in der „Kreuzzeitung“ von einer Seite, die das führende konservative Organ ohne Zweifel selbst doch für in hohem Maße sachverständig hält, diejenigen Argumente, mit denen die bürgerlichen Parteien und an ihrer Spitze die Konservativen, ihre wahrnehmbare Rüstungspolitik zu verteidigen suchen, in der grausamsten Weise zerstückelt werden. Wenn es wahr ist, daß es nur an dem guten Willen und den Fähigkeiten der zur Leitung der Auswärtigen Politik Berufenen liegt, ob wir zu einer dauernden internationalen Verständigung gelangen können, so ist es eben ein Verbrechen, die Nationen mit immer neuen Rüstungsausgaben zu belasten und ihre Beziehungen immer wieder dadurch zu vergiften, daß man, um die Bewilligungsfähigkeit zu heben, die Märchen von den unüberbrückbaren Gegensätzen erzählt.

Allerdings teilen wir Sozialdemokraten ja nicht die Auffassung des Professors Schiemann von der leichten Vereinbarkeit der öffentlichen Meinung durch eine mutige und entschlossene Regierungsstelle. Schließlich wird die öffentliche Meinung nicht nur von den Kreisblättern und von den in der Wilhelmstraße gespeisten Organen gebildet. Wir wissen, daß gerade auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ein guter Teil der öffentlichen Meinung von imperialistisch gerichteten Kapitalistenkreisen beherrscht wird, und daß es, um diesen Strömungen Widerstand zu leisten, eines Mutes von Energie und Rücksichtslosigkeit bedarf, das gerade bei den in ihrer politischen Eristung von den Stimmungen eines einzelnen abhängigen deutschen Staatsmannern nicht unbedingt erwartet werden kann.

Aber die Ansicht, daß der Friede und die Verständigung zu haben ist, wenn man nur will, bleibt deshalb nicht minder richtig. Es gibt eine gewaltige öffentliche Meinung, die nicht hin und her schwankt, sondern fest auf dem Boden der Erhaltung des Weltfriedens steht; die vor allen Dingen von der Möglichkeit zu einem dauernden Einvernehmen mit England zu gelangen, durchaus überzeugt ist, und die die Ansicht, daß es keine unüberwindlichen Interessengegensätze zwischen den beiden Völkern gebe, schon zu einer Zeit vertrat, als auch Herr Schiemann noch nicht das Gegenteil zu behaupten wagte. Diese öffentliche Meinung ist die der breiten Massen der Arbeiterschaft, die an ihre Zustimmung zu einer deutsch-englischen Allianz nur die eine Bedingung knüpfen würde, daß dieses Abkommen weder die Basis für gemeinsame imperialistische Abenteuer würde, noch daß es seine Spitze gegen einen anderen europäischen Staat insonderheit gegen Frankreich, richtete.

Für eine Einigung mit den Westmächten, für eine wahrhafte Friedens- und Kulturpolitik steht der Regierung die Unterstützung der Sozialdemokratie jederzeit zur Verfügung, aber da man sie nicht nur bräut zurückweist, sondern gerade jetzt wieder jede Gelegenheit benutzt, den gemeinsamen Vernichtungskrieg gegen die Partei des Weltfriedens zu predigen, so hat man kein Recht, sich darüber zu beklagen, daß sich den vielleicht gut gemeinten Bestrebungen einzelner mehr oder weniger einflussreicher Regierungskreise einen Weg zur Beseitigung der europäischen Unruhe und zur Erleichterung der Rüstungskosten zu finden, unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, und die Schiemannschen Gedanken bleiben utopisch, nicht weil, wie er meint, der Mann fehlt, der Energie genug besäße das Ziel zu wollen, sondern weil man es ablehnt, sich der zweckdienlichen Mittel zu bedienen.

Kokowzews Ende.

Der schon oftmals angekündigte Rücktritt des russischen Ministerpräsidenten und Finanzministers Kokowzew ist jetzt unerwartet zur Wirklichkeit geworden. Das Hin- und Herbalgieren dieses farblosen Ministerpräsidenten, der schließlich fast allen Einfluß im Kabinett verlor und nur noch infolge des Mangels eines geeigneteren Nachfolgers seinen Posten behauptete, hat Kokowzew zuletzt auch um die Gunst des Zaren gebracht. Den äußeren Anlaß hierzu bot der Durchfall des Ministerpräsidenten im Reichsrate, wo eine Anzahl gegen ihn intrigierender alter Bureaufürsten mit dem früheren Ministerpräsidenten Witte an der Spitze die Beratung der Vorlage über die Bekämpfung der Trunksucht benutzte, um Kokowzew zu Fall zu bringen. Rußland hat zwar — nach dem klassischen Ausspruch des jetzt gestürzten Ministers — gottlob kein Parlament. Aber ein Mißtrauensvotum der mit allen Händen gehehnten Würdenträger im Reichsrate, der herrschenden Junker und Bureaufürsten, reicht dennoch aus, um einen mißliebigen gewordenen Minister den Hals zu brechen.

Wie wenig dieses Ergebnis der Abstimmung im Reichsrate mit dem zur Verhandlung stehenden Gegenstande zu tun hatte, geht schon daraus hervor, daß die Majorität des Reichsrates, nachdem sie trotz aller Proteste Kokowzews für die Bekämpfung der staatlich geförderten Trunksucht eingetreten war, von hinten herum ihren eigenen Beschluß illusorisch machte. Die „volksfreundliche“ Demonstration des Reichsrates hat an dem bestehenden Zustande, wo der Fiskus jährlich eine Milliarde Rubel an der Schnapspest verdient und damit seinen Etat aufrechterhält, nichts geändert. Der Reichsrat hat vielmehr noch dafür gesorgt, daß die junckerlichen Schnapsbrenner

im Reichsrate von der Antialkoholbewegung beileibe keinen Schaden davontragen. Das Ergebnis der ganzen pompastischen Aktion ist lediglich der jetzt eingetretene Sturz des Ministerpräsidenten Kokowzew.

Faßt man nur diese Seite der geschilderten Vorgänge ins Auge, so kann man dem Rücktritt Kokowzews und dem bevorstehenden Niedergang an den höchsten russischen Regierungstellen nur eine sekundäre politische Bedeutung beimessen. Was bedeutet es schließlich, wenn der Zar „von Gottes Gnaden“ den oder jenen Bureaufürsten zu seinem Geschäftsführer ernannt? Ein größeres Interesse jedoch beanspruchen diese Vorgänge, wenn man sie mit der Entwicklung der gesamten russischen Politik der letzten Jahre in Verbindung setzt.

Als Kokowzew nach dem am 14. September 1911 erfolgten Tode Stolypins das Erbe dieses brutalen Gewaltmenschen antrat, war es allen klar, daß er sich nicht lange Zeit behaupten würde. Die Äugel Bagrows hatte zwar dem Leben des „russischen Bismarcks“ ein Ende gesetzt als er politisch schon völlig abgewirtschaftet hatte. Aber die Kreise, die seine Politik gutgeheißen hatten, waren doch noch mächtig genug, um eine weitere Fortführung der Brutalisierung- und Verheerungspolitik durchzusetzen. Der schon seit 1904 als Finanzminister amtierende Kokowzew erschien den junckerlichen Gewaltpolitikern zwar schon damals nicht als der geeignete Mann, denn in seinem Verkehr mit den europäischen Selbgebern hatte er sich Allüren angewöhnt, die denn doch von der lieb gewordenen Knutentradition abwichen. Indes setzte Kokowzew alles daran, um seine Auftraggeber zu versöhnen. Er setzte unentwegt denselben Regierungskurs fort, den Stolypin an der Spitze der siegestrunkenen Reaktion eingeschlagen hatte; er übernahm gleich ihm die Blutschuld der Galgenjustiz und der Gefängnisgrauel; er duldete die jämmerliche Herrschaft des Lockspickelstums und der Ausnahmegegebung; er knechtete, wie Nikolaus es ihm befahl, die Finnen, die Juden und die Polen; er schritt genau wie sein Vorgänger gegen alle selbständigen Regungen des Volkes ein; er förderte den Korruption- und Verwesungsprozess der Duma von Staatsstreichsgnaden; er duldete es, daß die Wahlen zur vierten Duma von der Polizei und dem heiligen Synod geführt und in eine schamlose Farce verwandelt wurden, und er krönte schließlich seine Politik damit, daß er der Inzenerung des mittelalterlichen Ritualmordprozesses in Arew keine Hindernisse in den Weg legte. Wenn er doch schließlich, trotz der geschilderten Eigenschaften seiner Politik, die ihn mit den Schurken ausföhnen sollten, bei diesen eigentlichen Herrschern Rußlands immer mißliebiger wurde, so erklärt sich das daraus, daß die politischen Gegensätze in Rußland in den letzten zwei bis drei Jahren eine ungeheure Schärfe erlangt haben.

Dies bringt es mit sich, daß eine Fortführung der bisherigen Politik in den verschiedensten Lagern als unmöglich betrachtet wird. Der Sturz Kokowzews als des Vertreters der reaktionären Routine ist in dieser Beziehung höchst symptomatisch. Die von Stolypin inaugurierte und von Kokowzew fortgesetzte Reaktion hat sich eben überlebt. Einerseits fordern nun die reaktionären Draufgänger, die auf eine vollständig Wiederherstellung der vorrevolutionären Zustände hinarbeiten, daß auf allen Gebieten der Gesetzgebung und der Verwaltung die alte Autokratie zur Herrschaft gelangt. Andererseits jedoch fornt sich, infolge des Wieder-auflebens der revolutionären Bewegung der Arbeiter, eine neue Bewegung in den verschiedensten Schichten der Bevölkerung, die ihre Spitze gegen das bestehende Regime richtet. Es ist kein sicherer Boden mehr, auf dem die zarische Reaktion steht. Die Vertreter der Gegenrevolution üben das instinktive. Heute hoffen sie noch, ihre Position durch ein reaktionäres Draufgängertum zu befestigen. Sie ziehen es vor, für diesen Kampf eine noch unbedeutendere, farblosere Persönlichkeit als Kokowzew an der Spitze der Regierung zu sehen, und so erheben sie den semlex, völlig unfähigen G o r e m b l i n auf ihr Schild, um desto ungehinderter in den Kampf einzutreten für die völlige Wiederherstellung der zarischen Autokratie.

Petersburg, 12. Februar. Wie es heißt, steht auch der Rücktritt des Kriegeministers S t u c h o m l i n o w bevor, als dessen Nachfolger der Chef des Generalstabes S h i l i n s k i genannt wird.

Politische Uebersicht.

Von der Arbeiterversicherung des Reichs.

Der Reichstag mußte Donnerstag noch die ganze Sitzung zur Besprechung der Arbeiterversicherung verwenden. Selbstverständlich suchten die Redner der bürgerlichen Parteien und die Regierungsvertreter den Eindruck abzuschwächen, den die gründlichen und eingehenden Ausführungen des Genossen Bauer vom Tage vorher gemacht haben.

Sehr einfach hatte sich Staatssekretär Dr. D e l b r ü c k mit dieser Sache abgefunden; er begnügte sich mit einigen höflichen, die Sache verschleppenden Redensarten. Dafür mußte sein Direktor C a s p a r sich damit abquälen, das ungehörige Verhalten der Behörden, das Genosse Bauer gerügt hat, möglichst zu entschuldigen.

Ihnen antworteten die Genossen F e l d m a n n und S o c h mit dem Nachweis, daß die Beschwerden der Arbeiter durchaus berechtigt sind. Auch bürgerliche Redner mußten bekräftigen, daß die Arbeiter nur zu sehr Grund zu Klagen über Mängel der Arbeiterversicherungen haben. Besonders festzustellen ist, daß Ministerialdirektor Caspar ohne jedes Wort der Erwiderung den Vorwurf hinnehmen mußte: er suche dadurch das Vorgehen der preussischen Regierung zu entschuldigen, daß er das Gesetz so auslegt, wie er selbst es bei der Beratung des Gesetzes als unzulässig bezeichnet hatte.

Im übrigen sprachen die bürgerlichen Redner noch über die Höhe der Beiträge für die Unfallversicherung, über die Errichtung und Förderung der Landkrankenkassen und über die Befreiung der Arbeitgeber von der Pflicht, ihre Dienstboten in den Krankenkassen usw. zu versichern.

Die Abstimmung über die Anträge zum Reichsversicherungsamt erfolgt morgen.

Abrechnung.

Das Abgeordnetenhaus hat auch am Donnerstag die Generaldebatte zum Etat des Ministeriums des Innern noch nicht beendet. Der Zufall hatte die Rednerliste so gestaltet, daß ausnahmsweise einmal kein Scharfmacher zu Worte kam, und da außer unserem Genossen Ströbel, dessen Rede sich zu einer Generalabrechnung mit der Regierung und ihren Sachwaltern gestaltete, auch die Herren Cassel und Korfanty der Reaktion deutlich die Wahr-

heit geigten, so werden die Kardorff und Konforten diesen Tag nicht gerade als Siegestag buchen.

Der erste Redner, der Fortschrittler Cassel, der sich durch seine Worte schon so oft den jubelnden Beifall der Konservativen erworben hat, erregte diesmal offensichtlich den Unwillen seiner Genossen. Nicht nur, daß er sich gegen eine Verschärfung der Geschäftsordnung wandte, erklärte er sich auch mit allem Nachdruck gegen neue Gesetze zum Schutze der Arbeitswilligen und gegen jeden Versuch einer Einschränkung des Streikpostens. Zwischen durch wies er als Berliner Vertreter die am Tage vorher erfolgten Angriffe des Ministers gegen die Berliner Verwaltung zurück. Zwar erhob sich Herr v. D a l l w i t z sofort zur Erwiderung, aber man kann nicht sagen, daß seine Argumente überzeugend gewirkt haben. Nicht einmal der von ihm unternommene Versuch des Nachweises, daß der Kauf der Herrschaft Lanke nicht den Anstoß zur Einführung der erhöhten Umlagsteuer durch den Kreis Niederbarnim abgegeben habe, dürfte als geglückt anzusehen sein.

Eine vernichtende Anklage gegen die preussische Polizei, die durch schändliche Auslegung des Reichsbereinsgesetzes den Polen das Vereinstrecht illusorisch macht und deren Organe im Kampfe gegen die Polen sogar vor strafbaren Handlungen nicht zurückschrecken, veranlaßte den Unterstaatssekretär S o l z, das Wort zu ergreifen, um in bekannter Manier, das heißt mangels sachlicher Argumente mit einigen hochtönenden Nebenarten gegen den polnischen Abgeordneten zu polemisieren.

Eine Glanzleistung war die Rede Ströbels, die den Abschluß des Tages bildete. Gründlich rechnete er mit den konservativen und nationalliberalen Arbeiterfeinden ab, und er traf den Nagel auf den Kopf, als er das fortgesetzte Geschrei über sozialdemokratischen Terrorismus und über Schutze der Arbeitswilligen als das kennzeichnete, was es in Wirklichkeit ist, als den Versuch, die öffentliche Aufmerksamkeit abzulenken von dem geplanten Umlage auf den Geldbeutel des Volkes. Das Spiegelbild, das Ströbel den Arbeiterfeinden von Fußmann über Kardorff bis Hendebrand vor Augen hielt, war so treffend und charakteristisch, daß die Herren darüber mehr als einmal in laut ausbrachen und ihrem bedrängten Herzen durch Zwischenrufe Luft zu machen suchten. Auch das heuchlerische Gebaren der Mehrheit, die sich wieder einmal über die Sozialdemokratie fittlich entrüstet, wurde von Ströbel treffend gekennzeichnet.

Am Donnerstag hofft man die Generaldebatte zu beenden. Vorher wird das Haus sich darüber zu entscheiden haben, ob es dem Antrage seiner Kommission folgend, sich mit der Veröffentlichung des Urteils gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses einverstanden erklären will.

Neues Maulkorbgesetz für das Dreiklassenparlament?

Die Rede des Genossen Adolf Hoffmann im Dreiklassenhaufe ist den Scharfmachern aller Schattierungen auf die Nerven gefallen. Sie sind dabei, die schon beschränkte Redefreiheit im Unterparlament noch weiter zu beschneiden: Der „Berliner Lokal-Anzeiger“, das neue Regierungsblatt, berichtet:

„Seit gestern sind im Abgeordnetenhause Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien im Gange, die darauf abzielen, die bisherige unbefristete Redefreiheit zu begrenzen. Zentrum und Nationalliberale wären geneigt, die Dauer der Reden auf zwei Stunden festzulegen, während die Konservativen den Rednern nur eine Stunde bewilligen und dann das Haus befragt wissen wollen, ob es geneigt sei, den Redner weiter anzuhören.“

Schutz den Arbeitswilligen.

An anderer Stelle des Blattes finden unsere Leser einen Gerichtsbericht, der wieder mit voller Deutlichkeit zeigt, welche Rolle berufsmäßige Streikbrecher nicht nur im wirtschaftlichen Kampf, sondern auch bei der Erhebung von Klagen gegen streikende Arbeiter spielen. Zwei berufsmäßige Arbeitswillige, die immer nur in solchen Betrieben arbeiten, wo ehrenwerte Arbeiter streiken, haben eine Vergangenheit hinter sich, die es jedem anständigen Menschen unmöglich machen, mit ihnen irgendwelche Gemeinschaft zu haben. Diese ach so nützlichen Elemente fühlen sich durch einen streikenden Arbeiter beleidigt, holen die Polizei, verurteilen dadurch einen Kaufmann, der eine dieser Menschen nicht auf die Menge, er wird überwältigt und nun tritt das Ungeheuerliche, in Preußen leider nicht Ungewöhnliche ein, daß einer von denen, die dem gewalttätigen Menschen die Mordwaffe entwandten, und ein anderer, der sich hierbei überhaupt nicht beteiligte, aber vorher einige Worte mit den Arbeitswilligen gewechselt hatte, in Untersuchungshaft genommen und wegen schweren Landfriedensbruchs unter Anklage gestellt werden. Der völlige Zusammenbruch, den die Anklage vor Gericht erlebte, ist der beste Beweis für das jeder Verächtigung entbehrende Vorgehen der Staatsanwaltschaft.

Offizierschere und Soldatenschere.

Ein ehemaliger Offizier schreibt uns: Man kann dieses Thema nicht besser beleuchten, als durch folgende drei Zitate. In der Verhandlung gegen den Leutnant v. F o r s t n e r vor dem Oberkriegsgericht sagte der Verteidiger, Rittmeister Köhler, u. a. folgendes:

„Wenn auch nicht von Notwehr gesprochen werden kann, so hat der Angeklagte doch in Verführung gehandelt, und zwar aus Mord, daß der Schuster auf ihn losstürzen konnte. Darüber sind wir uns doch alle klar, daß, wenn der Mann den Offizier angefaßt oder gar geschlagen hätte, der Leutnant v. F o r s t n e r niemals wieder hätte vor die Front treten können.“

Die Offizierschere ist also so empfindlich, daß ein Offizier schon dann nicht mehr in seiner Stellung bleiben kann, wenn er bei der Festnahme eines Widerspenstigen von diesem auch nur angefaßt wird.

Sören wir nun, wie der königlich preussische Major von E s t o r f f in seiner „Anleitung zum Unterricht über Fahnenraub, Kriegsartikel und Berufspflichten“ das Anfaßen usw. von Soldaten taxierte. Hier heißt es:

„Nicht jeder kleine Buff oder ein einfaches Schimpfwort beim Exerzieren können als Beleidigung oder Grund zu einer Beschwerde gelten. . . . Erst wenn direkte Mißhandlungen eintreten, z. B. der Mann nachts aus dem Bett geholt und mit der Absperrschere verprügelt wird, ist der Mann verpflichtet, Weidung zu machen, da dann in ihm der Soldat, der des Königs Rod trägt, geschändet ist.“

Da diese Sätze in einem viel benutzten Instruktionbuch standen, kommt ihnen eine Art offizieller Charakter zu.

Nun wollen wir noch einen leibhaftigen ehemaligen königlich preussischen Kriegsminister reden lassen, nämlich den Herrn v. G o h l e r, der vor Herrn v. Einem am Ruder war. Er sagte einmal im Reichstag:

„Ich halte es überhaupt für unrichtig, daß jeder Mißhandlungsfall gerichtlich abgeurteilt werden muß; früher war es so, daß eine einfache Mißhandlung, ein leichter Stoß oder Schlag, disziplinarisch bestraft wurde. Die Offiziere und Unteroffiziere sind verhältnismäßig jung, sie müssen eben erzogen werden. Bergreift sich ein Vorgesetzter bei der Ausbildung an den Leuten, so ist es ganz in der Ordnung, daß der Betreffende

mit Arrest bestraft wird. Die die gesetzlichen Bestimmungen aber jetzt liegen, muß jeder leichte Schlag, jeder unbedeutende Stoß gerichtlich geahndet werden. Das ist sehr unheimlich, ruft Erbitterung hervor und die Zukunft einzelner Offiziere wird eventuell in Frage gestellt.

Auch den soeben genannten Kriegsminister v. Einem müssen wir noch besonders erwähnen, denn er erklärte am 11. Dezember 1903 im Reichstag, daß er die Schläge, die da und dort manchmal in der Erregung fallen, wohl entschuldigen könne.

Es ist also eine zührende Uebereinstimmung zwischen dem Major v. Ertorf und den beiden Kriegsministern v. Goltz und v. Einem in der Beurteilung von leichteren Prügeleien, die Vorgesetzte an Soldaten verüben, zu konstatieren. Wenn ein Soldat eine Maulschelle kriegt, so macht dies nach der Ansicht so maßgebender Herren nicht viel aus. Die Ehre des Mannes wird dabei fast gar nicht tangiert. Wird aber ein Herr Offizier, und wäre es nur ein 19jähriger Leutnant, auch nur angefaßt, so liegt darin eine so schwere Verletzung seiner Ehre, daß er sofort seinen Resignation für immer auszuheben muß.

Dem Reichstag ist soeben eine Novelle zum Militärstrafgesetzbuch zugegangen. In ihr steht, wie der „Vorwärts“ bereits festmagelte, kein Wort davon, daß Soldatenmishandlungen künftig schwerer bestraft werden sollen als bisher. Das ist sehr charakteristisch für die Art, wie das Militärstrafrecht „reformiert“ werden soll. Die Sozialdemokratie muß versuchen, die Lücke auszufüllen. Dabei kann sie auf den Unterschied hinweisen, der sich seit der Zaberger Affäre zwischen Offizieren- und Mannschaftehre ergibt.

Dem Seniorenkongress des Reichstages

wurde am Donnerstag eine Berechnung vorgelegt, die die Kontingentierung der Beratungen des Etats dorschlägt. Auf die einzelnen Feststellungen wurde weiter nicht eingegangen, doch wurde man sich einig, die Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern zu beschleunigen. Um mit dieser Beratung bald zu Ende zu kommen, kam man überein, am Donnerstag mit dem Reichsversicherungsamt Schluß zu machen. Ferner soll die Beratung, wenn möglich, am Freitag über diesen Etat zu Ende gehen. Alles weitere bleibt späteren Beratungen vorbehalten.

Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung in Württemberg.

Nach viertägiger Dauer ist die Debatte über die Arbeitslosenversicherung im württembergischen Landtage am Mittwoch zum Abschluß gelangt. Ihr Verlauf beweist, daß der Gedanke der staatlichen Arbeitslosenversicherung, der von unserer württembergischen Landtagsfraktion zum ersten Male im Jahre 1907 dem Landtage in einem Antrage unterbreitet wurde, sich rasch Geltung verschafft hat. In den Jahren 1909 und 1911 waren bereits Mehrheitsbeschlüsse zustande gekommen, in denen die Kammer sich für Gewährung von Staatsbeiträgen an Gemeinden, die Arbeitslosenunterstützung leisten, ausdrückte. In der jetzigen Debatte handelte es sich nur noch um die Ueberwindung des Widerstandes, den die Regierung der Durchführung jener Beschlüsse entgegensetzt.

Unterstützung fand die Regierung in ihrer ablehnenden Haltung fast nur noch bei den Konservativen, die die verfahrensten Ansichten vertraten. Einer ihrer Redner kündigte die völlige Verarmung aller Unternehmer an für den Fall, daß der Staat einige zehntausend Mark zur Milderung der Arbeitslosennot aufwendet. Er sprach davon, daß die Gewerbetreibenden zum Betteln verurteilt und auch die gesamte Landwirtschaft ruiniert würden. Dieses Auftreten der bündlerischen Agitation ging selbst den Renommierarbeitern des Zentrums zu weit. Es war recht amüsant, wie die schwarzblauen Freunde sich während dieser Debatte gegenseitig das Fell gerieben.

Neben der äußersten Rechten suchte auch ein völkerverfeindlicher Fabrikant die Regierung im Widerstand gegen die dringende sozialpolitische Aufgabe unserer Zeit zu befestigen. Die nationalliberalen Unternehmervertreter hielten sich dagegen zurück. Aus dem Kreise der Nationalliberalen forderten sogar zwei Abgeordnete, beides Bürgermeister von Fabrikstädten, daß endlich ein Anfang mit der Bewilligung staatlicher Mittel für die Arbeitslosen gemacht werde. Im übrigen war es die Aufgabe unserer Fraktion, sowohl den Konservativen, als besonders der Regierung die Unhaltbarkeit ihrer Auffassung zu Gemüt zu führen. Unsere Redner räumten den ganzen Berg von bureaukratischen Bedenken und Zweifeln, den der Minister des Innern zusammengetragen hatte, hinweg und zeigten ihm mit dem Finger auf die vielen praktischen Anfänge im Auslande, daß es nur guten Willens bedürfte, um zur Tat zu gelangen.

Verbunden mit dieser Debatte war die Beratung über einen im Vorjahre gestellten sozialdemokratischen Initiativantrag, der einen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitslosenunterstützung verlangte, sowie über einen Zentrumsantrag, der von der Regierung erwortet, daß sie in einem Nachtragsetat die Mittel zu Staatsbeiträgen an Gemeinden zur Arbeitslosenversicherung anfordert. Zur Verringerung der gegenwärtigen ungünstigen Lage des gewerblichen Mittelstandes regte das Zentrum weiter die rasche Vergebung vorbereiteter Lieferungen und einige andere kleine Mittel an, über die es keine Meinungsverschiedenheit gab.

Am der Regierung jeden Vorwand zur Verzögerung ihres Eingreifens zu nehmen, zogen unsere Genossen den Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs zurück zugunsten des Zentrumsantrages, der einen Nachtragsetat verlangt. Durch ein Amendement wurde nur noch ausgesprochen, daß die Regierung der Kammer die Grundzüge mitteilen soll, die für die Gewährung von Beiträgen an die Gemeinden maßgebend sein sollen.

Zu der am Donnerstag vorgenommenen Abstimmung wurde der Nachtragsetat mit 59 gegen 23 Stimmen angenommen. Mit Nein stimmten neben den Konservativen 4 Volksparteiler und 2 Nationalliberale, 5 Volksparteiler stimmten mit Vorbehalt zu. Die auf die Handwerker bezüglichen Teile des Zentrumsantrages fanden einstimmige Annahme. Auch der konservative Antrag, den Wohlfühlvereinen Staatsbeiträge zur Unterstützung der Arbeitslosen zuzuwenden, fand Annahme mit 45 gegen 36 Stimmen. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, die Mehrheit der Volkspartei und einige Nationalliberale. Durch den mit 59 gegen 23 Stimmen gefassten Beschluß bekennt sich die Kammer zum drittenmal grundsätzlich zur Förderung der Arbeitslosenversicherung durch staatliche Beihilfe. Die Mehrheit ist erheblich größer als bei den früheren Abstimmungen.

Die ablehnende Haltung der Regierung wird durch diesen Beschluß sachlich mißbilligt. Es wird ihr schwer fallen, weiter auf ihrem ablehnenden Standpunkt zu beharren.

Der anhaltische Landtag

ist zum 26. Februar einberufen worden. Die Regierung hält ihre Vorlesungen, die sie bei der Eröffnung dem Landtage machen wird, noch streng geheim. Trotzdem weiß man, daß unter den Vorlesungen eine über die Aenderung der Geschäftsordnung des Landtages sein wird. Die bisherige Geschäftsordnung läßt nur Ordnungsrufe aber keine Wortentziehungen zu. Die Regierung will

aber dem Präsidenten das Recht geben, daß er Wortentziehungen vornehmen und die Entfernung der Abgeordneten aus dem Sitzungssaal — nach dem Muster des preussischen Abgeordnetenhauses — bewirken kann. Es versteht sich von selbst, daß die Regierung damit lediglich die Redner der Opposition treffen will. Sehr wahrscheinlich, wenn auch noch nicht gewiß ist es, daß die Regierung auch mit einer Vorlage zur Verschlechterung des Gemeindefriedens kommt.

Auch ein Patriot.

Nach einem Privattelegramm des „Berliner Tageblatts“ aus Remscheid hat ein dortiger Brennereibesitzer, der äußerlich in den einfachsten Verhältnissen lebte und bisher zwei Millionen Vermögen versteuerte, zum Wehrbeitrag auf Grund des Generalpardon's ein Vermögen von neunzehn Millionen Mark deklarirt.

Zum Zwist in Merikalen Lager.

Die Gegensätze im Merikalen Lager spigen sich immer mehr zu. Auch der Erzbischof Wettinger in München hat jetzt offen Partei ergriffen, und zwar, wie nach seiner ganzen Vergangenheit selbstverständlich ist, zugunsten der Kölner Richtung. Die „Trierer Petrusblätter“ hatten jüngst das katholische Jugendsekretariat Münchens wegen seines Verhaltens zu den christlichen Gewerkschaften angegriffen. Darauf antwortete in einer Konferenz der katholischen Jugendvereine der Erzbischof Wettinger:

„Wir lassen uns in Liebe zum Heiligen Vater von niemandem übertreffen. Der Heilige Vater hat getan, wie er selbst es ausgesprochen hat, was ihm die deutschen Bischöfe vortragen haben. Darauf stützt sich die Duldung des Heiligen Vaters. Deshalb bitte ich unser katholisches Jugendsekretariat München, energisch dahin zu wirken, daß unsere Jugend von den sozialdemokratischen freien Gewerkschaften ferngehalten wird und daß alle, bei welchen ein Anschluß an eine Gewerkschaft in Frage kommt, den christlichen Gewerkschaften beitreten.“

Dieser Erklärung des Erzbischofs folgte in der Konferenz ein stürmischer allseitiger Beifall.

„Das Zentrum ist keine konfessionelle Partei.“

So heißt es in der am Sonntag in Berlin beschlossenen Erklärung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumsparthei. Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, besagt nachstehendes kleines Flugblatt, das in Freiburg in Baden durch die Zentrumsparthei verbreitet worden ist:

„An die Katholiken

des Stadtteils Stühlinger!

Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß in zahlreichen katholischen Familien unserer Stadt noch keine katholische Zeitung gehalten wird. Das hat eine Anzahl Männer des Stühlingers veranlaßt, sich zu einem Komitee zur Verbreitung der katholischen Presse im Stadtteil Stühlinger zusammenzuschließen. Dieses Komitee hat sich in unermüdbar Weise die Aufgabe gestellt, mit Unterstützung einer Anzahl Vertrauensmänner eine ständige Agitation für die katholische Presse, namentlich für unsere hiesigen Tageszeitungen — „Freiburger Boten“ — „Freiburger Tagespost“ — zu betreiben.

Der Freimaurer, der Demokrat, der Liberale, der Sozialdemokrat, jeder hat sein Organ seiner Partei. Diese unbedingte Tatsache sollte endlich einmal dem Katholiken die Augen öffnen und ihm ein Fingerzeig sein, daß er auch zu seinem Blatte greift und dieses ist

die katholische Zeitung.

Sollte daher ein Katholik einer solchen noch kein Hausrecht gewährt haben, so möge er dies jetzt tun!

Um freundliche Aufnahme unseres Vertrauensmannes bitten Das Komitee für den Stadtteil Stühlinger: gez. R. Thamma, Vorsitzender.“

Die empfohlenen Blätter sind natürlich ausgesprochene Zentrumsorgane.

Verstärkte Aufsicht über das Gastwirtsgewerbe.

Der Bundesrat hat den angekündigten Gesetzentwurf genehmigt, nach welchem durch Abänderung der Reichsgewerbeordnung die Schank- und Gastwirtschaften einer erhöhten Aufsicht unterworfen werden. Auch für die Verwendung weiblichen Personals in Gastwirtschaften sind neue Bestimmungen aufgestellt worden. Die Novelle umfaßt auch die Aufführungen in Spielhallen, Kinematographentheatern, Konzertsäulern usw.

Oesterreich.

Eine Arbeitslosendemonstration.

Wien, 12. Februar. Auf Veranlassung der sozialdemokratischen Partei veranstalteten 2000 Arbeitslose heute vormittag einen stillen Demonstrationenzug vom Schwärzenbergplatz bis zum Rathaus. Am Zuge beteiligten sich auch zahlreiche Mitglieder des Reichsrats, des Landtags und der Gemeindevertretung. Die Zugänge zum Parlament und dem Rathaus waren von einem Polizeikorps abgesperrt. Die Kundgebung verlief vollkommen ruhig. Um 11 Uhr löste sich der Zug auf, ohne daß es zu Störungen gekommen wäre.

Die Arbeitslosenversicherung macht Fortschritte — im Auslande.

Der Gemeinderat der Stadt Graz (Steiermark) beschloß die versuchsweise Einführung der Arbeitslosenversicherung vorläufig auf die Dauer von drei Jahren. Und zwar wird die Stadt während der Wintermonate November bis Februar den Berufsvereinen (Gewerkschaften) für jeden anspruchsberechtigten Arbeiter oder jede Arbeiterin einen Zuschuß von 50 Heller täglich auf die Höchstdauer von sechzig Tagen innerhalb einer Winterperiode zahlen. Der Zuschuß wird erst nach friedentlicher Arbeitslosigkeit gewährt. Er ist an die Zugehörigkeit zu einem Berufsverein, mindestens einjährigen Wohnsitz und an unentgeltliche und unverschuldeten Arbeitslosigkeit gebunden. In den Etat wurde die Jahressumme von 6000 Kronen für den Zuschuß ausgelegt. Der Magistrat erklärte, solange der Staat zurückhaltend ist, kann eine Gemeinde, in der sich die Arbeitslosigkeit in größerem Umfange bemerkbar macht, den Versuch einer Arbeitslosenversicherung unternehmen.

Eine spontane Arbeitslosendemonstration in Lemberg, der Hauptstadt Galiziens, rief große Aufregung hervor, da man eine Hungerrevolte befürchtete. Der Bürgermeister läßt Kartoffeln und Brennholz verteilen.

England.

London, 12. Februar. Nachdem Lloyd George die Haltung der Regierung verteidigt hatte, lehnte das Unterhaus gestern nachts die konservativen Gegenanträge mit 333 gegen 225 Stimmen ab.

Südafrika.

Regierung und Arbeiter.

Kapstadt, 12. Februar. (B. L. B.) Das Abgeordnetenhaus nahm heute die zweite Lesung der Indemnitätssbill wieder auf. Minister Smuts erwiderte dem Arbeiterführer Creswell, er halte an der Politik fest, die Erlaubnis zur Abhaltung einer für Sonntag auf dem Marktplatz in Johannesburg beabsichtigten Versammlung zu verweigern. Smuts fügte hinzu, daß die Beschränkungen für gewöhnliche öffentliche Versammlungen und

Versammlungen in geschlossenen Räumen zum Zweck einer Besprechung der Regierungspolitik aufgehoben worden seien, daß jedoch die Regierung noch nicht öffentliche Kundgebungen im Freien zulassen wolle.

China.

Vorläufiger Bericht auf Schaffung einer Flotte.

London, 12. Februar. (B. L. B.) Wie das Neuerliche Bureau erfährt, ist die chinesische Regierung zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Entwicklung des Wirtschaftslebens und des Handels in erster Linie Berücksichtigung verdienen vor der Entwicklung einer Flotte, und hat deshalb beschlossen, den Plan der Errichtung einer Marineakademie und eines Flottenstützpunktes nicht weiter zu verfolgen. Infolgedessen sind die Verhandlungen mit der britischen Admiralität wegen Ueberlassung von Marineoffizieren und Entsendung einer britischen Marinekommission nach China abgebrochen worden.

Der neue Finanzagent Tschantshentao, der kürzlich in London angekommen ist, hat zunächst den Auftrag, die Geldmärkte in London und auf dem Kontinent zu beobachten, um eine Gelegenheit für eine baldige chinesische Anleihe ausfindig zu machen.

Japan.

Die Marinestandale.

Das japanische Budget, in dem die Ausgaben mit 1290 Millionen Mark veranschlagt sind, sah ursprünglich für die Marine einen Kredit in der Höhe von 180 Millionen Mark vor; infolge der großen Skandalaffäre hat der Haushaltsausschuß des Lokaler Parlaments Abstriche in der Gesamthöhe von 60 Millionen Mark vorgenommen. Die herrschende Erregung wird erklärlich, wenn man erfährt, daß die Einkommensteuer 5 Schilling (Mark) auf das Pfund (30 Mark) Einkommen beträgt und daß der japanische Kuli, wie die „Schlesische Zeitung“ berichtet, für die Steuer auf ein Extrahabilet ein anspruchloses Mittagsgeld kaufen kann. Dazu kommt, daß die Bevölkerung auf den nördlichen Inseln unter einer Hungersnot schwer leidet, daß auf der Insel Sakura im Süden durch den Vulkanausbruch große Werte vernichtet worden sind und daß schließlich eine tiefgreifende Depression Handel und Wandel lähmt. Gegenüber den Beschönigungsversuchen der japanischen Regierung ist es interessant, das Urteil des jolohamer Korrespondenten des „Economist“ zu hören: „Es ist wahr, daß der auswärtige Handel stark zugenommen hat, daß die Reisernte mittelmäßig war, daß die Menge der von den Eisenbahnen beförderten Güter stieg. Aber es ist nicht minder wahr, daß allgemein über schlechten Geschäftsgang geklagt wird, daß viele Fabriken ihre Produktion stark eingeschränkt haben oder fast unter Selbstkosten arbeiten und daß besonders die Spinnerien, die die wichtigste und blühendste japanische Industrie bilden, durch die Krise schwer getroffen sind.“

Wie die Not auf das Denken des Volkes eingewirkt hat, zeigt die Bemerkung des Lokaler Korrespondenten in einem seiner Telegramme: „Es ist an dem Gedächtnistage der Kriegserklärung gegen Rußland vor 10 Jahren interessant daran zu erinnern, daß damals die Flotte das Idol des Volkes war, während jetzt Agitatoren die Regierung und die Admirale Yamamoto und Satto auf das heftigste angreifen, die zu den bedeutendsten Flottenführern während des Krieges gehörten.“

Letzte Nachrichten.

Die Deportation vor dem Unterhaus.

London, 12. Februar. (B. L. B.) Mitglieder der Arbeiterpartei warfen im Unterhaus die Frage der Deportation aus Südafrika auf und Ramsay MacDonald stellte einen Zusatzantrag zu der Adresse, wonach dem Generalgouverneur der südafrikanischen Union Anweisung gegeben werden sollte, seine Genehmigung zu der Indemnitätssbill zurückzuhalten, bis eine gerichtliche Untersuchung über alle in Betracht kommenden Umstände, besonders auch über die Deportation, stattgefunden hätte. Er erklärte, die Verhängung des Kriegsrechts wäre nicht gerechtfertigt gewesen und behauptete, die südafrikanische Bundesregierung hätte die Absicht gehabt, die Gewerkschaftsbewegung am Hand zu zerschmettern.

Kolonialsekretär Harcourt erwiderte, es würde ein Präzedenzfall und ein falsch gewählter Kurs sein, der Indemnitätssbill Mißbilligung oder ein Veto entgegenzusetzen. Die Bundesregierung in Südafrika sei dem Bundesparlament verantwortlich, und wenn das Parlament die Bill annehme, so würde es im höchsten Grade unpolitisch und unklug sein, wenn man verjudete, diesen Beschluß vom Rußlande aus umzuhoßen.

Der Antrag der Arbeiterpartei wurde mit 214 gegen 50 Stimmen abgelehnt.

Arbeiterdelegierte beim Premierminister Asquith.

London, 12. Februar. (B. L. B.) Premierminister Asquith empfing eine Abordnung des Parlamentarischen Komitees des Gewerkschaftskongresses und erklärte, er hätte seine Meinung betreffend die schweren Bürden der Lastungsaussagen des englischen Volkes und der anderen sogenannten zivilisierten Völker bereits deutlich ausgedrückt. Niemand wäre anglischer besorgt, diesem Zustand ein Ende zu machen als die englische Regierung, aber das wahre Heilmittel läge in einer gemeinsamen Aktion der Völker selbst.

Gegen die Wahlbeschränkungen der bulgarischen Regierung.

Sofia, 12. Februar. (B. L. B.) Die gesamten oppositionellen Parteien mit Ausnahme der sandakalitschen Sozialisten haben im gegenseitigen Einverständnis einen Aufruf an die Wähler veröffentlicht, worin ein gemeinschaftliches Vorgehen gegen die von der Regierung an die Verwaltungsbehörden erlassene Zirkularverordnung betreffend Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung während der Wahlen angekündigt wird und einzelne der erwähnten Maßnahmen als unzulässig bezeichnet werden.

Politische Unruhen in Japan.

Tokio, 12. Februar. (B. L. B.) In Osaka kam es gestern zu politischen Unruhen. Die Polizei hatte aber umfassende Vorkehrungsmahregeln getroffen, so daß die Unruhen schnell unterdrückt wurden.

Japanisches Streikkonert.

Tokio, 12. Februar. (B. L. B.) Das Unterhaus hat das Budget angenommen, mit einer Streichung von 3 Millionen Pfund Sterling, wie sie die Budgetkommission beschloßen hatte, und einem ferneren Abstrich von 400000 Pfund Sterling, die zur Wiederauffüllung des künftigen Marinefonds in den Etat eingestellt worden waren und deren Streichung die Budgetkommission einstimmig beschloßen hatte.

Ein glücklicher Fallschirmabsturz.

Jubisy, 12. Februar. (B. L. B.) Ein Mann namens Jean Ors ließ sich auf einem von ihm erfundenen Fallschirm heute aus 200 Meter Höhe von einem Flugzeug herab. Er landete nach 30 Sekunden glücklich auf dem Erdboden.

Inserent schließend Zahl-
abdruckt Genossen **Max
Winkler**, Rentier, Bode-
straße 25, die herzlichsten Glük-
wünsche zu seinem heutigen
Geburtslage. 12a
Die Genossen des Bezirke 17b.

Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Landsberger Viertel, Bezirk 406 I.**
Den Mitgliebern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Handbuch-
führer 211/9

Adolf Gerhardt
Waltersstr. 9, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 13. Februar, nach-
mittags 3/4 Uhr, von der Halle
des Unterstübungs-Kirchhofes in
Weihensee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Bezirk 815a.**
Am Dienstag, den 10. Februar,
verstarb unser Genosse 225/1

Paul Metke
Soldiner Str. 3.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 14. d. M., nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Sophien-Kirchhofes,
Friedenwalder Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.**
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Metall-
arbeiter

Paul Metke
Soldiner Str. 3, am 10. d. M.,
an Lungenleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 14. Februar, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Sophien-Kirchhofes in
der Friedenwalder Straße aus
statt.

Ferner starb unser Mitglied,
der Graveur
Gustav Seidel
Trepow, Altschulstr. 11, am 10.
d. M., an Herzleiden.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 14. Febr., nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Trepower Gemeinde-
friedhofes in Baumgartenweg
aus statt.

Ferner starb unser Mitglied,
der Bohrer
August Ballnath
Reinholdstr. 7, am 10.
d. M., an Zuckerkrankheit.
Die Einäscherung findet am
Sonntag, den 14. Februar,
nachmittags 5 Uhr, im Kremato-
rium in der Gerichtstraße statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
112/16 Die Ortsverwaltung.

**Verh. d. Schneider, Schneiderinnen
u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.**
Unsere Mitgliebern hiermit
zur Nachricht, daß der Herren-
maschschneider, Kollege
Hermann Krebs
am 11. Februar im 61. Lebens-
jahre verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
14. Februar, nachmittags 3 Uhr,
von Krankenhaus Noabit aus
nach dem neuen Johannes-Kirch-
hof, Wlgerstr., statt.
162/14 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Köpenicker Viertel, Bez. 176.**
Den Mitgliebern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Galtniir
Karl Düringshofen
Eisenbahnstr. 35b gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, den 14. Februar, nach-
mittags 1/4 Uhr, von der Halle des
Emmans-Kirchhofes in Neukölln,
Hermannstraße, aus statt.
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Köpenicker Viertel, Bez. 176.**
Den Mitgliebern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Galtniir
Karl Düringshofen
Eisenbahnstr. 35b gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, den 14. Februar, nach-
mittags 1/4 Uhr, von der Halle des
Emmans-Kirchhofes in Neukölln,
Hermannstraße, aus statt.
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Köpenicker Viertel, Bez. 176.**
Den Mitgliebern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Galtniir
Karl Düringshofen
Eisenbahnstr. 35b gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, den 14. Februar, nach-
mittags 1/4 Uhr, von der Halle des
Emmans-Kirchhofes in Neukölln,
Hermannstraße, aus statt.
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Köpenicker Viertel, Bez. 176.**
Den Mitgliebern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Galtniir
Karl Düringshofen
Eisenbahnstr. 35b gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, den 14. Februar, nach-
mittags 1/4 Uhr, von der Halle des
Emmans-Kirchhofes in Neukölln,
Hermannstraße, aus statt.
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Köpenicker Viertel, Bez. 176.**
Den Mitgliebern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Galtniir
Karl Düringshofen
Eisenbahnstr. 35b gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, den 14. Februar, nach-
mittags 1/4 Uhr, von der Halle des
Emmans-Kirchhofes in Neukölln,
Hermannstraße, aus statt.
Der Vorstand.

**Verein der Stereotypen
und Galvanoplastiker
Berlins und Umgegend.**
Den Kollegen die traurige Mit-
teilung, daß am 11. Februar
unser altes Mitglied
Karl Krüger
nach langem schwerem Leiden
im Alter von 68 Jahren ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 14. d. M., nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.**
Am 11. Februar starb unser
Mitglied, der Maurer
Ferdinand Petendorf
(Bezirk Osten II).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 14. Februar, nach-
mittags 3/4 Uhr, von der Halle
des Friedhofes in Ahrensdorfer
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten
hiermit die traurige Mitteilung,
daß unsere liebe, gute Tochter
Erna
im Alter von 16 Jahren ver-
storben ist. 8825
In tiefer Trauer
Familie Dorner.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des Ge-
meinde-Friedhofes in Seehndorf
aus statt.

Dankfagung.
Für die vielfachen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meiner
geliebten Frau
Martha Harms
sage ich allen Verwandten, Bekannten
und Kollegen sowie dem Verban-
de der Buchdrucker-Hilfsarbeiter meinen
innigsten Dank. Emil Harms.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlichster Teilnahme
und die vielen Kranzspenden bei der
Beerdigung meiner lieben Frau
Anna Knospe geb. Wolf
sage ich allen, die ihr die letzte Ehre
erwiesen haben, im Namen der Hinter-
bliebenen herzlichsten Dank.
129/4 **Karl Knospe.**

Dankfagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger
Teilnahme beim Heimzuge meiner
Gattin, sage ich allen Freunden und
Bekanntem, den Kollegen der Firma
Dallmann u. Gröndorf sowie den
Genossen und Genossinnen des
6. Berliner Reichstagswahlkreises
meinen herzlichsten Dank. 125/4
Der trauernde Gatte
Max Herrmann.

Dankfagung.
Für die herzlichste Teilnahme und
für die Kranzspenden beim Hinscheiden
meines lieben Mannes
Adolf Kummer
sage ich allen Freunden und Bekann-
ten, insbesondere dem Gesangsverein,
Wahlverein, Rauchklub, Staats- und
Gemeindearbeiterverband und den
Gasanstaltsarbeitern meinen herz-
lichsten Dank. 122/4
Witwe **Marie Kummer.**

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung
unseres lieben Vaters, Bruders,
Schwagers und Onkels, des Heizers
Emil Ehrhardt
sowie die vielen Kranzspenden sage
ich allen Beteiligten unseren herz-
lichsten Dank. 88/5
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die Kranzspenden
bei der Beerdigung meiner innigst
geliebten Frau, Mutter und Groß-
mutter 88/4

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die Kranzspenden
bei der Beerdigung meiner
geliebten Frau, Mutter und Groß-
mutter 88/4

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung
meiner lieben Frau und guten Mutter
sagen wir allen Freunden und Bekann-
ten unseren herzlichsten Dank.
**Karl Stege,
Anna Friedrich geb. Stege,
Elle Friedrich, Entlein.**

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung
meiner lieben Frau und guten Mutter
sagen wir allen Freunden und Bekann-
ten unseren herzlichsten Dank.
Wilhelm Feireich und Kinder.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meiner
lieben Frau
Frida Kamjunke geb. Ludwig
sagen wir allen Teilnehmern hiermit
unseren aufrichtigen Dank. 107/4
Max Kamjunke, Familie Ludwig.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Vaters, unseres guten Vaters
und Bruders 8816

August Pionteck
sagen allen Freunden und Bekannten,
insbesondere den Kollegen und der
Direktion der Hammerischen Werke,
der Lungenheilstätte Heilig B. III.,
dem Deutschen Metallarbeiterverband
sowie der Bogenbauer-Hilfskassa, Be-
zirk Vorfingwalde, unseren herzlichsten
Dank.
**Witwe Luise Pionteck nebst
Kindern und Bruder.**

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die Kranzspenden bei
der Beerdigung meines lieben Vaters,
Vaters, Bruders, Schwagers und
Onkels, des Meisters 8824

Otto Friedrich
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, der Direktion sowie
den Meistern und Arbeitern der
Deutschen Nadelwerke unseren herz-
lichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Bäckerei-Genossenschaft Berlin
Eingetragene Genossenschaft mit be-
schränkter Haftung.
Am Sonntag, den 22. Februar,
nachmittags 2 Uhr, findet im Lokal
von Nikolajewicz, Urbanstraße 65,
unsere diesjährige

**Ordentliche
General-Versammlung**
statt. 103/2
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht und Bericht des
Aufsichtsrats. 2. Diskussion. 3. Neu-
wahl für die ausstehenden Vor-
stands- und Aufsichtsratsmitglieder.
4. Geschäftliches.
Der Vorstand.
Richard Lindor. Ludwig Ertl.

Stoffe
für eleg. Massanzüge.
Paletots:
MK. 4 - 8
Damen-Kostümstoffe:
MK. 3 - 6
Original engl. Stoffe:
MK. 8 - 12
Loden
f. Kostüme u. Pelierinen:
MK. 2 - 6
Tuchlager:
Koch & Seeland
Gertrauden Str. 20-21
v. a. v. d. Perrikirche.

**Hilfsbein
Bier**
Das Lob ich mir
eifrig, gehaltvoll, bekömmlich

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Kata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise.
Sprechst. v. 8-8, Sonntags 9-11.

Schnupfer! achtet auf die ge-
setzlich geschützte
Packung, um
Goldfarb echt zu erhalten!
**Gesundheitstobak
J. Goldfarb
Preuss. Stargard.**
D.R.W. Z. 10652.
Health snuff tobacco.
Tabac à priser de santé.
Tabako do zazywania dla zdrowia.
Tabacco do naso alla salute.

**Mitglieder der Orts-Krankenkasse für das
Buchdruckgewerbe zu Berlin!!**

Die Wahlen der Vertreter und der Erbsamänner zum Ausschusse der Kasse für die Zeit bis 31. Dezember
1917 finden am
Sonntag, den 15. Februar 1914,
von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr

in den nachfolgenden Lokalen statt:
NW: Schüler (Brauerei Rajenhofer), Turm-
straße 25/26
N: Paalschmieders Festfale, Badstr. 16
NO: Brauerei Königstadt, Schönk. Allee 10
O: Prachtfale des Ostens, Frankfurter
Allee 151/152
Wahlberechtigt sind alle über 21 Jahre alten weiblichen und männlichen Mitglieder der Kasse. Das Wahl-
recht ist in Person auszuüben.
Die unterzeichneten Gewerkschaften haben gemeinsam

Liste I
aufgestellt.
Als Wahllegitimation gelten die Wahlausweise, die mit dem Vor- und Zunamen des Wählers ver-
sehen, vom Arbeitgeber zu unterschreiben bzw. zu unterstempeln sind, das Ausweisungsbuch der Orts-Krankenkasse
oder eine vom Arbeitgeber aufgestellte Bescheinigung, daß der Betreffende am Tage der Wahl noch in Be-
schäftigung steht.
Die Wahl ist eine geheime und findet nach dem System der Proportionalwahl statt.
Jede Stimme ist daher von Wichtigkeit!
Arbeiter und Arbeiterinnen im Buchdruckgewerbe! Uebt am

Sonntag, den 15. Februar,
Euer Wahlrecht für **Liste I** so zeitig wie möglich aus, da das Wahllokal pünktlich um 2 Uhr geschlossen
werden muß und nur diejenigen noch ihre Stimme abgeben können, welche im Wahllokal anwesend sind.
Bringe jeder das Ausweisungsbuch seiner Organisation mit, damit er durch den Stempel beweisen kann,
daß er seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat.

**Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.
Verein der Buch- und Steindruck-Hilfsarbeiter und -Hilfs-
arbeiterinnen.**

Deutscher Buchbinderverband (Zahlstelle Berlin).
Eine interessante Mitteilung für junge Mütter.

Unsere kleine Tochter ist mit Nestles Kindermehl großgezogen worden und nahm es
lieber als die Brust; der Erfolg der Ernährung ist jedenfalls augenfällig. Unser Kind ist sieben
Monate alt, hat ein Gewicht von 18 Pfund und besonders einen starken Muskel- und Knochenbau.
Somit fünften Monat ab haben wir zu Nestle-Mehl Milch beigegeben. Irgehwelche Beschwerden
hat das Kind noch nicht gehabt.
Ich schreibe Ihnen das vor allen Dingen deshalb, weil es viele Arbeiter gibt, die
behaupten, Nestles Mehl für ihre Kinder nicht kaufen zu können, weil es zu kostspielig sei. Die
Aufassung ist grundfalsch. Wenn auch in den ersten Monaten für Arbeiter die Ausgabe etwas
hoch sein mag, so hat man aber die Gewißheit, gesunde Kinder zu besitzen und große Ausgaben
für Arzt und Apotheke bleiben einem erspart. Mein ältestes Kind ist jetzt vier Jahre alt, ebenfalls
mit Nestle ernährt, war noch nie mal krank. Ich kann daher jedem Arbeiter, der seine Kinder
wirklich lieb hat, Nestles Kindermehl empfehlen.

Buchdrucker Max Latt und Frau,
Bad Salzbrunn i. Schlesien, Feldstr. 8. 15. J. 14.
Probeforse gratis, franco und ohne Verbindlichkeit erhältlich durch Nestles Kindermehl
G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstr. 56. Abt. C 10.

Achtung!
6-700 Anzüge sowie
getragene
Sommerpaletots u. Älster
Monatsgarderobe
in feinsten Werstätten Berlins
gearbeitet, teils auf Selbe für
jede Figur passend, verlanft zu
hauend billigen Preisen
Nathan Wand
129 Stallter Str. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte im eigenen Interesse auf
Nummernummer zu achten.
Abt. II: Neue Garderobe.

Patentanwalt Prillwitz
Berlin NW 21, Thurmstraße 34.

Knabenanzüge
Paletots, Pyjads, einzelne Hosens
am preiswertesten
direkt in der Fabrik
Bertha Pröstel
50 Andrastr. 50, I. Etage.
Kein Laden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.

Modell- und Fabrikfischler.
Montag, den 16. Februar, abends 8 Uhr:
Branchen-Versammlung
im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtkommissionen Genossen Ritter
über: Das Recht der Lohnbeschlagnahme. 2. Stellungnahme zur
Branchenkonferenz. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Tischbranche.

Sonntag, den 15. Februar, vormittags 10 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlung
bei Reckling, Voghagener Chaussee 9.
Jede Werkstatt muß einen Vertrauensmann entsenden.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Liniestr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 185.

Sonntag, den 15. Februar 1914, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
aller Wickel- und Isolationsarbeiter
und Arbeiterinnen
im Voigt-Theater, Badstraße 58.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Branchenkommission. 3. Ver-
schiebenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Möbel-Angebot.
Solide Möbelstüme liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-
Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsüber-
gütung bei keiner Anzahlung und geringen monatlichen Raten-
zahlungen. Anfragen: Postkarte 806. Postamt 27.
Keine Kassierer. Größte Kulanz.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Bl. Anweisung frei
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
ort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indischen
Sanftrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (30 Bl.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Greif-
Apothek, Bernauerstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg
Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungspfl.

Gewerkschaftliches.

Ein internationaler Protest gegen die südafrikanische Regierung.

In Briefen, welche der Zensur entkamen, protestierten die Leiter der Arbeiterbewegung in Südafrika energisch gegen die Behauptungen der Regierung und der kapitalistischen Presse, daß es sich bei der letzten Bewegung um eine syndikalistische Agitation gehandelt habe. Diese Darstellungen werden nur gegeben, um den Arbeitern die Sympathie der Öffentlichkeit zu rauben. Viel wahrscheinlicher sei dagegen, daß die ganze Bewegung von der Regierung provoziert und vorbereitet wurde, um den Organisationen der Arbeiter den Garaus zu machen.

Die englische Arbeiterpartei hat sofort bei Eröffnung des Parlaments beantragt, die Vorgänge in Südafrika durch eine parlamentarische Kommission untersuchen zu lassen.

Auf Anregung der französischen Gewerkschaften hat Genosse Legien als Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes an die Gewerkschaftszentralen aller Länder das Ersuchen gerichtet, sich an einer internationalen Protestkundgebung gegen das Vorgehen der südafrikanischen Regierung zu beteiligen.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Fleischergewerbe. Der Wirt Otto Nikolai, Haderpeter, Warschauer Str. 32, weigert sich, den Tarif der Organisation anzuerkennen. Der Kommission erklärte Herr Nikolai, daß er sich nur an eine Seite halte und das sei die Fleischermittelung. Die Fleischermittelung Berlin vermittelt wissenschaftlich keine organisierten Fleischergehilfen. Jeder Geselle, der von da in Arbeit vermittelt wird, muß einen Revers unterschreiben, daß er der Organisation nicht angehört, und diesen Terrorismus unterstützt Herr Nikolai, indem er seine Gesellen von der Annahme bezieht.

Die Organisation hat über den Betrieb der Firma Nikolai die Sperre verhängt.

Die Tarifkommission der organisierten Fleischergehilfen.

Achtung, Schuhmacher! Der Streik bei der Firma Schach u. Co., Münzstraße 4, dauert fort. Eine Verhandlung mit dem Unternehmerverband brachte keine Zugeständnisse, sondern einen Abzug auf Spangenschuh.

Da wir feststellen konnten, daß der Arbeitsnachweis der Gewerksvereine (G. V.), Greifswalder Straße 222, Arbeitswille an die Firma vermittelt, erfuchen wir die gesamte Kollegenschaft, für Fernhaltung des Zuganges von der Firma sowie von dem genannten Arbeitsnachweise Sorge zu tragen zu wollen.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Statt Arbeiterschaft patriotische Klänge.

Gegen die Budgetkommission des Reichstages demonstriert die Continental-Capouch- und Guttapercha-Compagnie in Hannover. Sie wendet sich in einem offenen Briefe an den Vorsitzenden des Deutschen Reichsausschusses für die olympischen Spiele 1916, den ehemaligen Staatsminister v. Podbielski. Die Gesellschaft bedauert, daß die Budgetkommission die von der Regierung geforderten 200 000 M. nicht bewilligt hat und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es für seine Kreise nur einer Anregung bedarf, um die nötigen Geldmittel auf dem Wege der Subscription zusammenzubringen, sie stelle sich an die Spitze einer solchen Aktion und gelde 20 000 M.

Wenn die Gesellschaft es für notwendig erachtet, ihr Reklame-

Kleines Feuilleton.

Die Marschälle in Berlin W. Man liest im „Confectionair“, dem Blatt der literaturfreundlichen Hausboigtei, daß auf dem Revolutionsball der „Aktion“ die Stimmung ihren Höhepunkt erreichte, als Richard, der berühmte Zeitungskleiner aus dem Café des Westens, unter großer Eskorte auf den Nichtboden geschleppt und schmerzlos und ohne Zeit- und Blutverlust enthauptet wurde. Ca ira! Und manch einer, der tief in seiner Schuld steht, empfand es schmerzlich, das teure Haupt nicht fallen zu sehen.

Die blutige Fronte scharf vor der letzten Gefährlichkeit nicht zurück, die Verhörmung der Geschichte überstieg das Maß der Freiwilligkeit. Aber allem feigte der Stehbraus die Krone auf. Unter den Klängen der Marschälle zog man schließlich zu früher Morgenstunde in sein angeflammtes Café. Die Berliner hielten dem Sankulotten aus dem Gelpels und machten Wähllinge vor den gemüthlichen Jakobinern.

Alle Fans da. Die Culotten auch. Und der Herr von Kobespierre. Was befehlen der Herr Diktator? Ein Fruchtstück? Natürlich, g'wis. Is seine Kleinigkeit net, so a Revolution. Zuen schwitz ja Blut und Wasser. Ah, der Herr Marat. Guten Freiheitsmorgen. Hat wohl große Opfer gefolgt, der Kampf um die Menschenrechte? Blutiges Geschäft so eine Revolution. Aber lustig. Den Richard haben's ja a mit dem Henkerbeil gefolgt. Und den Herrn Edel a. Eine Limonade? Nag, eine Limonade für den Herrn Marat.

Und noch immer träuert einer von den Herrschaften die Marschälle, die nach Schicksale eine allgemeine menschliche Angelegenheit ist, zu deren Vertretung wir in Deutschland Beruf und Auftrag haben. Im Osten erfolgt der Ausdruck im Wallaal mit Linkes „Jetzt gebn wir noch ins Café, es' der Morgen graut“, aber im Westen ist man stillvoller. Dort ist man revolutionär — man weisft die Marschälle. Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie — die Herren Revolutionsparodisten.

Deutscher Vorkämpfer. Er genießt im allgemeinen keinen guten Ruf, unser deutscher Vorkämpfer. Die Jahre, in denen man von einem Vorkämpfer sprechen kann, sind zu zählen, und wenn wirklich einmal, wie in diesem Jahre, eine Ausnahme von der Regel eintritt, daß unser Vorkämpfer nichts anderes ist als eine Zeit trübseligen Regens oder harter Winter, so verlohnt es sich schon, das als ein seltenes Ereignis zu registrieren.

Es sind ja nun nicht eigentlich allein die hohen Temperaturen, die uns gegenwärtig das Nicht geben, von einem Vorkämpfer zu sprechen. Einzelne sehr milde Wintertage kommen allwintertlich mehrfach vor; sie sind aber, von der Temperatur abgesehen, gewöhnlich durch anhaltenden Regen oder Sturm so unfreundlich, daß man sich an ihrer Statt lieber strengen und klaren Frost wünscht. Das Bemerkenswerte an dem diesjährigen Vorkämpfer ist nicht nur sein ganz außerordentlich frühzeitiger Beginn, sondern auch seine ununterbrochene Dauer und das Hervortreten von Witterungsveränderungen, die dieser Jahreszeit sonst gar nicht eigen sind. Diesmal erfreut sich in erster Linie Norddeutschland tagsüber einer Wärme, die man noch Ende März als gute Gabe des

bedürfnis durch eine solche Zeichnung zu befriedigen, so soll es und wenig kümmern. Es ist aber notwendig, darauf hinzuweisen, wozu die „Continental“ kein Geld übrig hat. In ihrem Betriebe wird viel Blei verarbeitet. Zu den gefährlichsten gewerblichen Giften gehört zweifellos das Blei. Die genannte Firma beschäftigt circa 400 Arbeiter in ihrer Bleiabteilung, von denen der größte Teil stets mehr oder weniger mit Blei in Berührung kommt. Von Juli bis Dezember 1913 sind allein der Organisation aus dem Betriebe 18 Fälle von Bleivergiftungen bekannt geworden. Zwei Eingaben mit Abänderungsvorschlägen für die Fabrikationsart, die wenig oder gar keine Kosten verursachen würden, sind an die Direktion eingereicht worden; Abhilfe wurde aber nicht geschaffen. Noch nicht einmal Blei als Verbeugungsmittel gegen die Bleierkrankung wird verarbeitet; nur 30 Mann in der Rohstoffabteilung bekommen sie. Mangelhafte Wascheinrichtungen, kurze Pausen, auch teilweise übermäßig lange Arbeitszeiten erhöhen die den Arbeitern stetig drohende Gefahr der Bleivergiftung. Die von der Direktion „großherzig“ gespendeten 20 000 M. zur „würdigen“ Durchführung der olympischen Spiele könnten also viel bessere und zweckentsprechendere Verwendung finden. Allerdings würde dann die Firma kaum öffentlich genannt werden, was aber jetzt in „würdiger“ Weise geschehen ist.

Die Sonntagruhe in den Blumengeschäften.

Der Allgemeine deutsche Gärtnerverein hat für die Angelegten und Hilfsarbeiter in Blumengeschäften eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der gebeten wird, bei Beratung des Gesetzesentwurfs über die Sonntagruhe im Handelsgewerbe die Bestimmungen so zu fassen, daß für diese eine bessere Ausgestaltung der Sonntagruhe eintrete. Im besonderen solle den Blumengeschäften an gewöhnlichen Sonntagen keine ausnahmsweise längere Verkaufszeit zugestanden werden als anderen Gewerben, und es soll nur eine ungeteilte Verkaufszeit erlaubt werden, die auf die Zeit vor Beginn des Hauptgottesdienstes gelegt wird. In der Begründung wird darauf verwiesen, daß die Blumengeschäfte angehalten außer der freigegebenen Verkaufszeit in Wirklichkeit schon ein bis zwei Stunden vor Beginn dieser, dann während der Kirchzeit und schließlich auch noch eine halbe bis zwei Stunden nach Schluß der Verkaufszeit beschäftigt werden. Zugabedem erhalten sie weder an einem zweiten oder dritten Sonntag noch an einem Sonntage die gesetzlich vorgeschriebene Ruhezeit. Und die Blumengeschäftsinhaber führen auch nicht das durch Gesetz vorgeschriebene Verzeichnis, in dem die Personen zu nennen sind und die Arbeiten und Arbeitsstunden, mit denen und während welchen sie über die erlaubte Verkaufszeit hinaus beschäftigt wurden. Bei einer fünfständigen Verkaufszeit kam so in der Regel eine acht- bis neunständige Beschäftigungszeit für die Angestellten heraus.

Der Unternehmerverband gibt in einer Eingabe an den Reichstag ganz unumwunden zu, daß die Angestellten gesetzwidrig während der Zeit des Hauptgottesdienstes beschäftigt werden; er entschuldigt das bloß damit, daß das leider nicht zu umgehen sei, und er fordert darum, daß den Unternehmern das künftighin auch gesetzlich erlaubt werden soll. — Das Sonntagruhegesetz ist also für das Arbeitspersonal in Blumengeschäften bisher so gut wie nicht vorhanden gewesen. Und warum nicht? Weil diese Angestellten sich bisher von jeder gewerkschaftlichen Organisation ferngehalten haben. Die Gärtner, die sich schon lange darum bemühen, haben bisher lediglich in Berlin einige Erfolge zu verzeichnen. Wo Kontrollen stattfanden, haben das die Gärtner oder die Handlungsgehilfen veranlaßt. Verhätten sich die Blumengeschäftsinhaber auch künftighin der Gewerkschaft gegenüber teilnahmslos, dann kann ihnen selbst das beste Gesetz nicht allzu viel helfen.

Ausland.

Die Beerdigung des Opfers.

Unter ungeheurer Beteiligung der ganzen Bevölkerung von Tetschen und Bodenbach wurde am Mittwochnachmittag das Opfer des Unternehmer-Erdbebens Stellung zu Grabe getragen. Niemand konnte sich der Anteilnahme entziehen. Mit umflorten Fahnen und unzähligen Kranzspenden mit durchweg roten Schleifen bewegte sich

Himmels entgegennehmen würde. Und daß der April sich in unfernen Breiten gar nichts daraus macht, sich als vollkommener Wintermonat zu gebärden, das haben wir ja während der drei letzten Jahre zur Genüge erfahren. Begonnen hat diesmal der Vorkühling in Norddeutschland sogar schon am Jahreschlusse; war doch am 31. Januar das Quecksilber zu München bereits auf 13, zu Magdeburg auf 12, zu Berlin auf 10 Grad Wärme emporgestiegen. Im ganzen Westen und Norden des Landes dauerte die frühlinghafte Wärme dann fast ununterbrochen fort. 10 bis 12 Grad Wärme hatten während der ersten Februarwoche zahlreiche Orte, und am vergangenen Montag wurde sogar in zahlreichen Gegenden des Landes eine Wärme von 14 Grad, zu Erfurt sogar 15 Grad erreicht. Dabei scheint seit 14 Tagen von früh bis spät die Sonne vom wolkenlosen Himmel.

Es ist eine günstige Luftdruckkonstellation, die uns das schöne Wetter beschert, und zwar liegt die eigentliche Ursache der frühzeitigen Wärme darin, daß sich das Maximum dauernd im Südosten des Erdteils behauptet, während von Nordwesten nach Nordosten ununterbrochen tiefe Depressionen wandern. Diese atlantischen Wirbel führen aus niederen Breiten des Ozeans warme Südwestwinde mit, die jedoch durch die Lage des Maximums meist etwas nach Süden abgelenkt werden und daher mit kontinentalem Charakter zu uns gelangen. Infolgedessen sind diese Winde trocken, und die Bewölkung bleibt aus. So findet man denn augenblicklich nirgendwo in Europa günstigere klimatische Verhältnisse als in Deutschland.

Der Sitz des musikalischen Talentes. Der Chronologe (Schädelforscher) Gaß hat zu Beginn des 19. Jahrhunderts in seiner Schädellehre am Schädel bestimmte Bezirke angegeben zu können geglaubt, deren mehr oder weniger starke Ausbildung einer mehr oder weniger ausgeprägten geistigen Anlage, einer Charaktereigenschaft oder physischen Fähigkeit entsprechen sollte. Eine oberflächliche Physiologie hat ihn dazu verführt, statt nach physischen Elementen nach zusammengesetzten Gebilden, wie das Liebe, Eiferlust u. dergl. zu suchen. Seine Behauptungen sind daher stark in Mißkredit geraten, bis die moderne Hirnphysiologie sich dieses Problems in ihren Forschungen zur Lokalisation der physischen Vorgänge in der Hirnrinde mit einer wesentlich genaueren Fragestellung bemächtigte. Im Verlaufe der Forschungen wurden dann zahlreiche Punkte in der Hirnrinde gefunden, die gewissermaßen ein „Zentrum“ für eine bestimmte physische Tätigkeit bildeten. Das zuerst gesunde Zentrum und zugleich das wichtigste ist das motorische Sprachzentrum in der zweiten linken Stirnwindung, von Broca entdeckt. Eng mit diesem zusammenhängend liegt im Schläfenlappen, und zwar, wie der verstorbene Psychiater Bernicke nachgewiesen hat, im hinteren Abschnitt der oberen Schläfenwindung das Hörzentrum.

Man muß nun aus biologischen Überlegungen erwarten, daß mit einer besonders vorzüglichen Leistung eines Organes, dessen stärkere materielle Bildung einhergeht, daß also ein Individuum mit besonders ausgebildeter Tonempfindung auch den entsprechenden Hirnteil ausgebildet oder anders normale Menschen besitzt. Diese Vermutung ist immer wieder durch die Untersuchung des Gehirns von Männern erhärtet worden, die als Talente galten. So fand man in dem Gehirn des vor wenigen Jahren verstorbenen Gelangspädagogen Stockhausen über das Gewöhnliche hinaus entwickelte Schläfenwindungen. Dieselben Zeichen trägt das von

der unabsehbare Leichenkondukt durch ganz Tetschen und Bodenbach nach dem Friedhofe in Rosowitz. Den zweistündigen Weg säumten Tausende und Abertausende. Die streifenden Buchdrucker waren aus dem ganzen Bezirke bis nach Prag herbeigezogen, um dem Verstorbenen ihre Sympathie zu bezeugen. Er war konfessionslos, deshalb fehlte jeder kirchliche Pomp. Ein freireligiöser Prediger aus Wien hielt von der Terasse der Volkshalle herab die Trauerrede. Am Grabe sprachen Vertreter des Verbandes der Buchdrucker und der einzelnen Bezirke, die der Gewerkschaften und der Partei. Auch der Verband der Deutschen Buchdrucker war vertreten. Sie alle schilderten den Ermordeten als ein Vorbild, einen lauterer Charakter und ruhigen und besonnenen Menschen. Neben den Trauernden, die das Grab umsäumten und entflohen Hauptes die Reden anhörten, lag tiefste Ergrißtheit. Vielen rollten die Tränen über die Wangen, als den Hinterbliebenen des Toten unbefruchtete Hilfe zugesichert wurde.

Am Abend fand im Hotel „Stadt Prag“, dem Latort, eine Versammlung statt, zu der Hunderte keinen Zutritt finden konnten. Sie bevölkerten bis zum Schluß den Marktplatz in Tetschen. Die Redner, ein Vertreter des Verbandsvorsitzenden der Buchdrucker und der Sekretär der Partei, Czermak, knusperneten unter der tiefsten Erregung der Versammelten den rucklosen Körper, das struppellose Unternehmertum und die Behörden, die sich der Tat mitschuldig gemacht. Nicht daß und Verachtung solle aus dem Grabe steigen, sondern das Blutopfer solle der Arbeiterbewegung einen neuen Aufschwung geben, dann sei es nicht umsonst gebracht. Das erbärmliche Verhalten der bürgerlichen Presse, die fast ohne Ausnahme die schmachvolle Tat zu eufkeuligen sucht und aus ihr ein Verbot des Streikpostensiehens herleiten will, wurde gebührend beleuchtet. Eine im Sinne der Reden gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen. Die ganze Stadt stand bis zum späten Abend unter dem Eindruck der gewaltigen Demonstration.

Die Verhandlung gegen den Mörder soll am 18. Februar in Leitmeritz stattfinden.

Von den schweizerischen Eisenbahnen.

Die Angestellten der Bundesbahnen verlangen schon seit langer Zeit eine Nachtentschädigung und Ausdehnung der Befreiung von Dienstkleidern. Nachtentschädigung erhalten seit jeher die Postangestellten usw. und auch das Personal der Gotthardbahn, und zwar dieses je 1 Fr. pro Nacht. Die Eisenbahner verlangen für die Zeit von abends 9 1/2 Uhr bis morgens 4 Uhr eine Entschädigung von 40 Cts. pro Stunde, der Verwaltungsrat hat ihnen für die Zeit von 11 Uhr nachts bis 4 Uhr morgens einen Lohnzuschlag von nur 20 Cts. gewährt. Für die Ausdehnung der Dienstkleider — Befreiung sollen 400 000 bis 500 000 Fr. zu den bisherigen Ausgaben von 1 583 000 Fr. mehr ausgeben werden. Die Eisenbahner sind mit dieser ungenügenden Erledigung ihrer Forderungen sehr unzufrieden.

Im Londoner Bauarbeiterkreise hat das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses beiden Parteien seine Vermittlung angeboten, die voranschrittlich angenommen werden dürfte.

Aus der Partei.

Die geplante Abonnentenerhöhung der „Münchener Post“. Der Parteivorstand schreibt uns: Die unser Münchener Parteiblatt mittelst, sollen auf Beschluß der dortigen Parteinstangen vom 1. April d. J. ab die Abonnenten der „Münchener Post“ gegen Todesfall und Ganzinvalidität versichert werden. Bisher hat die sozialdemokratische Partei in ihrer Presse und durch ihre Fraktionen im Reichstag und den Einzelstaaten sich entschieden gegen eine Verquickung der Presse mit der Abonnentenerhöhung gewandt. Als der Parteivorstand von dem Plane des Münchener Verlags erfuhr, hat er sich sofort mit dem

Dr. Auerbach untersuchte Gehirn des Münchener Kapellmeisters Felix Wottl. Auch hier dehnen sich die Schläfenwindungen weit in die Nachbarschaft aus und nehmen ein viel größeres Volumen als bei Normalen ein. Auch sonst zeigte die Oberfläche des Gehirns durch Wölbung und Furchung eine weitgehende Entwicklung.

Notizen.

— Musikchronik. Freitagabend 8 Uhr findet in der Philharmonie der letzte Klavierabend von Eugen d'Albert statt.

— Die Künstlerrepublik ohne Großherzog. Herr Paul Cassirer hat es nun doch abgelehnt, der neuen Künstlerorganisation der „Freien Sezession“ beizutreten, weil er seine Kräfte seinem eigenen Unternehmen (wovon früher die Sezession ein Teil zu sein schien) widmen und längere Zeite selbständig ihre Ideen ausdrücken lassen will. Man kann diesen Entschluß, aus welchen Gründen er immer erfolgt sein mag, nur billigen. Der neue Verein zählt 40 gründende Mitglieder, die den Vorstand und die Jury stellen. Gewöhnliche Mitglieder können mit der Zeit zu Gründungsmitgliedern aufrücken. Max Liebermann wurde zum Ehrenmitglied gewählt.

— Die Hoffmannschen Dpernhausentwürfe wurden von der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beraten, ohne daß bisher Abstimmungen vorgenommen wurden. Der Minister lehnte es ab, den Entwurf der Bauakademie zur Prüfung zu unterbreiten. Auch die Vereinigung Berliner Architekten beschäftigte sich mit dem Entwurf und beschloß, ein Gutachten, in dem sie ihre Kritik niederlegen will, der Budgetkommission zu überreichen.

— Drahtlose Höflichkeit. Der Zeitungsleser hört soviel von den Fortschritten der drahtlosen Telegraphie, daß er sich ein viel zu günstiges Bild von der Praxis macht. So erfährt man jetzt, daß in der Nacht auf Donnerstag zum ersten Male zwischen deutschen und amerikanischen Zeitungen ein direkter Austausch von Funkenprüben stattfand und zwar zwischen Kauen und Sayville bei New York über eine Strecke von 6400 Kilometern. Kapselartige Organe tauschten bei der Gelegenheit jene bekannten Höflichkeiten aus, die auf der gleichen Stufe stehen wie die diplomatischen.

— Eine John-Brindmann-Stiftung will anlässlich des 100. Geburtstages des plattdeutschen Dichters der allgemeine plattdeutsche Verband errichten. Die Stiftung soll plattdeutscher Sprache und plattdeutschem Schrifttum zugute kommen.

— Professoren ohne Amtstracht. Es gibt doch noch Männer in Deutschland. Die Professoren der Straßburger Universität haben mit großer Mehrheit den vom Senat gestellten Antrag auf Einführung einer Amtstracht abgelehnt. Wenn sie sich dadurch nur nicht in den Geruch unfürzlerischer Gefinnung bringen werden.

— Die große Brücke. Der Plan einer Riesenbrücke über den Hudson, die New York mit New Jersey verbindet, ist nunmehr in allen Einzelheiten festgelegt. Diese größte Brücke der Welt wird etwa 165 Millionen Mark kosten. Fährne, fast so hoch wie der Eiffelturm, werden nötig sein, um die Spannweite eines einzigen Bogens zu tragen. Acht Eisenbahnlinien sollen über die Brücke führen, zwei Untergrund-, zwei Hochbahnen und vier Rivaubahnen, während auf der Fahrstraße zehn Fahrzeuge nebeneinander fahren können. Die Höhe der Brücke wird auch dem größten Dampfer die Durchfahrt gestatten.

bera in Verbindung gesetzt und alles getan, um die Einführung der Abonnentenversicherung zu verhindern. Der Parteiausschuss hat sich in seiner Dezemberbesitzung mit allen gegen 3 Stimmen gegen die Einführung der Abonnentenversicherung ausgesprochen und der Münchener Genossen dringend empfohlen, von der Einführung der Abonnentenversicherung abzusehen. Wenn die Münchener Parteinstanzen trotzdem die Einführung der Abonnentenversicherung beschließen, so haben sie sich damit in Widerspruch gesetzt zu der überwiegenden Mehrheit der Gesamtpartei.

Das Feuilleton der „Neuen Zeit“.

Die soeben erschienene Nr. 20 der „Neuen Zeit“ enthält folgende zwei Erklärungen:

In Nr. 18 der „Neuen Zeit“ richtet die Redaktion Beschuldigungen gegen mich, auf die ich zunächst nicht antworten wollte, in der Annahme, daß die Redaktion inzwischen die Entscheidung der Kontrollkommission vollständig mitteilen und meine kurze Erklärung in der Nummer des „Vorwärts“ vom 31. vorigen Monats wiedergeben werde. Da beides in Nr. 19 der „Neuen Zeit“ nicht geschehen ist, so ersuche ich, in Nr. 20 folgende Erwiderung anzunehmen:

Gegen den Beschluß des Parteivorstandes vom 20. November vorigen Jahres, das Feuilleton der „Neuen Zeit“ aufzuheben, richtete ich den Antrag an die Kontrollkommission, diesen Beschluß für sachlich unangehörig zu erklären. Die angerufene Instanz entschied am 23. Januar dieses Jahres wörtlich wie folgt: „Die Kontrollkommission hält die Aufhebung der Feuilletonbeilage der „Neuen Zeit“ durch den Parteivorstand für sachlich unangehörig. Die Kontrollkommission ging bei dieser Entscheidung von der Überzeugung aus, daß die Gründe noch heute fortbestehen, welche 1907 zur Herausgabe der Feuilletonbeilage in ihrer bisherigen Gestalt und unter ihrer bisherigen Leitung führten. Der Konflikt zwischen den Genossen Wehring und Kautsky kann nicht als sachlich für den Beschluß des Parteivorstandes angesehen werden.“ Wie mir der Parteivorstand am 28. Januar dieses Jahres mitteilte, bleibt es gleichwohl bei seinem Beschluß.

In dieser demnach noch bei den geordneten Parteinstanzen anhängigen Sache hat es die Redaktion der „Neuen Zeit“ für angebracht erachtet, entgegen allem Parteibruch eine teils entstellte, teils unwahre Darstellung des Sachverhalts in Nr. 18 der „Neuen Zeit“ zu veröffentlichen. Eine aktenmäßig gründliche Widerlegung dieser Fabel wird erfolgen; sie heute zu geben, bin ich — selbst wenn ich von dem guten Parteibruch absehen wollte, was keineswegs meine Absicht ist — durch ein entscheidendes Parteinteresse verhindert. Sie würde unter den obwaltenden Umständen — da der Parteivorstand sich über den Beschluß der Kontrollkommission hinweggesetzt hat und der Parteitag erst in reichlich sieben Monaten zusammentritt — eine Preppolemik ohne praktisches Ziel, aber mit der praktischen Wirkung hervorzuufen, den Gegnern der Partei ein Weidenvergäuen zu bereiten. Dafür kann und will ich die Verantwortung nicht übernehmen; ich habe mir selbst versagen zu sollen geglaubt, wozu ich anfangs geneigt war, den Parteiredaktionen, die zum großen Teil ihr Bestreben über den Beschluß des Parteivorstandes ausgesprochen und mich mehrfach um Aufklärung ersucht haben, die nötigen Aufschlüsse zu geben.

Ich darf annehmen, daß die Leser der „Neuen Zeit“ die Gründe meines vorläufigen Schweigens nicht verkennen werden. Sie kennen die Verhältnisse genug, um sich zu sagen, daß die Kontrollkommission ihre Entscheidung nicht ohne die wichtigsten Gründe gefällt hat, und sie werden auch mich, wie ich hoffe, aus meiner mehr als zwanzigjährigen umfassenden Tätigkeit für die „Neue Zeit“ genügend kennen, um nicht die angeblichen Tatsachen, die mir die Redaktion der „Neuen Zeit“ nachsagt, für bare Münze zu nehmen, ehe ich antworten kann.

Dem Erlaß des Parteivorstandes, trotz der Aufhebung des Feuilletons meine Tätigkeit für die „Neue Zeit“ fortzusetzen, komme ich aus formalen Gründen vorläufig nach, mit dem Vorbehalt, in der zweiten Septemberrhälfte des Jahres mich endgültig zu entscheiden.

Berlin-Steglitz, 6. Februar 1914.

J. Wehring.

Die Redaktion der „Neuen Zeit“ bemerkt hierzu:

Unsere aufklärende Darstellung in Nr. 18 der „Neuen Zeit“ erhielt Wehring früher als ihren Abdruck im „Vorwärts“. Wenn er trotzdem seine Erwiderung nicht uns, sondern diesem einjandte, schlossen wir daraus, er ziehe die Erörterung der Angelegenheit im „Vorwärts“ vor. Dementsprechend haben auch wir unsere Entgegnung nicht in der „Neuen Zeit“, sondern im „Vorwärts“ (1. Februar) veröffentlicht, und zwar, um zu einer Preppolemik keinen Anlaß zu geben, knapp und rein sachlich. (Der Wortlaut der Entgegnung ist den Lesern des „Vorwärts“ bekannt.)

Diese Auffassung unserer Pflicht, die Genossen über den Fall aufzuklären, ist, soweit wir sehen, von der gesamten Parteipresse gebilligt worden, wie sie sich auch sonst zu dem Konflikt stellen mochte. Wehring ignoriert sie vollständig.

Von der Erklärung der Kontrollkommission haben wir alles mitgeteilt, was zur Kenntnis der Sachlage notwendig war. Daß durch unsere Beglaubigungen an dem Sinn der Erklärung etwas geändert wurde, wagt selbst Wehring nicht zu behaupten.

Er entwirft sich über „teils entstellte, teils unwahre“ Beschuldigungen, die wir gegen ihn erhoben haben sollen. In Wirklichkeit haben wir niemand beschuldigt, sondern nur die Tatsache mitgeteilt, daß Wehring seit drei Jahren sich weigert, die Redaktionsräume der „Neuen Zeit“ zu betreten, und seit bald „zwei Jahren alle persönlichen Beziehungen zu ihren Redakteuren abgebrochen hat“. Ueber die Ursachen dieser Vorgänge haben wir kein Wort geäußert, und doch könnten nur aus ihnen Beschuldigungen gegen die eine oder die andere Seite abgeleitet werden. Die beiden erwähnten Tatsachen selbst wurden schon der Kontrollkommission mitgeteilt, und Wehring hat sie dort nicht bestritten.

Ob und welche Vorwürfe wir Wehring machen können, ist ein Kapitel für sich. In unseren Feststellungen haben wir peinlich alles vermieden, was wie eine Beschuldigung aussehen könnte.

Nicht nur erheben Beschuldigungen vor der Öffentlichkeit, sondern Wehring. Es sind Beschuldigungen der verletzenden Art, die er vorbringt, und dabei erhebt er sie in unangenehmer Weise, denn er behauptet wohl, wie hätte in Nr. 18 der „Neuen Zeit“ eine teils entstellte, teils unwahre Darstellung des Sachverhalts“ gegeben, berät aber mit keinem Worte, wo diese „Entstellungen“ und „Unwahrheiten“ ständen.

Er kündigt jetzt an, er werde unsere in Nr. 18 gegebene Darstellung „aktenmäßig widerlegen“, jedoch im Interesse des Parteiehrens nicht sofort.

Wir halten unsere Darstellung in allen Punkten aufrecht. Als selbstverständlich aber betrachten wir es, daß das angekündigte aktenmäßig den Beteiligten zeitig genug mitgeteilt wird, um diese instand zu setzen, auch ihrerseits das einschlägige Material den Genossen zu unterbreiten, die als Vertreter der Partei zu entscheiden haben, und ihnen damit ein objektives Urteil zu ermöglichen.

Gemeinderatswahlen.

In der hannoverschen Gemeinde Brinkum (Kreis Sthf) wurden bei der Gemeindeauswahlwahl drei Sozialdemokraten gewählt. Zwei Mandate wurden überhaupt, eins neu gewonnen. Sechs Sozialdemokraten sitzen jetzt im Gemeinderat.

Stadtverordnetenversammlung.

5. Sitzung vom Donnerstag, den 12. Februar 1914, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Michael eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. — Die Zufriedenheit ist überfüllt.

Die zu Stadträten gewählten Herren Reimann, bisher Prä-

sident der Versammlung, und Kommerzienrat Ariur Franke haben die Wahl angenommen.

1912 wurde die Frage hier ausführlich beraten und ruht seitdem. Die sozialdemokratische Fraktion hat am 20. Januar folgenden Antrag Arons eingebracht:

„Der Magistrat zu ersuchen, das Kuratorium der städtischen Heimstätten aufzulösen und die Verwaltung der Heimstätten der Deputation für die städtischen Krankenanstalten zu unterstellen. Die Deputation wird eventuell durch zwei Magistratsmitglieder, vier Stadtbekordnete und vier Bürgerdeputierte vermehrt.“

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Wir halten die Zusammenführung der verschiedenen städtischen Einrichtungen für die Krankenpflege im Interesse einer energiegeladeneren Städtischen Sanitätsverwaltung für notwendig. Wir müssen allmählich zu einem städtischen Gesundheitsamt kommen, und wir sehen es als eine der wichtigsten Aufgaben des Stadtmagistrats an, in dieser Richtung Reformen anzubahnen. Mit unserem Antrage bitten wir Sie, einen ersten wichtigen Schritt auf diesem Wege zu tun. Der Magistrat hat bisher die Vereinigung beider Verwaltungen abgelehnt und sich auf die Eigenschaft der Heimstätten als Wohlfahrtseinrichtung berufen. Im Sinne einer gesunden Deputation.

Am 6 Uhr wird die Sitzung unterbrochen und in gemeinschaftlicher Sitzung der beiden städtischen Körperschaften unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth die Entscheidung in die Zweckverbandverwaltung für den verschiedenen Vertreter Stadtrat Kraggaff und den Erfahmann, bisherigen Stadtbekordneten Riedel, vollzogen. Gewählt werden durch Jura Stadtrat Berndt und Stadtv. Fischer (Soz.)

Darauf wird die unterbrochene Beratung fortgesetzt. Oberbürgermeister Wermuth: Ich halte daran fest, daß die Heimstätten allgemeine Wohlfahrtseinrichtungen sind. Im Jahre 1912 erhielten sie aus städtischen Krankenhäusern 15,3 Proz. Zugang, von den Armenärzten 19,5 Proz., von Kasernen-, Fürsorge- und Privatärzten 65 Proz. Schon diese Ziffern ergeben, wie weit ihr Interessenskreis über den der Krankenpflege hinausgreift. Eine engere Verbindung braucht nicht notwendig die Auflösung des Heimstättenkuratoriums zur Folge zu haben.

An der Debatte beteiligten sich u. a. in zustimmendem Sinne die Stadtv. Prof. Landau und Galland (A. L.). Gegen den Antrag spricht Stadtv. Sachs (A. L.).

Der Antrag wird nach dem Schlusswort des Stadtv. Dr. Wehl in einem Auspruch von 15 Mitgliedern verworfen.

Die Vorlage betr. den Verkauf einiger der Stadt gehörigen Parzellen in Treptow an die Landgemeinde Berlin-Treptow wird dem Ausschussantrage gemäß einstimmig angenommen.

Nach drei Sitzungen ist der für die Beratung des Antrages Arons, „den Magistrat zu ersuchen, ohne Verzugs 500 000 M. zur Unterstützung der Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen“, niedergelagerte Auspruch zur Ablehnung dieses Antrages gelangt; dafür soll aber der Magistrat ermächtigt werden, 300 000 M. zur Gewährung von unverzinslichen Darlehen an Personen, welche infolge des wirtschaftlichen Niederganges in vorübergehender Not geraten sind, zu verwenden. Voraussetzungen der Bewilligung der Darlehen ist ein einjähriger Aufenthalt in Berlin. Sie sollen in der Regel nur verheirateten und solchen anderen Personen gewährt werden, welche eine Familie zu unterhalten haben und fortlaufende Armenunterstützung nicht beziehen. Der Gesamtbetrag des Darlehens an eine Person darf 40 M. nicht übersteigen. Wegen der Rückzahlung sind angemessene Pflichten zu vereinbaren. Die weitere Ausführung dieses Beschlusses wird der gemischten Deputation zur Beratung von Maßregeln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit übertragen.

Ferner soll der Magistrat ersucht werden, die Verwaltung der Riefelgüter zu beauftragen, einmal Arbeitslose gegen den ortsüblichen Tagelohn in möglichst großem Umfange zu beschäftigen, dann auch einen Organisationsplan in bezug auf die Kolonisation städtischer Oeklandereien vorzubereiten, nach welchem in Zeiten von Arbeitslosigkeit Arbeitslose in größerem Umfange als bisher auch in diesem Geschäftszweige der städtischen Verwaltung Beschäftigung finden können.

Referent ist Stadtv. Sommerfeld (A. L.).

Stadtv. Düring (Fr. Fr.): Dem zweiten Teil des Ausschussantrages können wir zustimmen, dagegen nicht dem ersten Teil. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Mittelpunkt der Ausschussberatung stand die Frage, wie man die Notlage der Arbeitslosen beseitigen könne, ohne daß die Beihilfe den Charakter einer Armenunterstützung erhält. Der Ausschuss glaubt, einen Ausweg gefunden zu haben, indem die Form der Kreditgewährung gewählt wird. Dieses Mittel, eine unbillige Rechtslage zu korrigieren, müssen wir in seiner Wirksamkeit bezweifeln. Ob gerade die Verhältnisse Berlins geeignet sind, ein Verwehfeld dafür zu bilden, erscheint uns auch fraglich. Die Erfahrungen anderer Kommunen, soweit sie uns bekannt geworden sind, betrachten wir als unzureichend. Die Allerbedürftigsten werden zudem von der Stadt nichts erhalten, ebensowenig die, die schon fortlaufend Armenunterstützung beziehen, und diejenigen, welche sich bisher redlich durchschlagen, aber durch die Not dieses Winters genötigt waren, Armenunterstützung nachzusuchen. Der Kreis der Verdrängten wird also sehr klein sein. Die Höchstsumme von 40 M. wird in vielen Fällen keine wirkliche Abhilfe schaffen können. Die Lösung des Problems der Arbeitslosenfürsorge treibt der Ausschuss nach diesem Antrage nicht mehr an; es ist eben unmöglich, mit kleinen und halben Maßnahmen ein so großes Problem zu lösen. (Sehr richtig!) Wir würden übrigens auch ein Präjudiz nicht ungefährlicher Art schaffen. Die Notlage erkennen wir an. Nach Lage der Dinge wird die Armenverwaltung eingreifen müssen; wir wünschen, daß sie möglichst freigiebig ihre Hand wälten lassen möge.

Stadtv. Gaffel (A. L.): Der Ausschussantrag ist das Ergebnis sehr gründlicher Beratung. Der Antrag Arons wollte die Unterstützung ohne Prüfung der Notlage gewähren und zwar nur Arbeitern und nicht anderen Berliner Bürgern. Je länger wir beraten, desto klarer wurde uns, daß wir irgendeinen Schritt tun müßten, wenn er irgend praktikabel erschien. Der Weg, den der Ausschuss auf meinen Antrag gewählt hat, ist auch schon von anderen Orten mit Erfolg gegangen worden. Wir wollen den Betroffenen das Wahlrecht erhalten. Was gegeben werden soll ist keine Armenunterstützung, weil es von vornherein mit der Bedingung der Rückgabe binnen einer bestimmten Zeit gegeben werden soll. Das Bedenken des Kollegen Düring, daß hier auch nur eine verschleierte Armenunterstützung vorliegen könnte, halten wir für unbegründet, schon weil in anderen Städten die Behörde gegen das analoge Verfahren dort nicht eingeschritten ist. Ich und sämtliche Juristen im Ausschusse haben die Überzeugung, daß dieses Darlehen eine Armenunterstützung nicht darstellt. 300 000 M. für diesen Zweck scheinen uns schon recht beträchtlich, wenn man bedenkt, daß z. B. Frankfurt a. M. nur 10 000 M. dafür hergegeben hat. Mit solchen kleinen Summen ist in Berlin nichts zu machen. Heberbürdet wird Berlin aber auch andererseits nicht; denn sonst wird ja die Armenunterstützung einzutreten haben. 40 M. Unterstützung im Einzelfall dürften für viele von der Not Betroffene eine sehr wesentliche Summe bedeuten; es soll ja auch eine vorübergehende Notlage sein. Gewisse Grenzen müssen gezogen werden. Ich vertraue, daß die durch ein solches Darlehen Unterstützten sich nach bester Kraft um die Rückzahlung bemühen werden. In zahlreichen Fällen werden die Beizahlenden schon aus dem Grunde zurückzahlen, damit sie bei einer späteren Notlage nicht zurückgewiesen werden. Einen besseren Weg, das Wahlrecht den Betroffenen zu erhalten, haben wir nicht finden können. Wir stimmen deshalb für den ersten Ausschussantrag und ebenso für die weiteren, die die Beschaffung von Arbeit erstreben. Das ethische Moment, das hier im Vordergrund steht, hat auf uns einen großen Eindruck gemacht, so wenig uns vielleicht diese Stimmen bei Wahlzeit zugute kommen werden. Mit der kommunalen Arbeitslosenversicherung hat der Vorschlag nichts zu tun; eine solche Versicherung halten wir nicht für gangbar.

Stadtv. Dupont (Soz.): Obwohl wir mit dem Ergebnis der

Ausschussberatung keineswegs einverstanden sind, insofern als sie unseren Anregungen durchaus nicht Genüge tun, sind wir doch bereit, für den Ausschussantrag zu stimmen: das Eis ist insofern gebrochen, als anerkannt wird, daß neben der Beschaffung von Arbeit die Stadt auch eine gewisse Verpflichtung habe, bei solchen Notlagen mit Barmitteln einzugreifen auch über die Armenunterstützung hinaus. Darin sehen nun die Herren von der „Freien Fraktion“ eine große Gefahr. Warum soll in Berlin so gefährlich sein, was in einer ganzen Reihe von Städten schon beachtet? Warum muß Berlin immer hinterher hinken? Berlin als Weltstadt soll immer warten, bis andere Städte voraufgegangen sind; da können wir nicht mitmachen. Berlin kann mehr tun als andere Städte, wenn es will. Daß damit ein Schritt zur kommunalen Arbeitslosenversicherung getan sein soll, ist mir so unsachlich wie dem Kollegen Gaffel; aber zugrunde liegt bei denen, die dieser Meinung sind, wohl die Erwägung, die Begehrlichkeit werde damit gemindert. Begehrlichkeit wird immer bei den unteren Schichten der Bevölkerung gerügt; über die Begehrlichkeit bei den anderen Schichten klagt man nicht. Aber wäre dem so: welche Gefahr steckt denn in dieser Begehrlichkeit? Die Gelder werden doch ausgegeben für Miete usw.; es ist ein Umjaß, weiter nichts. Die Notlage wird auch von Herrn Düring anerkannt, aber weil die Summe nicht genügt, will er überhaupt nichts bewilligen! Den Standpunkt: „alles oder nichts“ machen wir nicht mit. Ich bedaure das absolute „Nein“ der Fraktion Düring, nachdem wir das „Ja“ der Alten Linken haben. Die Darlegungen bezüglich der Wahrung der politischen Rechte scheinen uns unanfechtbar, und darum stimmen wir für den Ausschussantrag. Was dessen zweiten Teil betrifft, so bitten wir nachzusprechen, ob denn die 250 M. pro Tag für Verheiratete auf den Riefelgütern wirklich genügen. Mit 250 M. ist es für einen Familienwater unmöglich, da brauchen zu leben. (Zustimmung.) Ferner möge die gemischte Deputation die Ausführungsbestimmungen so liberal wie möglich gestalten, weil doch die Enttäuschung für die Angestellten und Arbeiter, die wir meinen, ja schon da ist, aber durch eine solche liberale Ausführung gemindert werden kann. Was wir bisher angestrebt haben, ist und bleibt die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, und da das Reich dazu so bald nicht kommen wird, bleibt nach wie vor der Mittelweg der Versicherung von Kommune wegen. Die Frage wäre freilich am leichtesten in einer Zeit der Prosperität zu lösen. Die Gegnerschaft muß aber Schritt für Schritt zurückgedrängt werden; ein Schritt nach vornwärts wird hier getan. Geben Sie dem Ausschussbeschlusse Ihre Zustimmung! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Rosenow (A. L.): Die Frage der Arbeitslosenversicherung kann heute beiseite bleiben. Wir haben es mit dem konkreten Fall der bestehenden Arbeitslosigkeit und mit den Mitteln ihrer Abhilfe zu tun. Mit der bloßen Anerkennung der Notlage ist es doch nicht getan, damit kann niemand seine Kinder satt machen. (Lebhafte Zustimmung.) Kollege Düring beweist die Kollektsenden an die Armenverwaltung, spricht aber damit gegen sich selbst; denn er hat selbst zugegeben, wie bitter es ist, daß jemand aus Not sein Wahlrecht einbüßen soll. Ist erst die Scham überwunden, muß man zur Armenverwaltung gehen, dann wird vielleicht mehr gefordert und nach Lage der Umstände auch gegeben, als nach dem Ausschussantrage erforderlich ist. Nach diesem kann immerhin 7500 Existenzen, wenn sie je 40 M. erhalten, das Wahlrecht nicht genommen werden. Einem selbständigen kleinen Schuhmacher, der kein Leder mehr laufen kann, ist mit 40 M. sehr geholfen. Von Stadt wegen kann auch neue Arbeitsgelegenheit gegeben werden, den Werkstätten kann man in allerhöchster Zeit in Angriff nehmen; das wird die Arbeiterschaft sehr freuen, denn sie will Arbeit haben. (Lebhafte Zustimmung.) Ich hoffe, daß wir die Darlehen zum Teil zurückbekommen werden, und wir erwarten, das sprechen wir klar und deutlich aus, von der Arbeiterschaft, daß sie zurückzahlen und die Stadt nicht enttäuschen wird. Das Ausschussresultat sollte sofort zum Beschluß erhoben werden, auch von denen, die noch absiebt stehen.

Stadtv. Rommsen (Fr. Fr.): Es handelt sich nicht nur um die Erhaltung des Wahlrechts. Kollege Dupont hat ganz klar ausgesprochen, um was es sich handelt, indem er ausführte: er habe für seine Bestrebungen die Anerkennung der Großen Fraktion gefunden, und demgegenüber unser absolutes Nein bedauert. Wir sind hier scheinbar die einzigen, die einer „Großtat“ widersprechen. Aber Kollege Dupont setzte ja klipp und klar auseinander, mit der Annahme des Antrages sei die Verpflichtung der Stadt anerkannt, auch mit Geldmitteln einzugreifen, wo es aus irgend einem Grunde an den Mitteln zum Unterhalt fehle. Damit will Herr Dupont die Versammlung auf den Weg führen, den er für den richtigen hält. Aber weder Kollege Gaffel noch irgend einer seiner Freunde erkennt diesen Standpunkt an. (Stadtv. Dr. Wehl: Ueber Motive wird nicht abgestimmt!) Bei einer so wichtigen Angelegenheit ist es nötig, auch über die Motive zu reden. So lange wir die heutige Wirtschaftsordnung haben, ist der von Herrn Dupont ausgesprochene Satz für uns unannehmbar. (Zurufe.) Das ist nicht antisozial, das entspringt aus unserer wirtschaftspolitischen Anschauung. Darum überlegen Sie sich doch noch einmal, ob dieser Weg der richtige ist. Wenn nichts anderes aus dem Ausschuss herauskommen sollte, dann hätten Sie nur gleich den Antrag Arons annehmen sollen; die Modalitäten ändern nichts an dem Prinzip. Wir sind überzeugt, daß die Bewilligung dieser 300 000 M. uns auf dem Wege der Beseitigung der Arbeitslosensalamität nicht fördert, sondern schadet. (Lebhafte Widerspruch.) Es wird hier festgestellt, daß die Allgemeinheit einen Rechtsanspruch gewährt muß. (Große Intube.)

Stadtv. Dinke (Soz.): Ich habe nicht für möglich gehalten, daß sich eine Fraktion finden würde, die diesen bescheidenen Ausschussantrag ablehnt. Die 300 000 M. sind doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die Statistik der Krankenkassen ergibt, daß am 31. Dezember 1913 32 000 Männer und 16 000 Frauen mehr arbeitslos gewesen sind als ein Jahr vorher. Der Kollege Rommsen hält weder den Staat noch die Kommune für verpflichtet, den Unterfinstenden mit auch noch so schwachen Mitteln beizuhelfen; einen traurigen reaktionären Standpunkt habe ich hier noch nie proklamieren hören. Der Hinweis auf die Armenverwaltung ist doch sehr schwach; deren Unterstützungssätze sind so minimal, daß sie nicht einmal über vorübergehende Arbeitslosigkeit hinweghelfen.

Stadtv. Gaffel: Ich beitrete ganz entschieden, daß die Annahme dieses Antrages mit einem Wechsel wirtschaftlicher Anschauungen verbunden ist. Die Armenunterstützung ist eine gesetzliche Pflicht der Stadt, und wenn wir hier etwas Weiteres tun unter Formen, die nicht die Entziehung des Wahlrechtes zur Folge haben, so bleibt das auch eine Unterstützung. Wir wollen ja auch nur diejenigen unterstützen, die in Not sind und keine Arbeit finden. Den Stadtbekordneten Dupont führt Herr Rommsen, um damit zu schreien, als den Wortführer auch unserer Fraktion vor. Das ist nach der Ablehnung des Antrages Arons im Ausschuss ein ganz müßiges Beginnen. Geschehen muß etwas, und es ist gerade ein Fraktionsgenosse Rommsen gewesen, der in der gemischten Deputation viel weitergehende Anträge befürwortete, als sie jetzt der Ausschuss empfiehlt.

Nachdem die Stadtv. Rosenow, Rommsen und Gaffel sich nochmals auseinandergesetzt haben und letzterer speziell die Behauptung Rommsens zurückgewiesen hat, daß die Arbeit später nicht den Gründen Rosenows und Gaffels, sondern denen Duponts werde folgen müssen, und daß dann eine Arbeitslosenversicherung gar nicht mehr notwendig sei, schließt die Diskussion.

In der Abstimmung wird der Ausschussantrag im ersten Teil gegen die Stimmen der Freien Fraktion, der zweite Teil einstimmig angenommen.

Der Vorentwurf zum Neubau einer Gemeindegewerkschule nebst einem Depot für die Parkverwaltung in der Danziger Straße wird auf Antrag Cremer (A. L.) in einen Ausschuss verwiesen.

Die Vorlage über die Erhebung von Beiträgen zu den Kosten der Verbreiterung der Landsberger Straße

Tomme der Passus „oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr“ in Frage. Der Angeklagte habe natürlich die Plakate in der Hauptsache nur ausgehängt, weil er hoffte, dadurch Leute, die sich für die Kirchenaustrittsbewegung, die einen immer größeren Umfang annehme, interessieren, in sein Lokal zu ziehen. Er habe damit also sein Gewerbe als Gastwirt fördern wollen. Mit demselben Rechte könnte man dann auch die Plakate mit der Aufschrift „Hier liegt das Berliner Adressbuch aus“ oder ähnliche veröffentlichen, wie sie fast in jedem Lokal zu finden seien. — Das Gericht kam nach längerer Beratung zu einer Bestätigung des Strafbefehls auf Kosten des Angeklagten und zwar mit folgender Begründung: Nach dem Wortlaut des § 9 des Preßgesetzes müsse sich der Inhalt des angehefteten Plakats auf den Gewerbebetrieb des Betreffenden beziehen und nicht auf eine ganz andere Angelegenheit, die, z. B. wie hier, mit dem Schankgewerbe gar nichts zu tun habe. Außerdem seien nach dem § 2 des neuen Preßgesetzes die Erzeugnisse der Buchdruckerpresse als „Druckschriften“ anzusehen. Der Angeklagte habe also auch gegen den § 10 verstoßen. Daß der Angeklagte mit der Aushängung des Plakates auch geschäftliche Gründe verfolgt habe, unterliege keinem Zweifel, sei aber im vorliegenden Falle nur nebensächlich.

In einer zweiten Sache, die unmittelbar hinterher verhandelt wurde und sich gegen den Schankwirt Drescher richtete, kam das Gericht aus gleichen Gründen zu einer Verurteilung des Widerstands.

In beiden Sachen soll Berufung eingelegt werden.

Ein Schriftstellerprozeß.

Zu der Erklärung des Reichsverbandes der deutschen Presse und des Schreiberverbandes deutscher Schriftsteller geht uns von dem angegriffenen Verlage „Zeit im Bild“ eine Erwiderung zu, der wir folgenden entnehmen:

Mit dem Schriftsteller W. Fred haben wir im Frühjahr 1913 einen Anstellungsvertrag geschlossen, welcher Ende 1913 zum 31. März 1914 gekündigt werden konnte. Zu diesem Termine ist ordnungsmäßig von uns gekündigt worden. Wir weigern uns nicht und haben uns nie geweigert, die Herrn Fred auf Grund dieses Vertrages zustehenden — recht hohen — Bezüge zu bezahlen; es bestehen auch keine Rückstände. Es handelt sich bei dem ganzen Streit nur darum, daß Herr Fred behauptet, jener Anstellungsvertrag sei durch einen späteren Vertrag ersetzt worden, während wir das Zustandekommen dieses zweiten Vertrages — nach unserer Uebersetzung aus guten Gründen — bestritten.

In dem werden wir für unsere Behauptungen den Beweis durch Zeugen beibringen.

Die unrichtig die Behauptung ist, der Verlag habe Herrn Fred „wirtschaftlich bedrängt“, zeigt folgendes: Herr Fred hat vom April 1913 bis jetzt für „Zeit im Bild“ 25 Artikel im Umfang von durchschnittlich nicht mehr als drei Seiten geliefert; wir haben an ihn 14 300 M. ausbezahlt. Dies ist eine „wirtschaftliche Bedrängung“, die sich mancher Schriftsteller gern gefallen ließe.

Stadtbahnflüchter.

Ein gewerbmäßiger Stadtbahnflüchter, der eine ziemliche Portion Diebstahlfreiheit bewiesen hatte, wurde in der Person des „Raubriters“ Gebhard Gause der 5. Strafkammer des Landgerichts III vorgeführt.

Am zweiten Weihnachtsfeiertag abends bemerkte der Stationsvorsteher des Bahnhofs Charlottenburg, als gerade ein Zug einlief, einen Mann, der ihm aus dem Fenster eines Abteils zweiter Klasse zuwinkte. Als der Beamte herantrat, teilte ihm der Herr, der sich in Begleitung seiner Frau und zweier Kinder befand, mit, daß er gesehen habe, wie ein im Nebenabteil sitzender Mann einen anderen schlafenden Fahrgast die Uhr abgestohlen habe. Der Beamte sah in das Nebenabteil hinein und entdeckte dort zwei Schlafende, die schlafend geweckt wurden. Einer von ihnen, der jegliche Angeklagte, entsetzte sich unauffällig einige Momente, um, wie die Anzeige annimmt, die dem zweiten Fahrgast, einem Sekretär Richter, gestohlene goldene Uhr wegzuwenden. In dem Stationsbureau, wie auch später in der Polizeiwache, tat der Angeklagte höchst entsetzt und behauptete, daß wahrscheinlich der Mann, der den Stationsvorsteher von dem Diebstahl benachrichtigt hatte, der wirkliche Dieb gewesen sei. Er drohte mit allen möglichen Beschwerden über die unberechtigte Festnahme und brachte seine Angaben in dem Bräutigam eifrigster Entrüstung vor. Das angeklagte Opfer einer Personenerverwechslung wurde jedoch bald sehr kleinlaut, als die Polizei feststellte, daß G. vielfach mit Gefängnis und Zuchthaus verurteilt ist, seine Photographie unter der Rubrik „Stadtbahnflüchter“ das Verbrecheralbum ziert und er schon dreimal wegen gleicher Stadtbahnflüchtereien verurteilt ist.

Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die vielfachen Vorstrafen des Angeklagten 2 1/2 Jahre Zuchthaus. Das Gericht ging noch über diesen Antrag hinaus und erkannte auf 2 Jahre und 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Spiel und Sport.

Radfahrer.

Arbeiter-Radfahrerclub „Solidarität“. Ortsgruppe Berlin.

Motorfahrer!

Die Ortsgruppe Berlin hat eine Abteilung für Motorfahrer errichtet. Die Sitzungen finden jeden Donnerstag im Rennt, abends 8 Uhr, bei Siegel, Str. Frankfurter Str. 30 statt. Gäste willkommen.

Tourenplan zum Sonntag, den 15. Februar:

1. Abt.: Fuhrtour durch den Grunewald. Einzige Schmargendorf (Waldlager). Start: 1 Uhr: Bülowstr. 58.
2. Abt.: Romanes (Einger). Start: 1 Uhr: Fontane-Promenade.
3. Abt.: Ragh Vögelswerder (Alten Freund). Start: 1 Uhr: Lankf. Platz 12.
4. Abt.: Ragh Mariendorf (Graß Gesellschaftshaus, Joh. Laas, Chausseestr. 306). Start: 1 1/2 Uhr: Kästner Platz.
5. Abt.: Schmalde (Wille). Bei schlechtem Wetter Treffpunkt Kluth, Barfamer Str. 8. Start: 1 Uhr: Petersburger Straße (Pistum).
6. Abt.: Ragh Wilhelmshaus (Gesellschaftshaus, Joh. Pafel). Start: 1 1/2 Uhr: Oberberger Str. 28.
7. Abt.: Stolpe a. Nordh. (Weslin). Start: 1 Uhr: Schulstr. 29.
8. Abt.: Mariendorf, Feldschloßchen (Bresk), Kurfürstenstr. 44. Start: 1 1/2 Uhr: NW, Levetzowstraße (Meinert).

Banlow-Riederhöhnhausen. Besuch des Bau- und Verkehrs-Museums. Treffpunkt: 10 1/2 Uhr vor dem Museum.

Weißensee. Führtour. Start: 7 1/2 Uhr: Berliner Allee 31.

Charlottenburg. 1 1/2 Uhr: Volkshaus. Tour wird am Start bekanntgegeben.

Groß-Lichterfelde. Sonnabend, den 14. Febr., abends 8 1/2 Uhr: Lichtbildvortrag im „Vorkammler“, Hahnstr. 10.

Turner.

Am Sonntag, den 15. Februar, veranstaltet der Verein folgendes:

1. Männer-Abt.: Partie nach Birkenwerder, Summit, Wandb., Borsdorf, Lepnitz, Bernau. Treff: 1/2 Uhr: Vgl. Landsberger Allee.

2. Männer-Abt.: Jentzen, Rahlow, Bernsdorf, Königsmusterhausen. Treff: 1/2 Uhr: Alexanderplatz, Berlin.

3. Männer-Abt.: Tegel, Schülendorfer, Stolpe. Verbunden mit Schießjagd. Treff: 1/2 Uhr: Schief. Vgl., Eingang Radaistraße, Tourenleitung nicht vergessen. Gäste willkommen.

4. Männer-Abt.: Turnfahrt nach Spandau, Papenberg, Tegel. Abfahrt 7 1/2 Uhr: Vgl. nach Spandau.

5. Männer-Abt.: Erner, Vöckel, Gränheide, W.-Dachb., Räderb., Rahlberg, R.-Schneid., Schöneberg, Friedrichshagen. Treff: 7 Uhr: Schief. Vgl.

6. Frauen-Abt.: Grünau, Rahnsdorf, Friedrichshagen. Treff: 7 Uhr: Schief. Vgl., Radai-Ed. Koppentstraße.

Wanderer.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 15. Februar, Wanderschaft nach Birkenwerder, Summit, Schönwalde, Schönow, Jernsdorf. Abfahrt 7 1/2 Uhr: Weglänge circa 30 Kilometer. Gäste willkommen.

Sonntag, den 15. Februar, Studienfahrt nach Rühmeberg. Besichtigung der alten Wehrbauten, Besuch des Ortsmuseums, Nachmittags kurze Wanderung zum geologisch interessanten Daber- und Kesselfee. Führung: Kraus, Keimelmerikaner sind in unseren Jagdzeiten: Frey Wählich, Ecker Str. 22, und Georg Weisnack, Grünstr. 21 zu haben.

Deutscher Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Am Sonntag, den 15. Februar, werden folgende Touren unternommen:

Ortsgruppe Berlin 1. Stadtfahrt nach Vrenslau. Abfahrt Stettiner Fernbhf. 5 30 Uhr vorm. nach Seebauten. — 2. Berkenbrück, Dohmsee, Dubronberg, Scharmühlsee, Birkenwalde. Abt. Vgl. Friedrichstraße 6 57 Uhr vorm. — 3. Groß-Körb., Leipziger See, Jech, Wanddorf. Abfahrt Göttinger Vgl. 6 55 Uhr vorm. — 4. Jernsdorf, Stolpe. Abfahrt Stettiner Vorkorbhf. 1 30 Uhr nachm.

Ortsgruppe Neussän: Jürkenwalde, Scharmühlsee, Stordow. Abfahrt Vgl. Neussän 6 38 Uhr, Schief. Vgl. 7 15 Uhr.

Ortsgruppe Steglitz: Werder, Bliedenhof, Seelitz (Heilbrunn). Abfahrt Vgl. Steglitz 7 43 Uhr vorm., Potsdamer Vorkorbhf. 7 53 Uhr vorm. (Vollbahn umsteigen).

Gäste stets willkommen.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 15. Februar: Heiligensee, Schwanenrug, Ralkenbagen. — Die nach W.-Behnig ufm. (Havelnähliches Land) angelegte Tour findet am 22. Februar statt.

Freitag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Berliner Klubhaus: Jubiläumskunst der Geologischen Abteilung. — Dienstag, den 17. Februar, im gleichen Lokal, abends 8 1/2 Uhr, Kartentafel.

In allen Veranstaltungen Gäste willkommen.

Fußball.

Märtliche Spielvereinigung. Bez. Groß-Berlin. Am kommenden Sonntag finden folgende Spiele statt: Borussia — Fichte III in Friedrichshagen, Gernindesportplatz; Borussia — Reubell in Wittenau, Röhrenallee; Fichte XII — R. S. G. in Pantom, Röhrenstraße; U. I. B. — Oberhals in Friedrichshagen; U. I. B. — Platz Germania — Jung-Stralau in Weissensee, Reimbahnstr. 40. Spielbeginn 3 Uhr.

Schwimmer.

Arbeiter-Schwimmerverein „Berlin“. (Mitglied des Arbeiter-Schwimmerbundes.) Am Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, hält die I. Abteilung obigen Vereins ihr diesjähriges Hallenschwimmfest in der städtischen Badeanstalt an der Schillingstraße ab.

Arbeiter-Schwimmerclub. Kreis I. Das Kreiswasserballspiel, welches am Montag, den 9. d. Mts. in der Badeanstalt Oderberger Straße stattfand, und wo Weissensee gegen Berlin II spielte, endete mit einem Sieg für Weissensee: 6 — 0.

Exkursfahrten für Ober- und Nieder-Schöneweide. Sonntag, den 15. d. Mts., Fuhrtour nach Groß-Beeren, 30 Kilometer. Rumark früh 7 15 Schloßpark Wilhelmshof, über Johannisthal nach Rudow. (Feld-Rud.) Von dort über Gr.-Zieten, Nischenrnde, Al.-Beeren nach Gr.-Beeren. Wanderlustige Partei- und Sportgenossen sind hierzu freundlich eingeladen. Rückfahrt wagt per Bahn.

Arbeiter-Samariterbund, Kreis Brandenburg. Schraabend haben in dieser Woche (Beginn 8 1/2 Uhr):

Berlin, 6. Abt. Montag, 16. Februar, bei Damerland, Neue Friedrichstr. 35.

Mariendorf, Mittwoch, 18. Februar, bei Gensig, Tempelhofer, Mantelstr. 45.

Wilhelmsruh, Montag, 16. Februar, Reichenhof, Reichenstr. 6, bei Siegel.

Spandau, Mittwoch, 18. Februar, Vögelsdorfer Str. 5, bei Damerberg.

Ober-Schöneweide. Am Montag, den 16. Februar, bei Schulz, Siemensstraße 12.

Friedrichshagen. Am Donnerstag, den 18. Februar, Friedrichstr. 60, 2. Hof.

Rosowes. Am Dienstag, 17. Februar, in der Fortbildungsschule.

Am Sonntag, den 15. Februar, vormittags 10 Uhr: Kreisstag in Mariendorf, Chausseestr. 27, bei Burcom.

Aus aller Welt.

Geldtödt eines Schiffskapitäns.

In wahrhaft heldenmütiger Weise ist der Kapitän Barry des amerikanischen Küstendampfers „Gem“ in den Tod gegangen, um die Rettung seiner Schiffsmannschaft zu erzielen. Wie aus New-Orleans gemeldet wird, brach am Dienstag an Bord des Dampfers Feuer aus, das trotz der verzweifelten Anstrengungen der Mannschaft immer weiter um sich griff und die Klarmachung der Rettungsboote unmöglich machte. Der 65jährige Kapitän Barry hielt auf die Klüfte zu und blieb trotz des immer stärker werdenden Rauches und Feuers am Steueruder. Als der Dampfer aufgelaufen war, lag der Kapitän bereits im Sterben. Die Mannschaft war jedoch gerettet.

Verhaftung eines Doppelmörders.

In Prag wurde am Mittwoch wegen verschiedener Hoteldiebstähle ein gewisser Leopold Sacher verhaftet. Nachforschungen ergaben, daß der Verhaftete ein lange gefuchter Prostituiertenmörder ist. Er hatte am 30. Juni v. J. eine Prostituierte Marie Schmiedt in Wien und am 10. Januar die Kellnerin Mühr in Jofestadt ermordet und dann beraubt. Der Mörder ist gefänglich. Er hatte sich monatelang in Wien, Hamburg und Prag in der Uniform eines österreichischen Zugführers herumgetrieben, die den Verdacht von ihm ablenkte.

Gektor im Tabakladen.

Aus Brüssel wird uns geschrieben: Gektor, um es gleich zu sagen, ist ein Tiger der Menagerie Hagenbeck, der am Dienstag in einem Brüsseler Vorort aus einem Käfig, gleich seinen berühmten Leijziger Kollegen, eine Flucht in die Öffentlichkeit unternahm. Er ging gemächlich über den Platz, auf dem eben Markt abgehalten wurde und jagte, obgleich er sich mehr neugierig und verwundert als schrecklich zeigte, alle Marktweiber und Hausfrauen in wilde Flucht. Als er so ungerechtfertigt seine Verfolger, Polizisten und zwei Dressen, hinter sich schloß, ging er in seiner Herzensangst in den ersten Laden. Dieser war ein Tabakgeschäft und die brave blämische Befigerin, die noch nie einen derartigen Kunden empfangen, verzog sich zu Tode erschrocken in die hinteren Räume, nicht ohne vorsichtigerweise den Schlüssel umzudrehen. Gektor hatte sich kaum unter dem Vult bequem gemacht, als auch schon, wie einst der sardische Wälfens hinter dem homerischen Gektor, der Verfolger-Dresser in den Laden stürzte, den Revolver in der Hand. Aber dieser unberühmte sanftere Gektor erparte seinen Feinden eine Dehnged wie jene antike, die dreimal längs der troischen Mauer anhub. Er ließ sich ohne Widerstreben in den mittlerweile herbeigekommenen Transportkäfig sperren und beendete ohne jeden theatralischen Effekt seine Flucht.

Kleine Notizen.

Verhaftete Widerer. Am Donnerstag sind die beiden Arbeiter Max Morgenstern und Hermann Hanisch aus Eckartsberga, die an der Ermordung des Revierförsters Ludwig beteiligt waren, festgenommen. Morgenstern hat eingestanden, den tödlichen Schuß auf Ludwig abgegeben zu haben.

Selbstmord eines Ehepaars. In Würzburg wurden die Eheleute Diel in ihrer Wohnung als Leichen aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß beide durch Einatmen von Leuchtgas Selbstmord begangen hatten. Der Grund zu der traurigen Tat dürfte darin zu suchen sein, daß der Mann vor einigen Tagen seine Entlassung als städtischer Magazinarbeiter erhalten hatte.

Der Tod auf dem Eise. Die Frau des Drauerarbeiters Hbrig aus Speyer ist mit ihren beiden Kindern, einem Mädchen von neun und einem Knaben von elf Jahren, auf dem Rüdwege vom Holzholen im Eis eingedrungen. Die beiden Kinder ertranken. Die Mutter konnte gerettet werden.

Erfolg eines türkischen Fliegers. Dem Militärflieger Fetbi, der einen Flug Konstantinopel—Kairo unternommen hat, ist es gelungen, die Höhen des Taurusgebirges zu überfliegen, welche die französischen Flieger nicht überqueren konnten. Er landete am Mittwoch abend in Tarsus.

Eingegangene Druckschriften.

Die Persönlichkeit. Monatschrift für Lebens- und geistesgeschichtliche Forschung. Herausgegeben von Ed. Schneider. Preis vierteljährlich 2 80 M. Verlag von Hans Hohenegger, Frankfurt a. M. Ernst Gaeckel im Verlage, 2 40 M. G. Reimer, Berlin W. 35.

Brunnenstrasse 120
60 000 □ - F. Ausstellungen, weitere grosse Lager im Fabrikgebäude

Brunnenstrasse 120
Teilzahlungen erhöhen hier die soliden Preise nicht!

Brunnenstrasse 120
Brautleuten Vorzugsofferten

Zu soliden Preisen
Möbel
auch auf Teilzahlung

Möbelmagazin
Otto Piehl
Brunnenstrasse 120

Bis 30. April
5% Extra-Rabatt
auf kaupf Zimmer

BERLIN N.
Otto Piehl
Kein Kredithaus

Von 230 Mark an komplette Wohnungseinrichtung

Von 48 Mark an moderne Küche in jeder Farbe

Von 100 Mark an moderne Garnitur 6 verschied. Ausführungen

Wo ist Oetken?

Handlungsgehilfen! Wählt am 15. Februar, Liste 2

10 bis 3 Uhr:

Parteiangelegenheiten.

Zweiter Kreis. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Blücher-Vereinshaus, Blücherstraße 61: Mitglieder-Versammlung der Jugendlichen von 18—21 Jahren. Vortrag der Genossin M. Sturm über: „Die politische Reise“. Regge Beteiligung erwartet.

Der Vorstand.

Steglich-Friedenan. Freitag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15a: Zweiter Vortrag des Kurios Brandenburgisch-preussische Geschichte vom Westfälischen Frieden bis 1806. Vortragender Ernst Neuter. Karten zum Preise von 40 Pf. für den ganzen Kurios sind bei den Bezirksführern zu haben.

Jugleich sei darauf hingewiesen, daß am Sonntag, den 22. Februar, abends 7 Uhr, Herr Kunstmalers und Schriftstellers Rud. Böhm einen Vortrag „Im Lande der Winternachts-sonne“ (Reise durch Skandinavien bis zum Nordkap) halten wird. Wir bitten die Genossen, sich für den Sonntag frei zu halten. Nach dem Vortrag: Gesellschaftliches Beisammensein.

Rüdersdorf und Umgegend. Gruppe Rüdersdorf: Sonntag, den 14. Februar, Jahlabend bei Schaale, Rinfürstenstraße. — Gruppe Tassdorf: Jahlabend bei Lange, Kaiserstraße. In beiden Jahlabenden Tagesordnung: Stellungnahme zur Gemeindevertreterwahl und Verschönerung. Jahlabend für Rallberge am 21. Februar.

Berliner Nachrichten.

Der Wert der Bibliothek im Arbeiterheim.

Mit dem allgemeinen kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse geht Hand in Hand das Bedürfnis, die von der Volksschule gelassenen Wissenslücken auszufüllen. An Gelegenheit, das Verfallene nachzuholen, fehlt es dem modernen wissenschaftlichen Proletariat nicht, sofern er Zeit dazu hat und er sich ernstlich weiter bilden will. Aber alle Bildungsmöglichkeiten genügen nicht, um den Wissensdurst des intelligenten Klassenbewußten Proletariats zu stillen. Der Wunsch des Arbeiters, zum Ausbau seiner Bildung auch geeignetes Büchermaterial zu besitzen, wird um so stärker, je mehr sich sein Bildungsgrad hebt. Gute Bücher, aber auch kleinere Abhandlungen über aktuelle Zeitfragen des wirtschaftlichen und politischen Lebens in Broschürenform sind von großem Wert im Haushalt eines intelligenten Arbeiters. An der Hand solcher Abhandlungen ist es dem Arbeiter ein leichtes, seine Klagen bei wiederkehrenden Unterdrückungsgelüsten der Arbeiterfeinde, die Praktiken des geeinten Scharmachertums vor Augen zu führen und die Sünden der noch schmäherneren, verkappten Arbeiterfeinde ins rechte Licht zu rücken. Gerade jetzt zur Zeit der erneuten Hege der Junker und des Großkapitalismus gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter ist eine Sammlung einschlägiger Literatur aus früherer Zeit von unschätzbarem Wert. Einige, in Broschürenform zu geringem Preise erschienene Abhandlungen zu diesem Thema seien hieran anschließend, mit Angabe des Erscheinungsjahres und des Preises erwähnt:

1. Zweierlei Recht. Bericht der Verhandlungen des Reichstages über die Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechts 1896. 10 Pf.
2. Die Arbeiterschutzeinrichtungen der bürgerlichen Parteien im Reichstage. Verhandlungen vom 22. und 23. April 1896. 15 Pf.
3. Die Herrenhauspolitik und die Arbeiter. Reden, gehalten von v. Puttkamer und v. Stumm zur Beschlusfassung über die geschäftliche Behandlung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung und Abänderung von Bestimmungen über Versammlungen und Vereine am 24. Juni 1897. 10 Pf.
4. Massenpolitik und Sozialreform. Zwei Etatsreden von A. Webel. 11. und 15. Dezember 1897. 10 Pf.
5. Graf Vosodowsky und die Koalitionsfreiheit vor dem Reichstage. 1898. 20 Pf.
6. Das Dresdener Justizhausurteil vor dem Reichstage. 1899. 25 Pf.
7. Zentralverband der Scharmacher und die Sozialpolitik Deutschlands. Von R. Schippel. 1899. 25 Pf.
8. Die Anhebung der Arbeiterklasse durch das preussische Junkerparlament. Von P. Pirch. 1899. 20 Pf.
9. Gewerkschaften und Koalitionsrecht der Arbeiter. Von R. Schippel. 1899. 25 Pf.
10. Die Kirche im Dienste des Unternehmertums. Von A. Calwer. 1899. 25 Pf.
11. Die Justizhausvorlage vor dem Reichstage. 1899. 25 Pf.
12. Crimmitschau unterm Belagerungszustand. 1903. 10 Pf.
13. Massenjustiz im Ruhrgebiet. 1905. 20 Pf.
14. Ausnahmegericht gegen die Bergarbeiter. (Verrat des Zentrums.) 1905. 20 Pf.
15. Der Schwindel der kirchlichen Arbeiterpolitik. Von A. Erdmann. 1907. 35 Pf.
16. Klassenjustiz. Von E. Kuttner. 1913. 1 M.

u. a. m.

Sämtlich erschienen im Vorwärtsverlag, Berlin. Der Inhalt dieser Broschüren enthält ein durchschlagendes und vernichtendes Material gegen die Gelüste der Koalitionsrechtstörer für jeden denkenden Arbeiter. Sie sind geradezu eine Fundgrube des Nachweises der Notwendigkeit der Koalitionsfreiheit. In einer Sammelmappe vereinigt, bilden sie aktuelles Nachschlagematerial.

Auch auf dem Gebiete der geschichtlichen, ökonomischen, naturwissenschaftlichen und schönen Literatur kann sich heute der Arbeiter für wenig Geld eine kleine Bibliothek zusammenstellen, die ihm eine stete Quelle des Wissens sein kann.

Ein Stück Arbeitslosenfürsorge in Berlin!

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern über den bekannten Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die Vergabe von 500 000 M. für die Arbeitslosen forderte, nach den Vorschlägen des Ausschusses beschlossen. Der Antrag wurde abgelehnt, weil die Befürchtung rege geworden war, daß die zu gewährenden Beihilfen als Armenunterstützung angesehen und dementsprechend behandelt werden müßten. An n a h m e fand dafür der Vorschlag, den Magistrat

zu ermächtigen, daß er 300 000 Mark zur Gewährung un- verzinslicher Darlehen verwenden möge. Gegen diesen Ausweg hatte nur die Gruppe Kommunen allerlei Bedenken, die als ihr Wortführer der Stadtverordnete Stadtrat a. D. Düring vortrug. Er erkannte den Notstand an, „bedauerte“ aber, dem vorgeschlagenen Mittel zur Vinderung nicht zustimmen zu können und verwies schließlich auf die — Armenpflege. Die übrigen Gruppen des Freisinn bekundeten diesmal etwas mehr soziales Empfinden, als man es sonst von ihnen gewohnt ist, und ihre Redner Stadtverordneter Cassel und Stadtverordneter Rosenow wiesen jene „Bedenken“ als unbegründet zurück. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Dupont, daß auch sie dem vom Ausschuss empfohlenen Beschluß, der immerhin ein Schritt vorwärts sei, beitreten wolle. In ihm liege vor allem die Anerkennung, daß es Pflicht der Gemeinde ist, anders als nur durch die Armenpflege zur Vinderung der Arbeitslosennot mit Bar- mitteln einzugreifen. Bestehen bleibe aber nach wie vor der Wunsch, daß eine Arbeitslosenversicherung und geschaffene wird, und zwar eine f o m m u n a l e, solange das Reich sie nicht schaffen will. An die Ausführung über jene Pflicht der Gemeinde knüpfte Stadtverordneter Rosenow den Versuch, graulich zu machen vor einer Annäherung an die Forderungen der Sozialdemokratie. Die kindliche Furcht vor dem „Zukunftstaat“ flang durch, wenn auch das Wort nicht erwähnt wurde. Stadtverordneter Cassel und Stadtverordneter Rosenow bemühten sich, Kommunsens Beforgnis zu zerstreuen, daß der Berliner Stadtfreisinn durch dieses Stück Arbeitslosenfürsorge in gar zu bedenkliche Nähe zu den Sozialdemokraten gerate. Nein, das braucht wirklich keiner zu fürchten. Nicht minder belustigend als die Sorge Kommunsens wirkte Cassels Eifer, sie zu bannen. Im letzten Teil der Debatte ergriff noch Genosse Sinke das Wort, um die Armenpflege, auf die Herr Düring verwiesen hatte, als eine unzulängliche Hilfe zu kennzeichnen. Die Abstimmung ergab A n n a h m e des Beschlusses, den Magistrat zur Dar- lehnsgewährung in Höhe von 300 000 M. zu ermächtigen. Nur die Gruppe Kommunen stimmte dagegen. Der gleichfalls vom Ausschuss vorgeschlagene Beschluß, der die Verwendung der Rieselgüter zur Beschaffung von Arbeits- gelegenheit empfiehlt und auch eine Kolonisation von Ded- landern der Stadt anregt, wurde nahezu einstimmig ange- nommen. Als nächstes wäre nun zu wünschen, daß be- züglich der Darlehensgewährung der Magistrat baldigst dem Beschluß der Stadtverordneten beitrifft und die gewünschte De- putation unverzüglich an die Ausführung gehen kann.

Inferaten-Kinder.

Es gibt der unglücklichen Wesen genug, die von Geburt an weder Vater noch Mutter kennen. So traurig es ist, wenn ein armes Weib, das selbst nicht hat, wo es bleiben oder wie es sich notdürftig ernähren soll, die Frucht des Leibes ab- stoßen und fremden Händen überantworten muß — man be- greift es. Bodenlos gemein ist es aber, wenn viel Töchter der „börnenmen“ Stände nach London oder gen Süden über die Alpen verreisen (in München sagt man: „Die is nach Rom gangen.“), um allda bei irgendeiner „Engelmacherin“ nieder- zukommen und quierlichvergüügt solo wiederzufahren.

In Mosse-Säberl-Allsteins Inferatenplantagen begegnet man beinahe täglich solcherlei auf Pflege- oder Adoptionskinder abzielenden „Herzengewinnen“. Solange dieser Kinderhandel — denn ein „Handel“ bleibt es in jedem Falle — noch direkt zwischen beiden Parteien erledigt wird, braucht sich niemand sittlich zu entrüsten. Anders, sehr viel anders mutet aber der Zwischenhandel an. Er kommt nicht nur vereinzelt vor, sondern er floriert geradezu in Menge. Gebammen, Inhaber von exklusiven „Fremdenpensionen“, Auskunfteien und Privatpersonen betreiben das Geschäft sowohl der Kinder- übernahme als der Kinderweitergabe an Pflege- oder auch Adoptiveltern. Bei diesem Vermittlungshandel fällt jenen Kategorien natürlich die ganze, nicht selten, wie man sich denken kann, beträchtliche Abfindungssumme in die Hände. Sie befinden sich in der glücklichen Lage, ruhig ab- warten zu können, bis sich jemand meldet, der arm und dumm genug ist, die Erziehung des Kindes um einen lächerlich win- zigen Barbetrag übernehmen zu wollen.

Die gefährlichste Sorte menschlicher Wohltäter sind aber jene Subjekte, die aus allen denen, die fremde Kinder in Er- ziehung zu nehmen geneigt wären, Kapital schlagen! Sie er- lassen von Zeit zu Zeit irgendwo vom Ausland her unter Hinzufügung einer vollen Deckadresse in großen Zeitungen hochtönende Anzeigen: „Kind vornehmster diskreter Geburt — hohe Abfindungssumme usw.“ Den sich Meldenden wird dann meist geschrieben, daß es sich um den außerehelichen Sproßling des Mitgliedes eines ehemals regierenden Hauses“ handle. Ungenanntes „Mitglied“ stehe „als Oberleutnant in einem Gardebataillon-Regiment“. Selbstverständlich! Und „die Mutter, eine bekannte Berliner Schauspielerin“ (!), gehöre ihrer Familie nach ebenfalls der high-life an. Abfindung: 100 000 M. und jährlicher Erziehungsbeitrag von 6000 M. sollen eine s t a n d e s g e m ä ß e, von modernsten Grundrissen geleitete Erziehung des Kleinen gewährleisten, dessen spätere Adoption Grundbedingung ist“ usw.

Gleich nach diesem Märchen kommt aber die Hauptsache. Man müsse sich unter „erschöpfender Darlegung aller Verhält- nisse“ sowie der „ganzen Lebensaufassung“ und mit Angabe von Referenzen an ein bezeichneter — „Auskunfts- bureau“ wenden. Wer das nun tut, wird l a c k i e r t. Er zahlt einen „Vorschuß“, der im Hinblick auf den großen fin- gierten Gegenstand nicht unter 20—50 M. beträgt — und „Noch und Keiter sah man niemals wieder“.

Meist sind es weggejagte Offiziere oder sonstwelche Hoch- stapler, die solche Schwindelanzeigen im Einvernehmen mit Auskunfteien loslassen — und in den Raub teilen sich beide. Wer nicht Lehrgeld zahlen will, lasse die Finger davon, wie jeder auch sonst gut tut, den sogenannten Bureaus aus dem Wege zu gehen, die sich mit der Vermittlung von Pflege-

stellen befassen. In fast allen Fällen ist es diesen Leuten nur um die Gebühren zu tun.

Das Fernsprechnetz der Berliner Vororte.

Das Fernsprechnetz der Berliner Vororte, soweit sie zum Ober- postdirektionsbezirk Berlin gehören, umfaßt jetzt 78 794 Haupt- und Nebenanschlüsse, während auf die Berliner Kemter selbst 154 793 An- schlüsse kommen. Die meisten Anschlüsse von den Kemtern der Vor- orte hat Wilmerdorf mit 22 810. An zweiter Stelle kommt Char- lottenburg 2 mit 17 600, dann Charlottenburg 1 mit 10 881 An- schlüssen. Die beiden Charlottenburger Kemter zusammen würden natürlich vor Wilmerdorf aufgeführt werden müssen. Es folgen der Zahl ihrer Anschlüsse nach: Neutölln mit 5442, Steglitz mit 4275, Lichterfelde mit 3231, Tempelhof 2923, Lichterberg 2475, Pantow 2212, Ober-Schöneweide 1929, Weissensee 1533, Neundorf 1419, Tegeel 1345, Adlerhof 408, Goppegarten 179 Anschlüsse. Das kleinste Amt ist nach wie vor das ländliche Groß-Beerem mit 73 Anschlüssen. Hauptanschlüsse zählt Wilmerdorf für sich allein 14 077, dann Charlottenburg 2 insgesamt 9636, Charlottenburg 1 zusammen 6121. Es folgen Neutölln mit 2082, Steglitz mit 2604, Lichterfelde mit 2070 usw. Postalische Nebenanschlüsse hat Wilmerdorf 8055, Charlottenburg 1 deren 7269, Charlottenburg 2 deren 3564, Neu- tölln 2592, Steglitz 1631 usw. Private Nebenanschlüsse gibt es da- gegen am meisten beim Amt Charlottenburg 1 mit 1196, dann in Charlottenburg 2 mit 964 und hierauf erst in Wilmerdorf 678, Tempelhof 213, Neutölln 188, Lichterberg 155, Ober-Schöneweide 134 usw.

Minister Dallwig und die Stadt Berlin.

Der Magistrat erklärt folgende Erklärung: „Nachdem im Ab- geordnetenhaus die Erhöhung der Kreisumlagesteuer aus Anlaß des Ankaufs von Lante durch die Stadt Berlin neuerdings zur Er- örterung gelangt ist, wird es erforderlich sein, die amtlichen Daten des Vorganges kurz zusammenzustellen. Der Kaufvertrag zwischen der Stadt Berlin und dem Grafen v. Redern ist am 18. Juni 1913 abgeschlossen. Kurz vorher, nämlich am 10. Juni 1913, und in Kenntnis von dem bevorstehenden Abschluß, hat die Zeitung des Kreises Niederbarnim einen Beschluß des Kreistages erwirkt, nach welchem die bisherige Kreisumlagesteuer von 1/2 Proz. auf 1 Proz. erhöht wird, sofern der Erwerbsspreis des ver- käuften Grundstücks fünf Millionen Mark oder mehr beträgt. Am 17. Juni genehmigte der Bezirksauschuss zu Potsdam die Steuererhöhung. Am 20. Juni stimmte ihr der Oberpräsident „im Einverständnis mit den Herren Ressortministern“ zu und am 30. Juni wurde sie mit alsbaldiger Wirksamkeit ver- öffentlicht. Die Stadien der Einbringung und Beratung der Lantelchen Vorlage in der Stadtverordnetenversammlung stehen mit diesem Tatbestande in keinem wie immer gearteten Zusammenhang. Die Beratung der Berliner Stadtverordneten ist durch die Ferien unterbrochen worden und hat im übrigen mit tautlicher Beschleu- nigung stattgefunden. Es ist im übrigen nicht ersichtlich, wie der Stadt Berlin ein Vorwurf daraus gemacht werden sollte, daß sie eine so wichtige Vorlage wie den Ankauf von Lante einige Wochen in erste Erwägungen zieht. Hier aber handelt es sich lediglich darum, ob es als steuer- rechtlich und steuerpolitisch zulässig angesehen wird, eine Steuererhöhung einzuführen, um damit einen bestimmten einzelnen Eigentums- wechsel zu treffen, dessen unmittelbares Vor- stehen bereits bekannt ist. Diese Frage ergreift das ganze Gebiet des Steuerwesens, sie geht Stadt und Land durchaus gleich- mäßig an und ist nach Bekanntwerden des Niederbarnimer Vor- ganges zuerst von den Grundstücksinteressenten und von rechts- gerichteten Politikern in schärfster Weise gestellt worden. Sie wird, da sie im Abgeordnetenhaus bisher keine Antwort gefunden hat, der weiteren Verfolgung nicht entzogen können.“

Zum Unfall des kaiserlichen Automobils.

Wir haben gestern kurz berichtet, daß in Wannsee ein dem Wagen des Kaisers folgendes Automobil mit einem Geschäfts- automobil zusammenstieß, wobei der Chauffeur schwer verletzt wurde, wogegen die im Auto sitzenden Herren Graf v. d. Goltz und Kapitänleutnant v. Paleske unverletzt blieben. Das Befinden des Chauffeurs hat sich gebessert. Bemerkenswert ist die Nachricht, nach welcher der Kaiser die zuständigen Behörden veranlaßt haben soll, eine besondere Verfügung gegen das zu schnelle Fahren der Automobile zu erlassen. Wenn das wahr ist, dann käme bei dieser ersten An- gelegenheit der Humor zu seinem Recht. Noch am Tage vorher wurde im Abgeordnetenhaus gesagt, daß die Mitglieder des königlichen Hauses in einem Tempo fahren, das für die Vorübergehenden gefährdend ist. In Potsdam gehört die Automobilkraferei königlicher Mitglieder zu den alltäglichen Vorkommnissen und mehr wie einmal hat sich der Chauffeur des Prinzen Leopold vor den Schranken des Gerichts wegen zu schnellem Fahren verantworten müssen, obwohl nur in den allerersten Fällen eine Anzeige gewagt wird. Und das Automobil des Kaisers fährt doch auch nicht gerade im langsamen Tempo.

Aus dem Fenster der 2. Etage gekürzt ist gestern nachmittag gegen 5 Uhr im Hause Kolonnenstraße 137 das vierjährige Söhnchen Walter des Zupischen Ehepaars. Während die Mutter auf einige Augenblicke abwesend war um Einkäufe zu besorgen, Kletterte der Knabe auf das Fenster und fiel auf den Hof hinab. Auf das Geschrei seines zweijährigen Bräderchens eilten Handbewohner herbei und brachten das schwerverletzte Kind zu einem Arzt und von dort nach der Unfallstation in der Radstraße.

Ein Sittlichkeitsverbrechen ist am gestrigen Donnerstagmorgen in Schöneberg verübt worden. Als sich zwischen 1/8 und 3 Uhr die 18jährige Verkäuferin Margarete L. auf dem Wege zu ihrer Arbeitsstätte befand, wurde sie von einem etwa 25jährigen, gutgekleideten Manne verfolgt. Solange der Weg durch belebte Straßen führte, hielt sich der Fremde vorsichtig in ziemlich weiter Entfernung von dem jungen Mädchen. Auf dem einsamen Tempelhofer Wege holte der Mann die L. ein und belästigte sie in der unflätigsten Weise. Als das Mädchen zu entfliehen veruchte, warf sich der Fremde auf die Wehloie, würgte sie und warf sie zur Erde. Obwohl sich die Verkäuferin verzweifelt wehrte, konnte sie doch nicht verhindern, daß sich der Unhold in der rohesten Weise an ihr verging. Die gellenden Hilferufe der Bedauernswerten wurden schließlich von einigen Arbeitern, die ebenfalls auf dem Wege zur Arbeitsstätte in größerer Entfernung den Tempelhofer Weg passierten, gehört. Bei der Annäherung des Arbeiter ergriff der Wüßling die Flucht. Nach einer aufregenden Jagd konnte der Attentäter ein-

geholt und festgehalten werden. Der Inhaber ist ein 24-jähriger Mechaniker Paul Gierler aus der Rheinstraße in Friedebau. Die Heberaufgabe wurde nach der erteilten Wohnung gebracht.

Ein Merkblatt über die Schädlichkeit des Alkoholgenusses hat die Schuldeputation erneut herausgegeben. Die Eltern werden gewarnt, den Kindern alkoholartige Getränke zu verabreichen.

Die Unglücksfälle der letzten Zeit, bei denen Unternehmer und Streckenarbeiter von Eisenbahnzügen überfahren wurden, haben die Staatsbahnverwaltung veranlaßt, die Bahnmeister, Motorenführer usw. an die genaueste Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften zu erinnern, nach welchen unter anderem die Unternehmer sich schon bei Vergebung der Arbeiten schriftlich verpflichten müssen, ihre Arbeiter, auch die nicht deutschsprachigen, mit den fraglichen Vorschriften vertraut zu machen. Bei allen auf dem Bahnkörper auszuführenden Arbeiten sollen an jeder Seite der Arbeitsstelle ein oder mehrere Arbeiter als Sicherheitsposten zweckentsprechend aufgestellt werden. Die Bahnmeister haben sich davon zu überzeugen, daß die Schichtmeister, Vorarbeiter usw. die gegebenen Bestimmungen befolgen. Den Arbeitern sind die Hornsignale genau zu erklären, es ist ihnen auch anzugeben, nach welcher Seite der Gleise sie hinauszutreten haben. Vor Beginn der Arbeit soll eine Probe stattfinden, um festzustellen, ob die Leute die Erläuterungen richtig verstanden haben.

Der Männerchor „Moabit“ (M. d. D. A. S. V.) Chormeister Otto Sander, veranstaltet am Sonnabend, den 14. Februar, im Stadttheater, Alt-Moabit 47-49, abends 9 Uhr, einen heiteren Liedabend. Eintritt 60 Pf. Tanz frei. Mitwirkender Herr R. Gable (Celli). Parteigenossen und Sangesfreunde machen wir darauf aufmerksam.

Dachstuhlbrand auf dem Wedding. Von drei verschiedenen Seiten aus wurde die Feuerwehrröhre zum Donnerstag nach der Böttcherstraße 14, Ecke Balianstraße, gerufen. Als die Löschzüge dort eintrafen, brannte ein Teil des Dachstuhles lichterloh. Es wurde sofort eine mechanische Leiter errichtet, über die hinweg mit einer Schlauchleitung Wasser gegeben wurde. Eine zweite Leitung wurde über die Treppen geführt. Nach halbstündiger Löschfähigkeit konnte die Gefahr als beseitigt gelten. Der Dachstuhl des Gehäuses ist teilweise zerstört. Die Aufräumungsarbeiten nahmen mehrere Stunden in Anspruch. Ueber die Ursache des Feuers ist nichts ermittelt.

Kleine Nachrichten. Auf dem Bahnhof erhängt hat sich gestern nachmittag der 54 Jahre alte Reisende Hugo Lehnerdt, der seit zwei Monaten in der Danziger Straße ein möbliertes Zimmer bewohnte. Dem Mann stand vor ungefähr einem Jahre die Frau. Er war seitdem sehr niedergeschlagen und äußerte wiederholt, daß das Leben für ihn allein keinen Zweck mehr habe. Gestern vormittag entfernte er sich zur gewohnten Zeit. Nachmittags fand man ihn auf dem Abort des Ringbahnhoft Schönhof Allee erhängt auf. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht. — Mit Gas vergiftet hat sich die Buchhalterin Anna P. aus der Postener Straße.

Einen empfindlichen Verlust hat eine arme Frau zu beklagen; dieselbe verlor am vorigen Sonnabend, abends 1/11 Uhr, auf dem Bordperron eines Wagens der Linie 36 (Schönholz) infolge Schließens des Wagens ihr ganzes Wochengeld, ein Vortemmo mit einem Rechner und Silbergeld. Der Finder des Geldes wird gebeten, seine Adresse an F. Dubschus, Reinickendorfer-Df., Panlower Allee 33, Keller, gelangen zu lassen.

Vorortnachrichten.

Wilmerdorfer-Palast.

Geburtenrückgang als soziales Problem. Dieses Thema behandelte in einer vom Wahlverein veranstalteten öffentlichen öffentlichen Versammlung im Viktoriagarten Professor Dr. Vlaschko. Der Referent betonte, daß die Enttötung des Geburtenrückganges länger zurückliege als man allgemein annehme. Während im Anfang des 19. Jahrhunderts in guten Wirtschaftsjahren die Geburtenzahl in die Höhe gegangen und in schlechten gefallen sei, sei in den 70er Jahren ein vollkommener Umsturz eingetreten. Trotz dem der Wohlstand der Bevölkerung sich gehoben habe, sei ein zuerst langsamer Rückgang der Geburten zu verzeichnen, der mit der steigenden politischen Aufklärung der Arbeiterklasse gleichen Schritt gehalten habe. Von den Großstädten sei diese Erscheinung auf die Mittel- und Kleinstädte übergegangen und heute sei bereits auf dem Lande ein Zurückgehen der Geburten zu bemerken. Die Geburtenbeschränkung werde sich bemerkbar machen, ganz gleich, ob die Partei eine solche empfehle oder nicht. Schon infolge unserer unglücklichen Wirtschaftsverhältnisse sei die einzelne Familie an der Geburtenbeschränkung interessiert. Wenn der Staat eine Steigerung der Bevölkerung wünsche, so müßte von ihm die weitgehendste Mütterlichkeitsunterstützung eingeführt werden. Zum Ausbau derselben sei erforderlich, daß der Frau durch Einführung des Frauenstimmrechts die Möglichkeit der Mitarbeit in den gesetzgebenden Körperschaften gegeben werde. In der Diskussion sprach zunächst Genosse Dr. Bernheim, der u. a. die Behauptung des Referenten bestritt, daß die Geschlechtskrankheiten einen großen Einfluß auf den Geburtenrückgang ausüben; ebensowenig treffe dies bei der Tuberkulose zu. Welche Krankheiten seien auch in früheren Jahren sehr verbreitet gewesen. Es habe vielmehr der betwachte Wille der Massen die Geburtenbeschränkung hervorgerufen. Die Genossin Vohm-Schuch bezeichnete es als ein Gebot der Menschlichkeit, tuberkulose Frauen von der Frucht zu befreien. Aber Not und Elend würden nicht bloß durch die Beschränkung der Geburten bekämpft, sondern hauptsächlich durch die politische und gewerkschaftliche Organisation. Immer nachdrücklicher müsse die Forderung auf Errichtung von Entbindungsanstalten, von Kinderheimen und der Verbesserung der Volksschule erhoben werden. Auch sei für die Besserstellung der unehelichen Mütter und Kinder Sorge zu tragen.

Genosse Egnert verwies darauf, daß die Geburtenbeschränkung bei den Besitzenden als etwas Selbstverständliches angesehen werde, nur der ärmeren Bevölkerung wolle man das Recht der freien Entscheidung über die Zahl der Nachkommen freitig machen. Am Schluß der Versammlung verwies Genosse Fabian auf die heute im Viktoriagarten stattfindende öffentliche Versammlung, in welcher Genosse Scheidemann zur politischen Lage sprechen wird.

Die Freie Turnerschaft Wilmerdorfer veranstaltet am Sonnabend, den 14. d. M., im Wilmerdorfer Stadtpark, Kaiserallee 54/55, ihr diesjähriges Winterfest. Die Arbeiterchaft Wilmerdorfer wird gebeten, diese Veranstaltung zu unterstützen.

Neukölln.

An die alte Naturwirtschaft erinnert folgendes Inserat, das im Beiblatt des „Berliner Tageblatts“, dem sogenannten „General-Anzeiger“ enthalten ist:

Französin gesucht für zweimal die Woche gegen Mittagstisch usw., Fahrtvergütung, für erste Familie. Vorzustellen 12-2 bei Baurat West, Neukölln, Dobbinsstraße 3.

Die „erste Familie“, die jenes sonderbare Inserat erläßt, um eine Französin zu suchen, ist nach dem Adreßbuch die des Neuköllner Stadtbaurats. Daß der Französin für zweimal die Woche „Mittagsstisch“ usw., „Fahrtvergütung“ in Aussicht gestellt wird, mutet dem Uneingeweihten doch etwas sonderbar an. Allgemein ist man heute daran gewöhnt, daß derjenige Person, deren Dienste benötigt werden, in einem solchen Geschäft die Höhe des Honorars in barem Gelde angegeben wird. Im vorliegenden Falle scheint die Hauptentschädigung der Mittagstisch zu sein, denn in dem „uun.“ dürfte selbst eine Französin eine etwa in Aussicht gestellte Geldentschädigung nicht

suchen. Es wäre sicher interessant, einmal zu erfahren, wieviele Französinen sich auf dieses Inserat bei dem Herrn Baurat vorgestellt haben.

Für Sonntag, den 15. Februar, sind folgende Veranstaltungen der Spielkommission angelegt: Bei eintretendem Frost gemeinschaftlicher Besuch der Elsbahn im Karlsgarten. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr im Garten. Eintritt frei. Nachzügler haben Entree zu bezahlen. Falls nicht Frost eintritt, findet ein Besuch des Museums für Völkerverständnis statt. Treffpunkt 12 Uhr am Hermannplatz. Fahrgehalt 10 Pf.

Mittwoch, den 18. Februar: Märchenvorlesung bei Bartisch, Hermannstr. 49. Anfang 5 Uhr. Eintritt frei. Nur schulpflichtige Kinder haben Zutritt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Kommission.

Schöneberg.

Ein Theaterabend, veranstaltet vom Verein für Kunst und Wissenschaft, findet am heutigen Freitagabend in der Schloßbrauerei statt. Zur Aufführung gelangt „Des Vektors Kiele“. Eintrittskarten sind noch bei den Bezirksführern zu haben.

Lichterfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Endlich hat der bisherige Gemeindevorsteher Wagner, dessen Gemeinderat infolge Konkurseröffnung ruhte und der auch nachher den Sitzungen der Gemeindevertretung fernblieb, sein Amt niedergelegt. Nahezu ein Jahr mußten die unglücklichen Wähler des Herrn Wagner sich mit dessen teils erzwungenen, teils freiwilligen Unfähigkeit abfinden, während die übrige Wählerschaft des zweiten Bezirks diesem vom kommunalen Standpunkt aus bedauerlichen Zustand mochtlos gegenüberstand. Wie uns versichert wird, soll Wagner bald nach Eröffnung des Konkurses dem früheren Gemeindevorsteher Schulz die Absicht kundgegeben haben, sein Amt niederzulegen. Dieser habe ihm jedoch empfohlen, davon abzusehen, weil sonst bei einer Nachwahl in dem genannten, von Arbeitern fast durchsetzten Bezirk die Gefahr bestehe, daß ein Sozialdemokrat gewählt werde. Dem Entwurf zu einer Polizeiverordnung für das öffentliche Fußwegen ist auf Antrag der Ausschüsse für Verkehrs- und Begehren eine Bestimmung angehängt worden über pünktliche Ausführung der Vorbestellungen auf Droßfahnen, deren Nichtbeachtung unter entsprechende Strafe gestellt werden soll. Gemeindevorsteher Siebenbürger begrüßte diesen „fortschritt“, die an und für sich schon mit einer Anzahl polizeilicher Vorschriften und Strafandrohungen bedachten Droßfahnenführer noch mit einer weiteren zu beglücken, mit besonderer Gemühtung und forderliche „scharfere Bestimmungen“ mit der Begründung, daß er schlechte Erfahrungen mit Autodroßfahnenführern gemacht hätte. Die Polizeiverordnung inklusive der Zusatzbestimmung wurde angenommen. Eine längere Debatte entspann sich über die Vorlage betr. den Zuschuß von 800 M. an den „Verein junger, schulentlassener Mädchen“. Dieser Verein ist gegründet worden von Lehrern der hiesigen Gemeindefschulen infolge des bekannten Ministerialerlasses, durch den die Jugendpflege auch der weiblichen Jugend den Gemeinden zur Pflicht gemacht wird. Er hat es sich zunächst zur Aufgabe gemacht, die schulentlassenen Mädchen in der Hauswirtschaft, besonders im Kochen, zu unterrichten. Zu diesem Zwecke sollte die Gemeindevertretung einen Zuschuß von 800 M. leisten. Man konnte den Herren Gemeindevorsteher die Freude, an dieser von ihnen gepriesenen sozialen Einrichtung tatkräftig mitzuhelfen zu dürfen, förmlich an den Gesichtern ablesen, wenn nur nicht diese elenden Gemeindefinanzen wären. So gab es denn doch noch „große Bedenken“; eine Ausschussung wurde noch am Schluß der öffentlichen Sitzung arrangiert und hier gelang es, die Begeisterung für die soziale Küche wenigstens so weit zu steigern, daß eine Majorität für Bewilligung dieser Summe zustande kam. Es wäre Pflicht der Gemeindevertretung gewesen, den bereits früher gefaßten Beschluß auf Einrichtung von Schulflächen endlich durchzuführen; aber es ist leider immer noch so wie vor einigen Jahren, als gelegentlich der Staatsberatung Schöffe Bengner ganz offen erklärte: für soziale Unterbringung privater Körperschaften, auf die jeder Einfluß und jede Kontrolle der Gemeinde fehlt, ist um so weniger gutzusehen, wenn es sich um Einrichtungen sozialer Natur handelt, für die in erster Linie die Gemeinde selbst einzutreten hat.

Zum Schluß fand die erste Sitzung des Gemeindevorsteher statt, dem der stellvertretende Gemeindevorsteher, Schöffe Lange, das übliche Beileid mit auf den Weg gab. Er wies zunächst auf die allgemeine wirtschaftliche Lage hin, die auch auf die finanziellen Verhältnisse der Gemeinden ihren vollen Einfluß ausübe. Die Erhöhung der Gemeindefinanzsteuer von 110 auf 125 Proz. und der Steuer für unbedeutende Grundstücke von 4 auf 6 pro Mille sei unter den gegebenen Umständen absolut notwendig. Der Referent kam auch auf den sogenannten Generalpardon bei der Mehrsteuer zu sprechen, ist aber nicht der Meinung, daß sich für die Gemeinde Lichterfelde besondere Mehrerträge aus der zu erhoffenden gewissenhafteren Steuererhebung ergeben werden. Daß die Besitzenden in Lichterfelde gewissenhafter im Steuerzahlen sein werden und den Staat weniger betragen wie anderwärts — daran darf wohl ein Zweifel nicht erlaubt sein. Gemeindevorsteher Meyer sprach zunächst sein Bedauern aus, daß der Entwurf zum Gemeindevorsteher der Öffentlichkeit früher vorgelegen habe als der Gemeindevertretung. Bedauerlich ist freilich auch, daß ein Gemeindevorsteher nicht weiß, daß der Etat auf Grund gesetzlicher Bestimmungen öffentlich ausliegen muß und daß diese Auslegung auch öffentlich bekannt gemacht werden muß. Herr Meyer betonte auch die Notwendigkeit der Erhöhung der Personalssteuer auf 125 Proz., die man schon längst hätte vornehmen müssen. Dagegen sei die Erhöhung der Grundsteuer für unbedeutende Grundstücke von 4 auf 6 pro Mille geradezu unbegreiflich. Gerade der Grundbesitz bedürfe einer besonderen Schonung, und man hätte im Notfalle die Personalssteuer noch über 125 Proz. hinauf erhöhen sollen! Der Schlußwort der Terminreferenten „warnt“ dann davor, auf diesem Wege der Besteuerung des Grundbesitzes weiterzugehen und gab der Staatskommission den dringenden Rat, von einer solchen „Belastung“ des Grundbesitzes Abstand zu nehmen. Er selber könne leider an den Verhandlungen der Kommission nicht teilnehmen, da er verreise. Vielleicht denkt Herr Meyer von der Riviera aus der Staatskommission seine Direktiven zu geben. Leider war der Widerspruch gegen die Mehrerhöhen Ausführungen nur recht vereinzelt. Das begreift sich. Die Gemeindevertretung in Lichterfelde besteht aus 24 Mitgliedern, und von diesen sind 22 Grundbesitzer! Daß unter diesen Umständen ihr Weigen blüht, wird niemand wundernehmen. Jedenfalls haben die Richter, die Handwerker und Arbeiter ein dringendes Interesse daran, diesen unheilvollen Einfluß einer übermächtigen Grundbesitzer-Herrschaft mit allen Mitteln zu bekämpfen. Bei der kommenden Gemeindevorwahl wird jedenfalls die Frage eine besondere Rolle spielen, ob die arbeitsfähigen besitzlosen Gemeindevorwähler deswegen mit einem besonders hohen Steuerzuschlag bestraft werden sollen, damit eine Hand voll einheimischer und auswärtiger Bodenbesitzer, die an der Gemeinde selbst absolut kein Interesse haben, sich den Beutel mit Dukaten spielen können.

Lichtenberg.

Der Gesangverein Männerchor Voghen-Kummelsburg veranstaltet am Sonnabend, den 14. Februar, im Café Bellevue sein Winterfest. Alle auf den 7. Februar lautenden Billets haben Gültigkeit.

Weißensee.

Ein schwerer Straßenunfall hat sich am Mittwochnachmittag gegen 1/2 Uhr vor dem Hause Langhansstr. 148 ereignet. Dort wollte der dreijährige Willi Koebisch, der mit anderen Kindern auf der Straße spielte, kurz vor einem aus Berlin kommenden Straßenbahnzug der Linie 83 über den Fahrdamm laufen. Obwohl der Führer des Zuges mit allen Kräften bremste, vermochte er das

schwere Gefährt auf eine so kurze Entfernung nicht mehr rechtzeitig zum Halten zu bringen. Der Junge wurde umgestoßen und geriet unter den Schuttrahmen. Mittels Binden wurde der Wagen angehoben und der Verunglückte aus seiner entsetzlichen Lage befreit. Der Knabe, der eine klaffende Kopfwunde, einen Bruch des linken Oberarmes und innere Verletzungen erlitten hatte, erhielt durch einen in der Nähe wohnenden Arzt Notverbände und wurde dann in sehr bedenklichem Zustande nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus gebracht.

Pankow.

Mit der Frage der Stadtvergebung beschäftigte sich wieder einmal die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung. Bereits vor drei Jahren ist auf Beschluß der Gemeindevertretung eine Eingabe an den Landtag abgegangen, die Stadtvergebung unter bestimmten Voraussetzungen in Erwägung zu ziehen. Im März 1912 überließ die Gemeindefinanzkommission diese Schrift der Regierung als Material. In einer Ergänzung der Eingabe wurde mitgeteilt, daß ein Ausschreiben aus dem Kreise nicht beabsichtigt werde. Die Antwort des Ministers verwies lediglich auf die Kreisordnung, in der ja die Möglichkeit der Stadtvergebung vorgesehen ist, allerdings erst nach Auseinandersetzung mit dem Kreise. Die Befehlsgebung wegen etwa sechs Gemeinden in Bewegung zu setzen, sei nicht beabsichtigt. Nach der Kreisordnung können Städte mit 25 000 Einwohnern aus dem Kreise auscheiden. Sie haften für die Kosten der Chausseebauten, die unmittelbar mit der Stadt in Verbindung stehen. Die Landgemeinden sind wesentlich schlechter gestellt. Sie können nur Stadtrecht verlangen durch königliche Verordnung nach Anhören des Kreis- und Provinziallandtages. Bei Lichtenberg und Kummelsburg wurde die Bedingung gestellt, zu sämtlichen Chausseebaulasten des Kreises beizutragen. Nach diesen Grundfragen dürfte etwa für Pankow eine Entschädigung von 1/4 Million Mark in Betracht kommen.

Die jetzige Verhandlung ist durch eine Eingabe des Grundbesitzer- und Bürgervereins hervorgerufen. Nach Ansicht des Bürgermeisters dürfte die Situation augenblicklich nicht besonders günstig sein, da erst 1912 Kummelsburg und vorher Lichtenberg aus dem Kreise ausgeschieden sind; indessen wäre vielleicht ein Ausschreiben bis 1918 anzuraten.

An Kreissteuern hatte Pankow zu zahlen 1911: 165 000 M., 1912: 208 000 M., 1913: 237 000 M. Der Kreis habe dagegen als Zuschüsse zum Krankenhaus, Straßenbauten und anderen Zwecken zurückgezahlt 1911: 146 000 M., 1912: 172 700 M., 1913: 213 000 M. Nehi würden 25 Proz. Kreissteuern gezahlt, darin seien 14 Proz. Provinzialsteuern enthalten, die aber auch später bei Stadtvergebung gezahlt werden müßten. Ferner würden die Polizeikosten beim Stadtwerden erheblich höhere werden, da die Polizei dann königlich würde und die Gemeinde dann nichts mehr zu zahlen hätte.

In der Diskussion wurde allseitig einer Stadtvergebung zugestimmt. Unser Redner kam besonders auf die Eingemengung Reinickendorfs in Berlin zu sprechen; auch er würde viel lieber für Pankow eine solche sehen, da Groß-Berlin nun einmal wirtschaftlich zusammengehört und der ganze Jammer der Schul- und Armentlasten und anderer Fragen damit leichter gelöst werden könnte. Einstimmig wurde beschlossen, einen entsprechenden Antrag an den Minister zu stellen.

Spandau.

Das hiesige Gewerbegericht wird sich in nächster Zeit mit einigen von Arbeitern gegen die Firma Siemens u. Halske angelegten Klagen wegen zu Unrecht abgezogener Beiträge für den gelben Verein zu beschäftigen haben. Ueber einen derartigen Fall sollte das Gericht schon am Dienstag verhandeln, die Klage wurde aber bis zur nächsten Sitzung vertagt. Das Urteil in dieser Sache wird insbesondere deshalb mit Interesse erwartet, weil jetzt auch einige Gelde dem Gewerbegericht angehören. Der vom Gewerkschaftsrat eingelegte Protest gegen die Gewerbegerichtswahlen in den Spandauer der Siemens-Werke auf dem Kommandamm ist aus formalen Gründen abgelehnt worden und die neuen Wähler haben die Verfestigung ihrer Wahl gesichert erhalten.

Rosenthal.

Morgen Sonnabend bezieht der hiesige Arbeiter-Gesangverein „Freier Männerchor Wilhelmshof“ (M. d. D. A. S. V.) im Lokale von Pilsbrodt sein Wintervergnügen. Da der genannte Verein sich bei Parteiveranstaltungen zur Verfügung stellt, wird auf rege Beteiligung der Arbeiterschaft gerechnet.

Alt-Siemens.

Eine Konsumtenversammlung veranstaltet die hiesige Agitationskommission am Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal von Bohn, Grünauer Str. 55. Stadtverordneter August Heilmann-Neukölln wird einen Vortrag über: „Der Kampf um die wirtschaftliche Freiheit“ halten. Die organisierte Arbeiterschaft wird erlucht, dieser Versammlung beizuwohnen. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist loeben das 20. Heft des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Wagedonischer Salat. — Reichslandschickale — Reichsrichtersche. Von Jean Martin (Waldhausen i. G.). — Zum Geburtenrückgang. Von R. M. — Reform des Müllengeldes. Von Georg Ledebour. — Die politische Lage in Frankreich und der Kongreß von Amiens. Von G. Kappoport (Paris). — Probleme der britischen Arbeiterpartei. Von J. S. Sacke (London). — Der Schallert in Palästina. Von Ed. Bernheim. — Ein untergeordnetes Kleinvergnügen. Zu den Produktionsbedingungen im Nahrungsgewerbe. Von Hermann Rappier. — Werdend und sein Dämon. Von Konrad Schmidt. — Literarische Rundschau: Basil Hall Chamberlain, Marie Japantische. Von E. Ullstein. — Erwiderung.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Volksbibliothek und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Wartbreite von Berlin am 11. Februar 1914. nach Ermittlungen des 1. Polzeipräsidenten. Mais (mitgel), gute Sorte 16,00—17,00, Donau 16,00—16,50. Rats (runder), gute Sorte 14,00—15,00. Richtig 0,00. Neu 6,00—8,00.

Paritätallendrette. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Sojabohnen, weiße 35,00—60,00. Linen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhbl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Reule 1,60—2,40. Rindfleisch, Schmalz 1,20—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Rindfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,80—7,50. 1 Kilogramm Kartoffeln 1,20—2,60. Rale 1,60—3,20. Rander 1,20—3,20. Geste 1,50—2,80. Barthe 0,50—2,20. Säfte 1,60—3,20. Blei 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 2,50—24,00.

Witterungsübersicht vom 12. Februar 1914.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C
Eintrunde	761,50	3/4	3/4	-0	Narandau	754,5	2	Rebel	-1
Damburg	757,50	3/4	3/4	bd.	Vetersburg	764,5	5	bedeckt	2
Berlin	762,5	3/4	3/4	bd.	Seib	749,5	5	mollig	3
Frankf. a. M.	761,5	3/4	3/4	bd.	Berdeen	741,5	5	mollig	3
München	766,5	3/4	3/4	bd.	Paris	756,5	5	bedeckt	3
Wien	768,5	3/4	3/4	bd.					

Wetterprognose für Freitag, den 13. Februar 1914. Vielfach wolkig, am Tage mild bei leichten südwestlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

A. Wertheim heute billige Lebensmittel

Geflügel

Suppenhühner Stück 1.60 bis 2.80
 Brauhühner . . . Stück 1.60 bis 2.80
 Poulets 2.30 - 2.70, gefroren 1.20
 Haselhühner Stück 75 Pf.
 Schneehühner Stück 1.10
 Puten Pfund 70, 75, 85 Pf.

Käse

Tilsiter vollfett Pfund 70 Pf.
 Limburger Pfund 40 Pf.
 Camembert 2 Stück 35 Pf.
 Romatour Stück 28 Pf.
 Schweizer Käse . . . Pfund 85 Pf.

Wurstwaren

Zervelat u. Salami Pfund 1.20
 Rollschinken ca. 6-Pfund, Pfund 1.40
 Schinkenspek in Stücken von 1 1/2-4 Pfund, Pfund 1.10
Aus eigener Wurstfabrik:
 Rohwurst Pfund 55 75 Pf.
 Jagdwurst Pfund 1.10
 Landleberwurst . . Pfund 90 Pf.
 Pastetenleberwurst Pfund 1.15
 Teewurst Pfund 1.20

Butter

Koch- u. Backbutt. Pfund 1.10 u. 1.18
 Tischbutter Pfund 1.28 1/2-Pfund-P. 64 Pf.
 Tafelbutter Pfund 1.32 1/2-Pfund-P. 66 Pf.

Räucherwaren

Kieler Schleibüchl. 2 Stück 10 Pf.
 Sprottbüchlinge . . Pfund 45 Pf.
 Goldfische Stück 10 Pf.
 Nordsee-Schollen Pfund 50 Pf.
 Lachsstör Pfund 65 Pf.
 Sardellen Pfund 65, 85 Pf.
 Matjesheringe St. 10, 15, 20 Pf.

Sprossen Kiste ca. 1 Pfund **38 Pf.**

Winterkartoffeln

Zentner **1.95**
 Zusendung 40 Pf per Zentner
 Sack 25 Pfennig Pfund

Fische

Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Fischen Pfund 20 Pf.
 Seelachs Pfund 18 Pf.
 Schollen Pfund 15 u. 38 Pf.
 Frische Stinte Pfund 20 Pf.
 Zander Pfund 68 Pf.
 Lachs in ganzen Fischen. Pfund 35 Pf.
 Lebende Plötzen Pfund 35, 60 Pf.
 Grüne Heringe . . Mandel 28 Pf.
 Seemuschelein . . 100 Stück 30 Pf.
 Leb. Karpfen Pfund 70, 90 Pf. 1.00
 Lebende Schleie . . Pfund 1.15
 Lebende Hechte . . Pfund 1.00

Obst und Gemüse

Apfelsinen Dutzend 18, 28, 35 Pf.
 Blut-Orangen Dutzend 28, 38 Pf.
 Mandarinen . . . Pfund 20, 25 Pf.
 Ananas Pfund 55, 65 Pf.
 Zitronen Dutzend 25 u. 35 Pf.
 Graue Reinetten 2 Pfund 35 Pf.
 Kalif. Aepfel . . Pfund 30, 40 Pf.
 Kohläpfel Pfund 15, 18 Pf.
 Weißkohl Pfund 3 Pf.
 Rotkohl Pfund 5 Pf.
 Mohrrüben 3 Pfund 10 Pf.
 Malfakartoffeln Pfund 10 Pf.
 Märk. Rübchen . . 3 Pfund 25 Pf.
 Rote Rüben 3 Pfund 10 Pf.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 13. Februar 1914.

Anfang 6 Uhr.
Cines Palast am Zoo. Varieté-
 Lichtspiele.

Anfang 6 1/2 Uhr.
Cines Rollendorf-Theater. Varieté-
 Lichtspiele.

Anfang 7 Uhr.
Rgl. Opernhaus. Tristan und
 Isolde.

Deutsches Opernhaus. Parsifal.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Schauspielhaus. Kollberg.
 Deutsches König Heinrich IV.
 Leistung. Peer Gynt.
 Jitkus Busch. Galavorstellung.
 Jitkus Schumann. Galavorstellung.
 Anfang 7 3/4 Uhr.

Metropol. Die Reise um die Welt
 in 40 Tagen.
 Anfang 8 Uhr.

Urania. Winter in der Schweiz.
 Deutsches Künstler-Theater.
 Der Bogen des Odysseus.
 Kammermusik. Bürger Schappel.
 Königsgraben Straße. Die fünf
 Frankfurter.
 Komödienhaus. Kammermusik.
 Theater an der Weidendammer
 Brücke. Der zehnte Nacht.
 Theater am Rollendorfplatz.
 Helmut Weill.
 Luisenparkhaus. Die spanische Fliege.
 Montis Operetten. Goldlöcher.
 Schiller O. Die beiden Kononen.
 Schiller Charlottenburg. Herodes
 und Mariamne.
 Theater des Westens. Polenblut.
 Berliner. Wie einst im Mai.
 Kleines. Neuliches Geberl.
 Trianon. Anatoles Hochzeit.
 Thalia. Die Langspringerin.
 Reubens. Hecht - der Franz.
 Friedrich-Wilhelmstädtisches.
 Fräulein Trallala.
 Hoie. Kinder der Großstadt.
 Kasino. Die alte Weibern.
 Herrnhut. Was sagen Sie zu
 Leibsch?
 Reichshallen. Steffner Sänger.
 Wintergarten. Spezialitäten.
 Apollo. Der Stolz der 3 Kom-
 pagnie.
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Luisen. Das erste Ehejahr.
Walhalla. Tangosieber.
Soltes Caprice. Café Pringsheim.
 Der Heiratstag. Heerstein.
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Einakter-
 Abend.
 Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Die lustige Puppe.
 Berliner Gispalast. Gispalast.
 Cines Rollendorf-Theater. Varieté-
 Lichtspiele.

Sternwarte. Swalbenstr. 57-62

Theater in der Königsgrätzer Straße

Abends 8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.

Komödienhaus.
 8 Uhr. Kammermusik. 8 Uhr.

Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:

Wie einst im Mai.

Residenz-Theater 8
 Uhr

Hohheit - der Franz!
 Auffällige Grotte in 3 Akten von
 Arthur Landberger und Willi Wolf.
 Musik von Robert Winterberg.
 Morgen u. f. Tage: Hohheit - der Franz!
 Sonntag, 15. Febr., 3 Uhr: Gretchen.

Deutsches Künstlertheater
 Sozietät.
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
 Kassa: Rollendorf 1383.
 Abends 8 Uhr:

Der Bogen des Odysseus.
 Sonnab. 8 1/2 Uhr: Peterchens Mondfahrt.
 8 Uhr: Das Phantom.

Friedr.-Wilhelmstädt. Theater.
 Direktion: H. Bryk.
Fräulein Trallala.
 Von Oskofowski, Gilbert.
 Leipziger.
 Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
 Sonntag, 15. Febr., nachm. 3 Uhr:
 Zapfenstreich.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
Kinder der Großstadt.
 Anfang 8 Uhr:
 Sonnabend 4 Uhr: Nischenbrödel.
 8 Uhr: Othello.
 Sonntag, 3 Uhr: Maria Stuart.
 8 Uhr: Wilhelm Tell.

Metropol-Theater.
 Abends präzis 7 Uhr 55:
**Die Reise um die Erde
 in 40 Tagen.**

Admiralspalast.
 Eis-Arena.
 Täglich:
Die lustige Puppe.
 Großes Ballett auf dem Eis.
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
 ab halbe Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.

Freireligiöse Gemeinde.

Sonntag, den 15. Februar, abends 6 Uhr, in „Pachuras Festsälen“
 (früher „Englischer Garten“), Alexanderstr. 270:

Geselliger Abend.

Vortrag des Herrn **Ernst Haackel**, sein Leben und Wirken.
H. H. Baage: (Zum 80. Geburtstag Haackels am 16. Febr.)
 Nach dem Vortrage: **Geselliges Beisammensein und Tanz.**
 Eintritt 10 Pf. 8 1/2 3 Garderobe 20 Pf.

Theater a. d. Weidendammerbrücke
 8 Uhr: **Der zehnte Nacht . . .**

URANIA

Taubenstraße 48/49.
 8 Uhr:
Winter in der Schweiz.

WINTER GARTEN

Neues Programm!
Madge Lessing
 und **Fred Wright**
Grock u. Lolé The Perezoffs
 Komisches Jon glourszone
 Musik-Duo „Un souper
 chez Maxim“
 und die von
 Publikum und Presse
 glänzend beurteilten
Februar-Attraktionen!
 - Rauchen gestattet! -

Apollo-Theater.

6 Uhr. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr.
 Zum 51. Male:
Der Stolz d. 3. Kompagnie
 mit
Hartstein.
 Sachen ohne Kauf.
 Rauchen gestattet!

Casino-Theater

Lohninger Straße 37. Täglich 8 Uhr.
 Ein neues Berliner Volksstück:
Die olle Webern.
 Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!
 Einziges Theater in diesem Genre!
 Im Stile der alten Wallner-Bühne.
 Sonntag 4 Uhr: **Mutterliebe.**

Theater am Rollendorfplatz 5.
 8 Uhr: **Prinzeß Gretl.**
 Morg. Sonnab. 4: Die Schiffbrüchigen.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Anatoles Hochzeit.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luisen-Theater.
 8 1/2 Uhr:
Das erste Ehejahr.
 Schauspiel in 5 Akten v. Ernst Ritterfeldt. | Gef. u. Lang in 3 Akten v. Erich Urban.

Walhalla-Theater.

Täglich 8 1/2 Uhr:
Tangosieber. Große Hoffe m.
 Schauspiel in 5 Akten v. Ernst Ritterfeldt. | Gef. u. Lang in 3 Akten v. Erich Urban.

Brauerei Friedrichshain

Täglich außer Sonnabends:
**Das stimmungsvollste
 Bayr. Bockbier-Fest.**
 Mittwochs u. Donnerstags:
Elite-Tag.

„Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus
 Mauerstraße 82. - Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
 Musikkorps des 1. Garde-Dräger-Regiments. Dirig.: Oberm. Baarz
 und Tegernseer und Zillerthaler Musikanten,
 Dirig. Hans Starp.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
 An allen bei freiem
Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert Eintritt.

Neue Welt.

Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
 Täglich
Bockbierfest
 in den bayrischen Alpen
 Madame Sissi mit ihrem Oberlander Blasorchester.
 Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag u. Sonntag:
Großer Ball.
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. 6 Kapellen.
 30 bayrische Hadl.

Zirkus Alb. Schumann.

Heute Freitag, den 13. Februar,
 abends 7 1/2 Uhr:
Große Sport-Vorstellung
 U. a.:
Therese Renz
 dress. Elefanten u. Ponys.
Crescendo u. Forrest
 Musical-Akt
Ku - Ka - Di
 Goldmophisto.
Leach - La Quina-Trio
 Drahtseilakt
 und die übrig. neuen Attrakt.
 Um 9 1/2 Uhr: Das gr. Ausstattungsst. 1.7 Bildern
„Tipp“
 der Derby-Favorit 1914.

Zirkus Busch.

Heute Freitag, den 13. Februar,
 abends 7 1/2 Uhr:
Gumortlicher Gala-Abend.
**Haben Sie schon die
 Trapezhunde gesehen?**
 Dieselben probieren sich allabendl.
 unt. stürmischen Applaus d. Publ.
 Jener **Die Vessemis** in ihrem
 akrobatischen Spiel
„Artistenkinder“.
 Fr. Martha Mohnke,
 Schulleiterin auf Goldbird.
 Zum Schluss:
„Pompeji“.
 Orig. Ausstattung - Pantomime
 des Jitkus Busch in 5 glänz. Akten.
 Sonntags! Sonnt. 3 1/2 Uhr:
 Dr. Kinderortell. 1 Kind frei.

Voigt-Theater

Badstraße 58.
 Freitag, den 13. Februar:
Zu letzter Stunde
 oder
Schicksalswellen.
 Volkst. m. Gef. i. 4 Akten v. Niedt u. Ely.
 Kasseneröffn. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Passage - Panoptikum.

Die wilden
Feuerfresser
 in ihren fanatischen
Martern.
Mister Rappo,
 der Ausbrecherkönig.
Unfesselbar!
Lebend!
 Ohne Extra-Entree.

Folies Caprice.

8 1/2 Uhr: Café Pringsheim
 Der Heiratstag
 Heerstein

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger
 Zimmer No. 13.
 Urkomische Burleske.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag nachm.
 3 Uhr zu ermäß.
 Preisen:
**Eine Hochzeit in
 der Müllerstr.**

Schiller-Theater O. Ballner.

Freitag, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.

Schiller-Theater

Freitag, abends 8 Uhr:
Herodes und Mariamne.
 Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Zopf und Schwert.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Woh dem der Mügt.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Andreas Hofer.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Polenblut.**
 Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr: Gräfin Fifi.

DIREKTION **CONCERT-CAFE MORITZPLATZ** RICHARD KORANT

WERTHEIM-
HAUS
ORANIENSTR

2 KAPELLEN 53/54 **Marco Großkopf**
 ununterbrochen von Nach- von der Volkoper Budapest
 mittag 4 Uhr bis Nachts 4 Uhr **Adolf Grünberg aus Wien**

ERÖFFNUNG DEMNÄCHST

Reichstag.

212. Sitzung, Donnerstag, den 12. Februar 1914, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt beim Kapitel

Reichsversicherungsamt

in Verbindung mit der Denkschrift über die Rücklagen in den Berufsgenossenschaften.

Präsident Kaempf:

Der Abgeordnete Bauer hat gestern die Reichsversicherungsordnung einen Hohn auf die kaiserlichen Erlasse vom Februar 1890 genannt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das verstoßt gegen die Ordnung des Hauses (Konk. bei den Sozialdemokraten), da es eine Beleidigung darstellt gegen den Reichstag und den Bundesrat, die die Reichsversicherungsordnung beschlossen haben. Ich rufe daher den Abgeordneten Bauer zur Ordnung. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jri (S.):

Wenn den Versicherten die Ausübung des Wahlrechts zu den Krankenkassen erschwert wird, so bedauern auch wir das, zumal gerade die sozialdemokratischen Wähler davon meist nicht den Schaden haben werden. In der Denkschrift über die Rücklagen bei den Berufsgenossenschaften befinden sich eine ganze Reihe von Zahlen, die der Aufklärung noch bedürfen. Die Berufsgenossenschaften wehren sich dagegen, daß viele Millionen in den Rücklagen zu niedrigem Zinsfuß festgelegt werden auf Grund irriger Berechnungen. — Redner beschränkt weiter eine Resolution, wonach die Rücklagen der Berufsgenossenschaften für den genossenschaftlichen Personalneid, namentlich für den gewerblichen Mittelstand bereit gestellt werden sollen. Die Berufsgenossenschaften sollten auch mit dem roten Kreuz zusammenarbeiten im Interesse der ersten Hilfe bei Unglücksfällen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Schulenburg (natl.):

Keine Freunde stimmen dieser letzten Anregung des Redners zu und wünschen auch eine Förderung des genossenschaftlichen Personalneids durch die Berufsgenossenschaften. — So schlecht wie Herr Bauer es gestern darstellte, ist die Reichsversicherungsordnung nicht. Kleine Mängel hat sie gewiß, dafür kann man nach einigen Jahren Remedur eintreten lassen.

Abg. Doormann (Op.):

Mit der Bestimmung der Reichsversicherungsordnung, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Rücklagen bei den Berufsgenossenschaften noch einmal durch den Reichstag erörtert und beschlossen werden sollen, ist keine gesetzliche Großtat gelassen; denn der Reichstag kann ja nicht allein eine Bestimmung der Reichsversicherungsordnung ändern, ohne Zustimmung des Bundesrats. Der Kern des Streitpunktes ist: durch die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über das Umlageverfahren bei den Berufsgenossenschaften hat die Regierung die Ueberzeugung gewonnen, daß die Rücklagen stärker sein müssen. Für eine materielle Änderung des Verfahrens bei den Rücklagen liegt eine Veranlassung nicht vor; lassen sich die Bestimmungen formell feiler gestalten, so ist ein Bedenken dagegen nicht zu erheben. Darüber werden wir uns am besten in der Kommission unterhalten.

Regierungsrat Kuria

verbreitet sich über das Verfahren der Mathematiker des Reichsamts des Innern, das nach den Unterlagen, die feinerzeit vorhanden waren, durchaus berechtigt war.

Abg. Siebenbürger (L.):

Ueberräthige Rücklagen halten wir nicht für gut. An der Reichsversicherungsordnung hat der Abgeordnete Bauer gestern kein gutes Haar gelassen. Wir stehen voll und ganz auf dem Boden dieses Gesetzes, wenn wir manches darin auch anders wünschen. Was wir beantragt hatten, war gut — hören wir doch jetzt aus ganz Deutschland das Geschrei nach Landkrankenklassen. Eine glatte Einführung hat das Gesetz allerdings nicht gefunden. Es ist in den Ausführungsbestimmungen auch verschiedentlich anders ausgelegt worden, als es der Gesetzgeber gemeint hat. Speziell werden Antragsteller, die Versicherungsanträge von der Dienstbotenversicherung stellen, von manchen Klassen geradezu schikaniert; einige Klassen verlangen Kautions, was wir direkt für ungeschickt halten. Der preussische Handelsminister Dr. Sydow hat allerdings die Forderung von Kautions für zulässig erklärt. Ich bitte daher den Staatssekretär, uns seine Meinung zu sagen. — Erklärt sich, daß bei den Wahlen in den Vorständen die Sozialdemokraten nicht überall die Mehrheit gewonnen haben. Die Ausschüssebehörden müssen ein scharfes Auge darauf haben, und Agitatoren, die etwa gewählt werden, die Verstärkung versagen. — Nach den neuen großen Kosten, die dem Handwerk durch die soziale Versicherung aufgebürdet worden sind, sollten die Regierungen die Preise für ihre Versicherungen erhöhen. — Nach der Dienstbotenversicherung hat kein Dienstbote verlangt. Die Kritik des Gesetzes war nun jedenfalls, daß die Dienstboten alle in Landkrankenklassen versichert würden. Es ist bedauerlich, daß manche Oberverwaltungsämter es zugelassen haben, daß von der Errichtung von Landkrankenklassen abgesehen wurde. Da ist erstens die Vorgang in S y a n d a u, wo das Oberverwaltungsamt die Errichtung einer Landkrankenklasse gegen den Willen der Gemeinde erzwingen hat. (Ironisches Bravo! bei den Sozialdemokraten.) In den Ortskrankenklassen Groß-Berlins sind die Beiträge weit höher als z. B. in der Landkrankenklasse Wilmersdorf. Den Staatssekretär bitte ich dahin zu wirken, daß auch sonst neben den Ortskrankenklassen Landkrankenklassen errichtet werden. In W a d e n sind Landkrankenklassen überhaupt nicht zugelassen worden. Das ist ein großer Fehler. Und noch all dem Traurigen eine große Freude: Aus das „Berl. Tageblatt“ hat neulich geschrieben: Die einzige Lösung der Frage der Versicherung der Dienstboten ist die Errichtung von Landkrankenklassen. (Hört! hört! rechts.) Der Resolution des Zentrums über die Verwendung der Rücklagen stimmen wir zu. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Es ist behauptet worden, daß die Bestimmung der R. V. D. falsch durchgeführt werden. Ich kann das in einzelnen nicht nachprüfen. Auch sind die Kompetenzen der sogenannten Reichsleitung, des Herrn Reichsanwalts (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) in dieser Hinsicht sehr eng beschränkt. Aber ich werde die Beschwerden prüfen und es wird sich dann herausstellen, ob Differenzen bestehen zwischen meiner Auffassung des Gesetzes und der des preussischen Handelsministers Dr. Sydow. Daß der preussische Handelsminister nicht geschwätzig vorgegangen ist, nehme ich ohne weiteres an. Warten Sie ab, dann wird auch dies Gesetz sich einleben und die Beschwerden werden durch die Einwirkung der Zentralinstanz sich bald auf ein Minimum vermindern.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.):

Daß die Behörden mit dem Gesetz noch nicht genügend vertraut sind, kann man zugeben. Aber sie lassen es auch vielfach an guten Willen fehlen, wenn z. B. sehr sachverständige Ar-

beitersvertreter ihnen gute Ratschläge bei der Vorbereitung der Wahlen geben. Das wurde nicht abgelehnt und prompt folgte dann ein falsches Vorgehen der betreffenden Behörde. Daß die Reichsversicherungsordnung mancherlei Mängel aufweist, darum braucht kein Streit zu herrschen. Einen Rangel beantragen wir abzustellen. Es muß in der Satzung der Klassen festgelegt werden, wer als Facharbeiter anzusehen ist. — Den Landkrankenklassen stehe ich mit den größten Bedenken gegenüber, denn sie werden über kurz oder lang die teuersten Klassen werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die guten Klassen werden ihnen durch Freiheitsanträge entzogen und die Saisonarbeiter sind die schlechtesten Klassen, da sie am meisten krank werden. — Vielfach werden auch Söhne und Töchter von Bauern von Krankenkassenverwaltungen als versicherungspflichtig erklärt. Die Bauern werden ja bald selbst einsehen, daß sie am besten tun, wenn sie sich selbst versichern, aber man sollte zunächst unnötige Härten vermeiden. Um die Dienstboten usw. zur Selbstversicherung zu erziehen, sollte man nicht einfach die Beiträge für sie zahlen, sondern die Löhne entsprechend erhöhen und die Angestellten die Beiträge dann selbst zahlen lassen. — Die Unfälle des täglichen Lebens sind nach dem ausdrücklichen Willen des Reichstags als Betriebsunfälle anzusehen. Die rechtsprechenden Instanzen sollten angehalten werden, diesen Willen des Reichstags zu respektieren. Bei der Rentenzahlung bei der Unfallversicherung und der Rentenzahlung bei der Invalidenversicherung sollte milder vorgegangen werden. Wir beantragen, daß entsprechend der Besserstellung der Altpensionäre auch diese Renten der Invalidenversicherung erhöht werden.

Abg. Feldmann (Soz.):

Der Abg. Siebenbürger hat Beschwerde darüber geführt, daß Krankenkassen Kautions von einzelnen Arbeitgebern bei der Befreiung verlangt hätten. Er selbst hat aber andererseits gesagt, man kann an einem Tage Millionär am anderen Tage Bettler sein. Das rechtfertigt das Vorgehen der betreffenden Krankenkassen. Ferner machte Abg. Siebenbürger die Behörden scharf gegen Agitatoren in den Krankenkassen. Natürlich meinte er nur sozialdemokratische Agitatoren. Es gibt aber eine ganze Reihe konservativer Agitatoren in den Krankenkassen und denen werden nicht die geringsten Schwierigkeiten in den Weg gelegt. — Was das Kapitel der Rentenzahlungen anlangt, so ist aus Striegau ein besonders krasser Fall zu berichten. Ein Steinarbeiter bekam für den Verlust beider Augen 75 Proz. Rente. Später sollte er sich

an das Blindsein „gewöhnen“

haben und man sagte ihm: ein Blinder ist immer noch besser daran als ein armer und seinen Gehäusler, der sich nicht bewegen kann. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Berufsgenossenschaft beantragte die Rente auf 50 Proz. zu ermäßigen, schließlich wurden ihm 55 Proz. zugesprochen. Seitdem 1908 Kerkelkontrollen zur Prüfung der Invalidenrenten angestellt sind, nimmt die Zahl der Renten immer mehr ab und die Fälle der Entziehung mehren sich. Das trifft insbesondere auch für Schleisien zu. Dabei hat die Schleisische Versicherungsanstalt 138 Millionen Mark Vermögen angehäuft und hat 1912 zwölf Millionen Mark Ueberschuß gemacht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das beweist am besten, daß man ganz gut die Altersrente schon mit 65 Jahren gewähren und die Hinterbliebenenrente erhöhen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Einem Arbeiter in Schleisien wurde von dem Arzt erklärt, er wäre unterernährt, sonst könnte er ganz gut noch arbeiten. Als der Arbeiter meinte, ja, wovon soll ich mich besser ernähren, wurde ihm entgegengehalten, er ernähre sich absichtlich schlecht, nur um die Rente zu erhalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So springt man mit den abgeradenen Arbeitern in Schleisien um. Selbst eine Frau, die noch ganze 80 Mark im Jahre verdienen kann, wird als nichtinvalid im Sinne des Gesetzes angesehen. Solche Entscheidungen sind geradezu himmelstreichend und sollten in Zukunft nicht mehr vorkommen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Caspar:

Auf die Frage des Abg. Siebenbürger bemerkte ich, daß eine allgemeine Forderung nach Kautionsstellung bei Befreiungsanträgen von der Dienstbotenversicherung im Gesetz keine Grundlage findet, dagegen kann im speziellen Fall, wenn Zweifel an der Leistungsfähigkeit des Antragstellers bestehen, sehr wohl eine Kautions gefordert werden. Die Forderung des Herrn Behrens nach Erhöhung der Renten entsprechend den gestiegenen Arbeitslöhnen scheint mir zu weit gehend. — Der Herr Abg. Bauer hat eine Reihe schwieriger Grenzfälle aus der Reichsversicherung des Reichsversicherungsamts erörtert. Zum Beispiel die Frage der Entschädigungspflicht bei Unfällen aus Grund der Gefahren des täglichen Lebens. Auf all diesen Gebieten hat das Reichsversicherungsamt seine Rechtsprechung an Hand seiner Erfahrungen entwickelt und jetzt noch sind die Dinge in Fluß. Die von Herrn Bauer erwähnte Musterzahlung für Hausgewerbetreibende wird in nächster Zeit fertiggestellt.

Der letzte Redner hat eine Reihe von Fällen angeführt, die ich natürlich nicht nachprüfen kann. Doch halte ich es für ganz ausgeschlossen, daß beim Verlust beider Augen nur 55 Prozent Rente gewährt worden sind; da muß noch irgendein sonstiger Grund vorliegen. Daß jemand, der Anspruch auf eine Invalidenrente hat, sie nicht bekommt, ist nach dem Gesetz ausgeschlossen; natürlich kann es vorkommen, daß unberechtigte Ansprüche erhoben werden.

Abg. Afor (S.):

Die Feststellung der Dienstordnung für ihre Angestellten ist Sache der Berufsgenossenschaften. Das Reichsversicherungsamt hat allerdings ein gewisses Aufsichtsrecht über die Berufsgenossenschaften. Im allgemeinen sind die Verhältnisse der Angestellten der Berufsgenossenschaften recht günstige und die Ansprüche des Abg. Siebel gegen die Berufsgenossenschaften sind verfehlt. (Vizepräsident Dabe rügt den Ausdruck „Anwürfe“ in bezug auf einen Abgeordneten, man dürfe nur von „Vorwürfen“ sprechen.) Die Angestellten der Berufsgenossenschaften haben in gewissem Sinne eine öffentlich-rechtliche beamtenähnliche Stellung; daraus ergeben sich auch gewisse Pflichten. Auch die Behauptungen des Abgeordneten Siebel über das Anhören der Angestellten sind haltlos und unzutreffend. — Die Klage des Abg. Bauer über schwankende Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts beweist nur die Objektivität dieser Rechtsprechung; denn es gibt keine allgemeinen Grundfälle, jeder Unfall muß besonders betrachtet werden. Bei der Anerkennung der Unfälle des täglichen Lebens als Betriebsunfälle geht das Reichsversicherungsamt eher zu weit, als zu wenig weit. Jedenfalls ist seine Rechtsprechung von echtem sozialen Geist getragen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Fegter (Op.):

Die Reichsversicherungsordnung ist vielfach recht mangelhaft durchgeführt worden bei ihrer Einführung und daraus erklärt sich ein großer Teil der Erbitterung und Klagen über die Reichsversicherungsordnung. Die preussische Regierung hat zum mindesten nicht rechtzeitig für die Einführung der Landkrankenversicherung Vorkehrungen getroffen. Zu berechtigten Klagen geben auch die zahlreichen Fälle von Rentenzahlung und -herabsetzung Anlaß, die mit recht seltsamen „Gewöhnungen“ an die Folgen der Unfälle begründet werden. — Herr Siebenbürger d. Ausführungen betrogen sich in starken Widersprüchen. Einestheils rühmte er die Reichsversicherungsordnung als gesetzgeberische Großtat, dann jammerte er wieder über viele ihrer Bestimmungen. Jubel stimmte er an über die Landkranken-

lassen; aber Herr Behrens hat ganz recht, gerade in den landwirtschaftlichen Kreisen wird man die Landkrankenklassen bald zu allen Zeiten wünschen, denn die Beiträge werden die höchsten sein und die Leistungen die niedrigsten. Die leistungsfähigen Betriebe werden ja nicht in sie hineingezogen. Die beschränkenden Bestimmungen über die Wöchnerinnenunterstützung werden die Herren rechts bald müssen fallen lassen, wenn sie die Landfrucht nicht noch größer werden lassen wollen. (Sehr wahr! bei der Volkspartei.) Viele Klagen über die Reichsversicherungsordnung rühren von der mangelhaften Einführung her. Der Staatssekretär möge auf die Einzelstaaten einwirken, daß das Gesetz in echtem sozialen Geiste ausgeführt wird.

Abg. Graf Westarp (Konf.):

Der Abg. Bauer hat bestritten, daß auch den Angestellten der Krankenkassen, die nur mit Anrecht auf Ruhegehalt angestellt sind, Beamtenqualität übertragen werden darf. Das ist aber doch richtig und ich bitte von dieser Besugnis weitgehendsten Gebrauch zu machen. Damit werden diese Beamten dem Beamtenrecht unterstellt und fallen dann auch unter das Disziplinarrecht des Staates und der Gemeinde. Sie dürfen dann auch außerhalb ihres Dienstes die sozialdemokratische Partei nicht unterstützen. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoch (Soz.):

Wir verlangen in einer Resolution eine Denkschrift, in der unparteiisch dargelegt wird, wie die Grundzüge für die Gewährung und Durchführung des Heilverfahrens nach der Reichsversicherungsordnung sich bewährt haben. Wenn die Denkschrift vorliegt, werden wir uns näher darüber unterhalten. Die Unparteilichkeit der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts hat auch mein Parteigenosse Bauer nicht angezweifelt. Er behauptet nur, daß die Herren unter dem Ansturm der Unternehmer sich in ihren Anschauungen gewandelt haben. Daß das richtig ist, beweist die Rechtsprechung über die Unfälle des täglichen Lebens, denn nach dem Gesetz sollen alle Unfälle bei der Arbeit entschädigt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Reichsversicherungsordnung hat die konservative Partei mitgearbeitet, um, wie es Graf Westarp ja eben mit dankenswerter Offenheit gezeigt hat, die Arbeiterversicherung unter die Polizeikasse zu bringen.

Der konservative Agitator ist in der Krankenkasse für Sie der rechte Mann, der sozialdemokratische Agitator aber muß hinaus. — Herr Siebenbürger betonte die Fürsorge der Konservativen für den Mittelstand. Gerade wir haben die Beiträge der Reichsversicherungsordnung für den Mittelstand leichter gestaltet wollen, und gerade die Konservativen haben diese Anträge zu Falle gebracht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Streit über die Landkrankenklassen scheint mir sehr überflüssig, denn die Herren haben ja ihren Willen durchgesetzt. Vom Parteistandpunkt aus werden wir allerdings allein den Erfolg davon haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Graf Westarp verweist auf die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Dienstbotenversicherung. Diejenigen, die am meisten jammern, weil sie für die Dienstboten zahlen sollen, sind gerade sehr reiche Leute, die gar kein Recht haben, sich zu beklagen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Krankenkassen bei Befreiungsanträgen Kautions verlangen, ist ganz berechtigt, denn jede leichtfertige Befreiung eines Arbeitgebers kann zu einer steten Schädigung der Krankenkasse führen; sie selbst muß ja, wenn der Arbeitgeber nicht zahlen kann, für ihn eintreten. Die ganze Bestimmung, gegen die wir uns genügend gelwehrt haben, ist vollkommen verfehlt.

Ueber die von Bauer angeführten Tatsachen hat der Staatssekretär Unterbindung versprochen. Sie sind ja durch die Presse gegangen und der Staatssekretär hätte nicht warten sollen, bis wir hier über ihn darüber schlugen. Offenlich ist er im nächsten Jahre soweit, etwas von den Sorgen zu wissen und uns Aufklärung zu geben. — Die Bestimmungen über den Handverkauf in den Apotheken sollen mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse getroffen werden. In Preußen geschieht das durchaus nicht. Das ist kennzeichnend dafür, wie die preussischen Verwaltungsbehörden sich über Gesetzesbestimmungen hinwegsetzen, wenn sie nicht in das konservative Rezept hineinpassen. — Graf Westarp behauptet, daß die mit Anrecht auf Ruhegehalt Angestellten der Krankenkasse Beamtenqualität bekommen dürfen. Bei der Beratung des § 339 der Reichsversicherungsordnung wurde uns ausdrücklich vom Regierungsvertreter in der Kommission versichert, daß das Anrecht auf Ruhegehalt entweder mit der Anstellung auf Lebenszeit oder mit der unwiderruflichen Anstellung verbunden sein muß, daß ein Angestellter, der jeden Tag auf die Straße sitzen kann, auch wenn er Anrecht auf Ruhegehalt hat, nicht Beamtenqualität bekommen darf. Wenn jetzt das Gegenteil in das Gesetz hineingelegt werden soll, so hört jedes Vertrauen auf Erklärungen von Regierungsvertretern auf. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Also die Kritik Bauers war voll gerechtfertigt. Die Bestimmungen des Gesetzes werden rücksichtslos ausgenutzt, wenn sie gegen die Sozialdemokratie ausgenutzt werden kann. Die Mängel der Ausführung hängen damit zusammen, daß man das Selbstverwaltungsrecht der Klassen so beschränkt hat und der Bureaukratie die Macht gegeben hat, die mit ihrer Himmel-Donnerweiterpolitik wirtschaftet. So haben Sie durch das Gesetz den schärfsten Klassenkampf in die Krankenkassen hineingetragen, also das Gesetz wirkt direkt verkehrend. (Präsident Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.) Also über die Wirkung der Gesetze darf man jetzt auch nicht mehr sprechen. Wozu sind wir denn eigentlich hier! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kaempf:

Ich verbitte mir jede Kritik meiner Geschäftsführung und rufe Sie zum zweiten Mal zur Ordnung. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoch (fortfahrend):

In den wenigen Wochen seit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung ist so viel Erbitterung und Unzufriedenheit entstanden wie seit Jahren nicht vorhanden gewesen ist. Der

Absolutismus der Bureaukratie

soll jetzt auch in der sozialen Versicherung herrschen. Aber es wird Ihnen nicht gelingen, Ihr Ziel zu erreichen. Die Arbeiter lassen heute nicht mehr so mit sich umpringen, wie Sie das jahrhundertlang getan haben. Je mehr Sie die Rechte der Arbeiter zu unterdrücken suchen, desto mehr wird unsere Partei anwachsen und das ist der einzige Weg zur Besserung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rohmann (S.):

Der Resolution der Sozialdemokraten, die eine Denkschrift darüber verlangt, wie sich die Grundzüge für die Gewährung und Durchführung des Heilverfahrens der Reichsversicherungsordnung bewährt haben, stimmen wir zu. — Zur Bekämpfung der Unfallgefahr im Vergah ist ein Ausbau des Systems der Sicherheitsmänner erforderlich. Die Sicherheitsmänner müssen vor allem gegen jede Maßregelung geschützt werden. Auf einer staatlichen Schule im Saarrevier hat man einfach eine Steigerabteilung eine Feilsung et gehen lassen, um einen unheimlichen Sicherheitsmann loszuwerden. — Gutachten von Privatärzten in Unfällen werden von den rechtsprechenden Instanzen zu wenig beachtet. Andererseits werden den Versicherten von der Norddeutschen Feuer- und Lebensversicherung öfter ausführliche Begründungen zu Gutachten des Vertrauensarztes, auf die sich die Berufsgenossenschaft vor den höheren Instanzen

beruht, borenthalten, sie erhalten nur ein ganz kurzes, allgemein gehaltenes Gutachten und werden so in dem Glauben gehalten, das wäre das einzig vorhandene Gutachten. Das ist direkt Vorspiegelung falscher Tatsachen. — Ferner muß dagegen protestiert werden, daß politische Dinge in die Rentenakten geschrieben werden. Das fehlt gerade noch, daß politische Maßregelungen bei Invalidenrentnern vorkommen! Wegen die Maßnahme mit dem Moment der Bewöhnung an die Unfallfolgen muß ich mich auch entscheiden. Solche Urteile zeigen von wenig Sachkenntnis und vermehren nur die Unzufriedenheit. Eine Erhöhung der Unfallrenten, die aus früheren Jahren stammen, ist dringend notwendig.

Abg. Pfeiffer (3.):

Die Pflichtversicherung der Hausgewerbetreibenden hat bei dem vielnamigen Charakter dieser Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung in den beteiligten Kreisen die größte Erbitterung erzeugt. Dazu kommt, daß man die Grundlöhne vielfach zu hoch angenommen hat.

Geheimrat Caspar

meist darauf hin, daß die Definition der Hausgewerbetreibenden in die Reichsversicherungsordnung wörtlich aus früheren Gesetzen übernommen worden ist.

Die Debatte schließt. Die Abstimmung soll in der nächsten Sitzung erfolgen. Persönlich protestiert

Abg. Baus (Soz.): Der konservative Herr Abg. Siebenbürger ist, wie schon vor ihm mehrere Redner, auf eine Äußerung von mir zurückgekommen, die ich am 25. November getan habe. Er hat dabei meine Äußerung in ihrem Sinne gründlich entstellt. Ich will annehmen, in Unkenntnis dessen, was ich gesagt habe. Er meinte: „Wir wollen nicht verschweigen, daß kürzlich der Herr Abgeordnete Baus noch ausdrücklich ausgesprochen hat, daß sie (die Sozialdemokraten) eine große Freude daran hätten, wenn die Mittelstandskrisen verschwinden. Ich kann Ihnen (zu den Sozialdemokraten) das gar nicht verdenken, meine Herren; das ist ja Ihr ganzes Bestreben. Wenn Sie den Mittelstand ruiniert haben, dann haben Sie die Macht.“

Damit hat Abg. Siebenbürger mit und meiner Partei eine Gefährlichkeit unterstellt, deren ich um so weniger fähig bin, als ich als der Sohn eines Mannes, der als Tischlermeister in solcher kleinen Existenz einen langen und schweren Lebenskampf geführt hat, aus eigener Erfahrung nur zu gut weiß, wie ein sorgenvolles, nie ganz frohes Leben die von mir gemeinten, nicht mehr konkurrenzfähigen kleinen Existenzen durchmachen müssen. Meine Äußerung hat, im Gegensatz zu der Auslegung des Herrn Abg. Siebenbürger, wie sich aus dem von mir nicht in einem Wort geänderten Stenogramm ergibt, einen ganz anderen, diesen kleinen Existenzen im Gegenteil im höchsten Grade wohlwollenden Sinn gehabt.

Ich habe damals gesagt: „Ich kann Ihnen versichern, es ist wirtschaftlich und sozial durchaus kein Unglück, wenn armelige, durch und durch abhängige, elende wirtschaftliche Existenzen des sogenannten kleinen Mittelstandes verschwinden. Das sind gar keine glücklichen Existenzen. Es kann nicht davon gesprochen werden, daß sich das Glück des Menschen vor allem darin verwirklicht, daß man ein solcher kleiner Mittelstandsmann sei. Dann müßten ja die meisten Leute von heute unglücklich sein. Die ganze kapitalistische Entwicklung führt dahin, daß wir große Organisationen bekommen. In diese großen Organisationen muß sich der einzelne einfügen und dadurch soziale Tugenden lernen. Und er kann stolz sein, wenn er sie zu üben imstande ist.“

Aus diesen meinen Worten geht hervor, ich habe im Gegensatz zu der Darlegung des Abg. Siebenbürger dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß, wenn die kleinen Existenzen, die der wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber nicht mehr standhalten können, die Form ihrer wirtschaftlichen Existenz wechseln müssen, sie nicht in eine schlechtere, sondern eine bessere Existenz, eine sogenannte freiere, auch materiell besser gestellte Situation kommen. Ich habe meiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß es den kleinen Existenzen durch diesen Wechsel ihrer Existenzform nicht schlechter gehe, sondern umgekehrt gerade besser geht, daß sie etwa in der Form von Beamtenstellungen oder in der Form von Angestellten und gut bezahlten Arbeitern weniger Sorge haben und eine sichere, auch materiell besser gestellte Existenz finden werden.

Ich nehme an, daß Herr Abg. Siebenbürger sich in seiner Äußerung über mich nicht auf das Stenogramm meiner Rede gestützt hat. Wer aber in Zukunft so sprechen sollte, wie heute der Abg. Siebenbürger, muß, nachdem ich den Sinn meiner Äußerung klargestellt habe, es sich gefallen lassen, als verlogener Demagog gebrandmarkt zu werden.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr pünktlich.

Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung. Donnerstag, den 12. Februar 1914.

mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Der Etat des Innern.

Zu den nationalliberalen Anträgen betreffend den Arbeitswilligensgesetz und die Verleihung des passiven Kommunalwahlrechts an Gemeinde- und Kirchenbeamte sowie an Lehrer ist ein Antrag der Sozialdemokraten hinzugekommen, der eine Denkschrift über die bisherige Anwendung des Arbeiterlegitimationszwanges unter Abdruck der bei den Behörden dabei zugrunde gelegten und erlassenen Bestimmungen und seiner Maßnahmen fordert, um zu verhindern, daß ausländische gewerbliche Arbeiter, die seit Jahren in Deutschland anständig sind, grundlos ausgewiesen oder unter Ausnutzung des Legitimationszwanges durch Androhung der Ausweisung zur Übernahme landwirtschaftlicher Arbeit genötigt werden, woraus die ständige Gefahr internationaler Verwicklungen erwächst. Außerdem liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor, der die Regierung ersucht, einen Gesetzentwurf zur Regelung des Jurensrechts vorzulegen.

Abg. Cassel (Sp.):

Auch wir bedauern, daß der Abg. Hoffmann die Redefreiheit so lange ausgeübt hat. Aber die neue Geschäftsordnung des Hauses vom vorigen Sonnabend hat ihn dazu veranlaßt. Dieser vereinzelte Mißbrauch der Redefreiheit kann uns nicht veranlassen, für eine Änderung der Geschäftsordnung in konservativem Sinne, d. h. für eine Beschränkung der Redefreiheit einzutreten. Der Redner geht im folgenden auf die Tendenz der Regierung ein, Landgemeinden, welche den Wunsch haben, Städte zu werden, daran zu hindern. Der Minister hat scharfe Angriffe gegen die Verwaltung von Berlin gerichtet, anlässlich des Falles Niederbarnim-Lanke. Dort wurde die Umsatzsteuer erhöht, weil Berlin die Herrschaft Lanke kaufen wollte. Dies Verfahren halten wir für unzulässig. Trotz der Bemerkungen des Abg. Fuhrmann, und den nationalliberalen Antrag betreffend den Arbeitswilligensgesetz mündig zu machen, bleiben wir bei unserer ablehnenden Haltung und berufen uns dabei auf die Stellungnahme des Staatssekretärs Dr. Dertel im Reichstage gegen einen Arbeitswilligensgesetz. Die bestehenden Gesetze sind ausreichend. Wenn der Abg. Fuhrmann die bestehenden Polizeiverordnungen für ausreichend erklärte, um das Streikpostenfachen zu verhindern, so sieht das wie ein Anreiz aus, die Vorschriften zum Schutze der öffentlichen Sicherheit zur Einschränkung der Koalitionsfreiheit zu mißbrauchen und erweckt den Eindruck, als ob die öffentliche Sicherheit schon bedroht sei, wenn ein Streik ausbricht. Der Schutze der persönlichen Freiheit darf unter keinen Umständen zu einer Einschränkung des Koalitionsrechts führen.

Der Abg. v. Kardorff hat selber mitgeteilt, daß die Streiks im Ruhrrevier zweitausend Fälle gerichtlicher Verurteilung nach sich gezogen haben. Das ist doch der deutliche Beweis dafür, daß die Polizeibeamten hier ihre Pflicht erfüllt haben. Wozu also noch Verschärfungen? Von einer Hinneigung unierer Partei zur Sozialdemokratie kann keine Rede sein. Die Anträge der Sozialdemokraten betreffend den Legitimationszwang nehmen wir nicht an. Im folgenden Bericht der Redner einen Fall, in dem ein Sachverständiger abgelehnt wurde, weil er Jude war, und richtet an den Minister die Aufforderung, keine Ausnahmehandlung der jüdischen Staatsbürger zuzulassen. Der Abg. v. Kardorff hat von einer zügellosen Demokratie gesprochen und damit seiner Verärgerung über die Verminderung des Einflusses der Konservativen im Reichstage Ausdruck gegeben. Eine Veränderung des Wahlrechts in Preußen muß kommen, denn das Verlangen des Volkes wird sich nicht zurückhalten lassen. (Beifall links.)

Minister des Innern v. Dallwitz

erwidert dem Abg. Cassel, daß in dem von ihm erwähnten Fall die Konfession nicht der Grund zur Ablehnung des Sachverständigen gewesen ist. Ich habe keine Angriffe gegen die städtischen Behörden von Berlin erhoben, sondern lediglich die Angriffe der städtischen Behörden gegen die königlichen Staatsaufsichtsbehörden abgelehnt. Im weiteren sucht der Minister darzulegen, daß der Kauf der Herrschaft Lanke nicht den Anlaß zur Erhöhung der Umsatzsteuer gegeben hat.

Neu eingegangen ist ein fortschrittlicher Antrag, der die Regierung um Einbringung eines Gesetzesentwurfes ersucht, durch den die Bestimmungen des Reichsgesetzes betreffend die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte auf die preussischen Landesgesetze sinngemäß übertragen werden.

Abg. Korfanty (Pole):

Den Versuch, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beschränken, lehnen wir ab. Das Reichsvereinsgesetz wird trotz der Versprechungen der Reichsregierung den Polen gegenüber in schändlicher Weise gehandhabt. Einem berüchtigten Mädchenhändler ist der Aufenthalt in Warschau gestattet worden, obwohl die Polizei wußte, daß er wegen seines schmutzigen Gewerbes aus Oesterreich ausgewiesen war. In folgendem beipricht der Redner die Anwerbung russischer Arbeiter durch den Osmarlenverein zur Bekämpfung des Polentums. Man hat uns Entschuldigungen über eine Polenverhöhnung angeboten. Wo sind sie? Die Palastien leben in der Tat eine Lebensregierung aus, v. Liedemann hat an Polow geschrieben, er möchte dem Kaiser eine bestimmte Sache nicht vortragen, er werde schon irgendwie unterrichten! Mit dem korrupten Osmarlenverein sollte sich die Regierung nicht identifizieren. Die Drohung mit neuer Anwendung des Enteignungsgesetzes schreckt uns nicht, wir werden nach wie vor jeden Polen, der Land an die An siedelungskommission verkauft, als moralischen Lumpen behandeln. (Beifall bei den Polen.)

Unterstaatssekretär Holz:

Der Vortredner hat Beamte angegriffen, aber seine Angriffe nicht bewiesen. Um das Vorgehen der Polen bei der Aneignung der Osmarlenbriefe zu entschuldigen, hat Abg. Korfanty wieder einmal den Polizeigeneten Kurzewski beschuldigt, einen Briefkasten geleert und den Inhalt nach Kenntnisnahme wieder hineingelegt zu haben. Weder das Gericht, noch das Disziplinarverfahren hat diese Beschuldigung erwiesen, trotzdem erhebt Abg. Korfanty immer wieder seine Beschuldigung.

Abg. Ströbel (Soz.):

Sie wissen ganz genau, daß die lange Rede Hoffmanns nur ein Akt der Rotweh gegen die Wortabstreiderei war, von der Sie selbst wissen, daß sie der Geschäftsordnung widerspricht. Wir lassen uns eben nicht verzeiwatigen und wenn Sie uns bei der Einzelberatung nicht reden lassen wollen, dann können wir eben auch bei der Generaldebatte das Nötige sagen. Die Drohung mit einer Verschlechterung der Geschäftsordnung läßt uns kalt. Wenn Sie sich von neuem ins Unrecht setzen und noch mehr Achtung im Lande verlieren wollen, gut, tun Sie's! Wir aber werden immer noch in der Lage sein, das zu sagen, was unsere Pflicht vor dem Lande ist. Hoffmann hat streng zur Sache gesprochen, daran, daß die Fälle seiner Beschwerden so unerträglich ist, sind die Herrschenden schuld. Dagegen hat Abg. Fuhrmann zwei Stunden über Dinge gesprochen, die mit dem Etat nichts zu tun haben, und oftmals ist über die Maßregelung von einem oder zwei Beamten, die dem Zentrum oder den Nationalliberalen angehört, stundenlang gesprochen worden. Wollten wir so ausgiebig über alle unsere Beschwerden sprechen, dann würde für Sie überhaupt kein Platz in der Session übrigbleiben! Auf die Anklagen Hoffmanns haben weder die Parteien, noch die Regierung geantwortet, weil sie es nicht können. Auch über das, was der Vortredner vorgetragen hat, hätte das Parlament enträtselt aufschreiben müssen. Das Volk aber weiß, wie die Dinge liegen, und wie es immer mehr aufgeweicht wird, das beweisen die Wahlen! Schlimmer noch als die Tschweigekastil ist das Herausgreifen einiger weniger Einzelheiten, um dadurch das gesamte Tatsachenmaterial als unzuverlässig erscheinen zu lassen. (Abg. Ad. Hoffmann: Aufrisschieberei!) Das ist ein

System mangelnder Aufrichtigkeit,

das die Regierung in drittweltiger Weise handhabt. Der Unterstaatssekretär berief sich auf das Urteil der Berliner Volkszeitung über die Rede Hoffmanns. Wenn sich die Regierung stets auf die Urteile dieses Blattes über Sie halten wollte, würde sie recht schlecht wegkommen. Und wenn wirklich Hoffmann eine Entgleisung passiert ist — die Minister könnten sich gratulieren, wenn ihnen in sechsundfünfzig Reden nur zwei Entgleisungen passierten. (Weiterleit.) Was soll überhaupt die Entrüstung? Hat doch der Abg. v. Kardorff schon erklärt, daß das Parlament kein Mädchenpensionat ist. Die faktische Literatur von Aristophanes bis Ludwig Thoma kennen Sie ja nicht, aber das stenographische Protokoll des Reichstages bezeichnet eine Postdebatte, in der ein Redner unter großer Heiterkeit davon spricht, daß die Postgebühren wegen ihrer weiblichen Struktur für den Dienst nicht so geeignet sind wie die Männer, daß der Staatssekretär es aber doch besser wissen werde, weil er, wenn auch unverheiratet, so doch die Unterlagen haben werde. ... Dieser „Witz“ ist verstanden worden, denn das Protokoll verzeichnet wiederholt Heiterkeit und es ist ein zinniger Witz, den sich da der konservative Dr. Dertel geleistet hat. (Hört! hört! und Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Unterstaatssekretär hat das ungeheuerliche Spitzelsystem, zu dem die Polizei auch Mörder, Knupper und Mädchenhändler verwendet, gerechtfertigt mit den staatsverräterischen Untrieben der Sozialdemokratie. Wir verfolgen unsere Bestrebungen in aller Öffentlichkeit, von solchen Untrieben ist gar keine Rede. Sie aber halten Ihre Spitzel, die durch ihren moralischen Krankheitsstoff die übrigen Polizeioorgane anstecken. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Der Vertreter des Polizeiministers hat sogar die Verwendung 16jähriger Jugendlicher zur Polizeispitzelgebildung! Ebenso hat er die standalöse und lächerliche Zensur verteidigt, die selbst Städte Gerhart Hauptmanns in brutaler Weise mißhandelt. Wenn man jetzt den künstlerischen Charakter der Konzerte der Berliner „Freien Volksbühne“ anerkennt, warum hat sich Herr v. Jagow nicht schon vorher mit der Akademie in Verbindung gesetzt, wenn er selbst nichts davon versteht? Wenn aber die Regierung sich auf die „geeigneten Lokale“ für solche Aufführungen zurückzieht, so muß man freilich befürchten, daß, obgleich die Verantwortlichen natürlich schon selbst nur geeignete Lokale wählen, die Polizei schließlich einmal Versammlungshäuser der Arbeiterklasse als ungeeignet erklären wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was überhaupt auf Regierungserklärungen zu geben ist, haben wir leghin wieder erfahren. Der Minister hat erklärt, daß gegen

das Beschäftigungssystem in der Kölner Polizei

die Aufsichtsbehörden rechtzeitig vorgegangen seien. Tatsache ist, daß der Minister selbst diese Beschwerden unerledigt gelassen hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir glauben wahrlich nicht, wie Herr Holz behauptete, durch „oratorische Keulenschläge“ diese Regierung zu befeigen, die doch selbst trotz der unglücklichsten Blamagen bei ihrem System bleibt.

Zu diesem Kapitel gehören auch die Versuche, das Vereinsrecht einzuschränken. Es ist selbst ein Abgeordneter gewesen, der eine solche Einschränkung für notwendig erklärte, da der uneingeschränkte Gebrauch des Vereinsrechts die Agitation der Sozialdemokratie fördere. Das ist

Ihr Bestreben zur nackten Gewalt

und da wollen Sie dem Volke im Lande weismachen, daß Sie uns mit geistigen Waffen bekämpfen. Solche Waffen besitzen Sie gar nicht zum Kampf gegen unsere Weltanschauung. Mit Ihren reaktionären Phrasen haben Sie nur die Wirkung erreicht, daß die Sozialdemokratie bereits auf dem platten Lande Wurzel gefaßt hat. Von hinten herum suchen Sie das Recht herauszusammeln, aber Sie können sicher sein, daß wir die Praxis der Landräte aufmerksam verfolgen und, wo sich ein Rechtsverstoß zeigt, mit allem Nachdruck dagegen Einspruch erheben werden.

Der Minister hat bestritten, daß der bekannte Brief des Dr. jur. v. Jagow ein Eingreifen in ein schwebendes Verfahren ist und dem Graf v. d. Groeben hat sich dem angegeschlossen. Jedenfalls aber handelt es sich doch um eine behörlige Beeinflussung, zumal der Herr v. Jagow Liedlich bei Hofe ist und sich eines großen Einflusses erfreut. Auch die Telegramme von Velez-Karbovne an v. Jagow und den Januschauer zeugen von innigen Beziehungen. Was wäre etwa einem Polizeikommissar passiert, der sich gegen das Rechtsgutachten v. Jagows gewendet hätte? Die Roabiter Straßwalde haben dem Herrn v. Jagow die höchsten Lobspärche eingetrugen.

Die Fortschrittler sind gewiß eine Vorhut der Sozialdemokratie, aber nicht weil sie radikal, sondern weil sie zu reaktionär sind. Gegenüber der Forderung an den Freisinn, nicht allzusehr mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen, meine ich, es wäre unglücklich, wenn jetzt noch angefaßt solcher Attentate auf die Volksoberkeit, wie wir sie täglich erleben, ernsthaft liberale Menschen für die Konservativen eintreten. Mit den ernsthaften Liberalen meine ich selbstverständlich nicht die Nationalliberalen, die sind ja schon vorher zur Reaktion übergegangen. Etwas wäre es, wenn die Fortschrittler sich mehr und mehr auf die demokratische Grundlage bestimmen wollten und durch ihre ganze Politik bewiesen, daß wirklich ein Gegensatz zwischen den vorkommlichen und den demokratischen Elementen besteht. Wir Sozialdemokraten machen kein Hehl daraus, daß wir

die Volksoberkeit erweitern

wollen. Der Freisinn sollte uns dabei helfen. Die Konservativen und Freikonserverativen pochen immer mehr auf ihren Monarchismus und ihre Königsstreu. „Es kommt kein Wahlsrecht“, erklärte Herr v. Kardorff. In der Thronrede des Königs vom Preußen stand das Gegenteil. Aber wollte selbst der Reichskanzler sich mit Energie dafür einsetzen, daß diese Wahlreform endlich zustande komme, so donnert die germanische Redengeistalt des Abg. v. Kardorff: „Es kommt nicht!“ Die monarchische Bestimmung soll ja auch darin bestehen können, daß man etwas unternimmt, was dem Willen des Königs nicht entspricht. Das haben wir ja oft erlebt. Die Königsstreu der Konservativen ist oft gekennzeichnet durch das Sprüchlein: Inner König absolut, wenn er unsern Willen tut. Das ist wieder einmal zu Ehren gekommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wird immer unterschieden zwischen Ordnungspartei und Umsturzpartei. In gewissen Sinne sind alle Parteien einmal Umsturzparteien gewesen. Deshalb muß dem alten Köhlerglauben ein Ende bereitet werden, als ob die Nationen sich in Ordnung- und Umsturzpartei einteilen und die Arbeiterparteien als Staatsfeindlich zu bekämpfen seien. Selbst Rommisen hat es 1892 mit erfreulicher Deutlichkeit ausgesprochen, daß das Ziel des Liberalismus die Umwandlung des Staatsoberhauptes in den ersten Beamten sein müsse. Rommens Autorität werden Sie doch einigemmaßen anerkennen!

Wenn heute eine Revolution kommt, dann kommt sie von oben, nicht von unten. Das Junkertum, das wir bekämpfen, ist auch von liberalen Vätern scharf angegriffen worden. Der Abg. Fuhrmann hat von einer Kluft zwischen Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien gesprochen. Er hat dabei auf gewisse Vorgänge angespielt, die in einem „Affektomodie“ betitelt den Auftrag des „Vorwärts“ gekennzeichnet waren. Aber ein nationalliberales Blatt selbst, die „Kölnische Zeitung“, kann ich hier gegen die Auffassung des Abg. Fuhrmann ins Feld führen. Sein inbrünstiger Sammelruf, den er an die bürgerlichen Parteien richtete, und sein nationalliberaler Antrag betreffend eine Verfürkung des Arbeitswilligensgesetzes bezweckt lediglich die

Erdröpfung der Gewerkschaften.

Die freien Gewerkschaften sind Ihnen ein Dorn im Auge. In diesem Zusammenhang ist auch Ihre bewegliche Lage über die Arbeitswilligensgesetz zu verstehen. Wie man bei unferer Streikjustiz und bei der zärtlichen Behandlung der Streikbrecher und Hingegardisten noch von einer Arbeitswilligensgesetz sprechen kann, ist ganz unbegreiflich. Der Abg. Cassel hat sich bereits gegen den nationalliberalen Antrag geäußert. Das Gegenmaterial, das wir zu dieser Frage gesammelt haben, ist noch viel reichhaltiger, als das des Herrn Fuhrmann. Aber Sie brauchen ja überhaupt keine Tatsachen; für Sie genügt der Appell an die Profisinteressen des Kapitals, und die Mehrheitsparteien dieses Hauses und das Ministerium erfüllen alle Ihre Wünsche. Zwischen haben Sie (zu den Nationalliberalen) bei Ihrer Materialsammlung sich auch mal an eine falsche Adresse gewendet, und z. B. hat Ihnen eine Gruppe des Verbandes der industriellen Angestellten die Antwort zuteil werden lassen, daß alle Bestrebungen zur Einschränkung des Koalitionsrechts energig bekämpft werden müßten, da dieses Recht allein der wirksamste Hebel zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und Angestellten sei. Auch die christlichen Gewerkschaften wollen nichts davon wissen. Ein Redner des Zentrums — bisher ist es noch nicht genügend geschehen — wird Ihnen noch sagen, daß seine Partei Ihren Antrag entschieden ablehnt. Wer will denn überhaupt noch etwas von Ihnen (zu den Nationalliberalen) wissen. Da müssen Sie schon einen

Verband von Bergwerksdirektoren

gründen. Die Rede des Abg. Fuhrmann war eine Scharfmacherrede von reinem Wasser. An die christlichen Gewerkschaften hat er die Drohung gerichtet: „Güter Euch! Was werden die christlichen Organisationen dazu sagen, wenn sie erfahren, daß ein Vertreter des Unternehmens ihnen Vorschriften über ihr Verhalten machen will. Sie fordern einen Schutze der persönlichen Freiheit und geben das als ein liberales Prinzip aus. Schützen Sie erst einmal die persönliche Freiheit den Unternehmern gegenüber. Heute im Reichstage der Schindlats und Kartelle werden dem Unternehmen selbst Vorschriften über seinen Betrieb gemacht. Nicht von den Gewerkschaften, sondern von den Unternehmern wird der Terrorismus getrieben und vor allem hat der Mittelstand darunter zu leiden. Gerade die staatsverhaltenden Parteien, die angeblich für den Mittelstand eintreten, sind es, die ihn terrorisieren. So werden Gastwirte und Saalbesitzer mit dem Boykott bedroht, wenn sie ihre Lokale an sozialdemokratische oder gewerkschaftliche Organisationen abgeben. Die nationalliberale Partei selbst, die sich jetzt mit den Konservativen zu verständigen sucht, um die Gewerkschaften zu erdrücken, wurde von den konservativen Großgrundbesitzern in scharfster Weise terrorisiert, indem z. B. der Bund der Landwirte die nationalliberalen Bauern, die dem Bauernbund angeschlossen sind, boykottierte. Und ist es etwa kein Terror-

rismaß, wenn man Angeklegte zwingt, die Erlaubnis ihres Arbeitgebers einzubohlen, wenn sie sich verheiraten wollen? Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags hat die terroristischen Ränder der Konventionen der National-Liberalen gegenüber in dem Wahlkreis des Abgeordneten Dr. v. Gendeband jedoch entfallen. Es ist lediglich ein Vorwand, wenn Sie sagen, daß sie nur die Ausschüsse und Ausschreitungen bei Streiks von Seiten der Arbeiterorganisationen bekämpfen wollen. Was Sie unter Arbeiterorganisationen verstehen, das zeigen uns die gelben Organisationen. Die evangelisch-nationalen Verbände geben das Koalitionsrecht preis und lassen sich dazu gebrauchen, dem Unternehmertum jede Arbeiterbewegung sofort anzugeigen. Der Redner bringt einige Beispiele dafür vor. Es ist doch

eine Brutalität sondergleichen,

wenn man jetzt den Arbeitern das Koalitionsrecht rauben will, ausgerechnet zu einer Zeit, wo sich der Gegensatz zwischen den Klassen, zwischen arm und reich, beständig verschärft. Zu diesem Zwecke haben jetzt die Nationalliberalen mit den Agrariern einen Bund geschlossen und diesen versprochen, ihnen ihre agrarischen Forderungen zu bewilligen, wenn sie andererseits ihnen dazu die Hand bieten, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken und zu knebeln. Dem hasten wir entgegen, wie sich vor kurzem auf einem christlichen Arbeiterkongreß einer der Führer der christlichen Gewerkschaften Stegerwald, ausgesprochen hat. Er erklärte eine Erleichterung der Handelsverträge als notwendig, um die Verteuerung der Nahrungsmittel durch die Erhöhung der Zölle zu vermeiden, und ein Redakteur der „Westdeutschen Arbeiter-Ztg.“ warnte vor einer Ueberföhrung der wirtschaftlichen Hebung der Arbeiterkraft. Immer mehr verschärft sich der Konflikt zwischen der Arbeiterschaft, die alle Werte (Lohn und den Reichtum derjenigen, die sich diese Werte aneignen). Die Steuerlasten und besonders die Einschätzung infolge des Wehrbeitrags, die ja die Hinterziehung großer Vermögen an den Tag gebracht hat, beweist die kolossale Vermehrung des Reichtums. Ganz anders als gestern Herr Fuhrmann sprach vor einiger Zeit der Abg. Wasser mann, der mit sozialdemokratischer Hilfe gewählt wurde. (Lebhafter Beifall hört! recht!) Während der Abg. Fuhrmann ein Bündnis mit der schwärzesten Reaktion befürwortete und für die unerlöste Scharfmacherie eintrat, sprach Herr Wasser mann für eine freihändlerische Gesetzgebung und für vollständige Einrichtungen. Diese Worte richteten sich nicht nur gegen die liberale Reaktion, sondern auch gegen die agrarische. Der Abg. Fuhrmann machte dem Zentrum den Vorwurf des Radikalismus — das ist der beste Witz, der je in diesem Hause gemacht wurde. Dieser Fuhrmann wird die Karte noch in den Dreck fahren.

Das Junkertum schaut sich die Seiten der Sklaverei und der Freigabe herbei

und sucht alle Rechte der Handarbeiter zu beseitigen. Vor allem möchte es das Grundrecht der Freizügigkeit außer Kraft setzen. Auch mit dem Legitimationszwang sucht man die Arbeiter zu kochen. Da hat man einen Arbeiter, der 19 Jahre in Preußen lebte, niemals mit den Behörden in Konflikt geraten war, sich keine Strafe zugezogen und von seinen Arbeitgebern die besten Zeugnisse erhalten hatte, hinausgeworfen. (Lachen rechts.) Da lachen Sie noch, meine Herren! Das sind die Faustschläge, die Sie dem Gerechtigkeitsempfinden des Volkes versetzen. (Lautes Ad. Hoffmanns: Herzensbildung!) Der Mann kam zu mir und brach weinend zusammen, als er mir sein Unglück erzählte. Er sagte, daß er nun mit seiner Familie dem Elend preisgegeben sei, da er zu alt wäre, um noch Stellung finden zu können. In dieser Sorte von Bundesgenossen (zu den Nationalliberalen) gratulieren wir Ihnen. Wenn Sie gegen die Rechte der Arbeiterschaft weiter in dieser Weise Sturm laufen, so wird der Ruin der Arbeitermassen lawinenartig anschwellen und die Sozialdemokratie wird Sie hin weg fegen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Darauf verlegt sich das Haus.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. v. Kardorff (H.):

Ich habe nicht gesagt, daß das Wahlrecht nicht kommt, sondern daß ein im Sinne der Sozialdemokraten nicht kommt.

Abg. Korfanty (Pole):

weist die Antwort des Interaktionssekretärs Holz zurück und erklärt seine Behauptung, daß die höheren Polizeibeamten in Oberschlesien einen in Rußland deportiert gewordenen und aus Galizien ausgewiesenen Mädchenhändler beschäftigt haben und daß auch nach einer Entscheidung des ersten Staatsanwalts in Posen der Polizeibeamte Krugewski in Posen einen Briefkasten geleert habe.

Abg. Gassel (Sp.):

stellt fest, daß der Minister an seiner Beschwerde über die Ablehnung eines jüdischen Sachverständigen wegen seiner Konfession vorbeigereicht hat, wie auch aus einer Entscheidung der Anwaltskammer Hamm hervorgeht. Die Sache ist schon so, wie ich sagte.

Freitag 11 Uhr: Weiterberatung.
Schluß: 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Rückständigkeit bei der Marineverwaltung.

Am Donnerstag beschäftigte der Marinestat noch immer die Budgetkommission. Zur Schaffung eines bleibenden Fahrwassers von einer dem Tiefgang der großen Schiffe entsprechenden Wassertiefe sollen Korrekturenarbeiten in der Küstengebiet vorgenommen werden. Die erste Rate von 1.900.000 Mk. bei 6 Millionen Mark Gesamtkosten wurde bewilligt. Lebhafteste Beschwerden der Helgoländer Grundbesitzer über rigorose Bedienung durch die Marineverwaltung, die bei Grundverwerb angeblich keinerlei Rücksicht auf die materielle Lage und das Rechtsempfinden der Bewohner nimmt, wurden vom Abg. Hoff (Sp.) vorgetragen. Die Marineverwaltung bestritt jede Unbilligkeit und sagte Kampfrührung der Beschwerden zu.

Von den zahlreichen Titeln, die Mehrforderungen stellen, wurde nur einer, der 10.000 Mk. für Bauentwurfarbeiten zu einer Offiziers-Speisekantine in Kiel verlangt, abgelehnt.

Auf Veranlassung der Budgetkommission ist in den kaufmännisch verwalteten Betrieben der Reichswerken der Versuch gemacht worden, die kameralistisch-bureaucratische Buchführung durch die kaufmännische zu ersetzen. Nach Auffassung der Regierung sind die Veruche jedoch nicht gelückt. In einer der Kommission zugegangenen Denkschrift sind die Gründe und Nachweise hierfür dargelegt. Von den Rednern der verschiedenen Parteien wurde diese unglückliche Rückständigkeit in der Buchführung scharf kritisiert.

Berufsmäßige Streikbrecher.

Gewerbmäßige Streikbrecher fanden im Mittelpunkt einer Verhandlung, die sich gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I abspielte.

Auf der Anklagebank saßen der Schlosser Trogisch und der Tischler Kranert. Ihnen wird zur Last gelegt, schweren Landfriedensbruch begangen zu haben bei einem Auslauf, der aus Anlaß eines Streiks am 1. April 1913 in der Brunnenstraße stattfand.

In der Tischlerei von Raabe, Hedemstr. 31, hatten die Arbeiter Ende März v. J. die Arbeit niedergelegt, weil Raabe dem Erfinden der Arbeiter, die im Tarif festgesetzten Löhne zu zahlen, nicht nachkommen wollte. Etwas über 100 Arbeiter streikten, während etwa 20 Arbeitswillige im Betriebe tätig waren. Am 1. April, zur Feierabendstunde, tauchten die berufsmäßigen Streikbrecher Meinel und Ruppert vor dem Raabeschen Betriebe auf. Das Auftreten dieser

beiden Leute war es, was den Auslauf und die zur Anklage führenden Vorgänge verursacht hat.

Nach

Darstellung der Angeklagten

hat sich der Vorgang so abgepielt: Kranert, der zu den Streikenden gehörte, kam hinzu, als ein anderer mit einem der aus der Fabrik kommenden Arbeitswilligen sprach. In dies Gespräch mischten sich Meinel und Ruppert und nahmen Partei für den Arbeitswilligen. Infolgedessen hatte sich eine kleinere Menschenmenge angeammelt, aus deren Mitte Schimpfworte wie Streikbrecher, Hallunke usw. fielen. Kranert sagte zu Meinel und Ruppert: sie sollten sich nicht in das Gespräch mischen; die Sache ginge sie nichts an. Jetzt holte Ruppert einen Schuhmann, um Kranert verhaften zu lassen. Kranert suchte sich dem zu entziehen, indem er in ein Haus ging. Meinel, Ruppert und der Schuhmann Bauz gingen in das Haus und Kranert wurde festgenommen. Als sie aus dem Hause heraustraten, sahen sie sich einer Ansammlung von mehreren hundert Personen gegenüber.

Ruppert zog einen Revolver

und bedrohte damit die Umstehenden.

Da rief die Menge: „Haut den Hund, der hat einen Revolver, der schießt zu.“ — In diesem Augenblick kam der Angeklagte Trogisch, wie er angibt, erst hinzu. Er sah, daß der Revolverheld Ruppert von anderen niedergeworfen wurde, und zwar von hinten, und daß dann mehrere auf Rupperts Rücken traten. Trogisch hüfte sich, um Ruppert den Revolver zu entreißen. In diesem Augenblick erhielt Trogisch von dem Schuhmann Bauz zwei Säbelschläge über den Kopf. Der erste Schieb brachte ihm eine Wunde bei, der zweite glitt an der Futtertempe ab und kann möglicherweise den Hinterkopf des mit dem Gesicht nach unten liegenden Ruppert getroffen haben.

Die

Anklage

behauptet dagegen, Kranert habe sich an den Schimpfereien auf die Arbeitswilligen beteiligt. Deshalb habe ihn Ruppert festnehmen lassen wollen. Trogisch habe den Ruppert zu Boden geworfen und ihm dann zwei Messerschläge in den Hinterkopf versetzt. Deshalb habe Schuhmann Bauz, um Ruppert vor weiteren Angriffen zu schützen, mit dem Säbel auf Trogisch eingeschlagen. In diesem Augenblick habe Kranert den Schuhmann von hinten zurückgerissen.

Die

Beweisaufnahme

drehte sich zunächst um die

Ursachen des Streiks.

Tischlermeister Raabe gab als Zeuge an: er habe nicht zu niedrige Löhne gezahlt. Das gehe daraus hervor, daß die bei ihm beschäftigten Bauarbeiter 30 bis 50 Mark in der Woche verdienten.

Obermeister Rahardt sagte aus: er habe aus Affordgetzeln festgestellt, daß Raabe, der dem Arbeitgeberschutzverband nicht angehört, geringere Affordlöhne zahlte, als im Tarif vorgeschrieben sind. Deshalb war der Streik auch vom Standpunkt der organisierten Arbeitgeber berechtigt. Diese Ansicht hat auch die „Nachzeitung der Tischlermeister“ vertreten. Dadurch, daß Raabe zu geringe Affordlöhne zahlte, verdienten die betreffenden Gesellen wöchentlich etwa 6 Mark weniger als in tarifreuen Betrieben. Ein Angeklagter des Arbeitgeberschutzverbandes erlaubte die Polizei, den Streikenden bei Raabe keine Schwierigkeiten zu machen, weil der Streik berechtigt sei. Auch die gelben Arbeiter haben bei Raabe mitgestreikt und vom Arbeitgeberschutzverband Streikunterstützung erhalten.

Zum Gegenstand der

Anklage selbst

25jährige Tischler Anton Meinel

vernommen. Er gab zunächst an, daß er nur in solchen Betrieben arbeite, wo gestreikt wird. Als Grund dafür gab er an, die organisierten Arbeiter wollten mit ihm nicht zusammenarbeiten, weil er sich schon früher als Streikbrecher betätigt hat. Zur fraglichen Zeit arbeitete er als Streikbrecher in der Tischlerei von Brehmer in Lichtenberg zusammen mit seinem Kameraden Ruppert. Am Abend des 1. April gingen beide nach der Tischlerei von Raabe. Dort war ein Freund von ihnen, der Tischler Schen, als Arbeitswilliger tätig, durch dessen Vermittlung Ruppert und Meinel ebenfalls bei Raabe anzukommen suchten wollten. Während die beiden auf der Straße ihren Freund Schen erwarteten, sei Kranert — so sagt Meinel — an sie herangeritten, habe gesagt, was sie hier zu suchen hätten. Dann seien sie beschimpft worden. Ruppert habe einen Schuhmann geholt, um Kranert festnehmen zu lassen. Auf Veranlassung der Vertreter Dr. Heinemann und Dr. Kurt Rosenfeld wurde auch das

Vorleben Meinel

belauscht. Festgestellt wurde, daß Meinel, während er als Arbeitswilliger in Zeulenroda tätig war, gemeinsam mit anderen Arbeitswilligen mit dritten Personen auf der Straße Streit angefangen und einen derselben mit einem Stein in die Schulter gestoßen hat. In einem anderen Falle ist Meinel wegen Revolver-schießerei in eine geringe Strafe genommen worden. Unbestritten ist, daß Meinel ein Verhältnis mit einem unter Tütenkontrolle stehenden Mädchen hatte, das wegen Diebstahls eine längere Gefängnisstrafe abtat. — Nach der Aussage eines Zeugen Brodes hat Meinel zu diesem gesagt, er habe das gestohlene Geld erhalten. Das Mädchen habe aus dem Gefängnis dem Meinel geschrieben, sie wolle einen anderen Lebenswandel beginnen und sich nach Beendigung ihrer Strafe durch Arbeit ernähren. Meinel aber habe seiner Geliebten geantwortet, wenn er das Verhältnis mit ihr fortsetzen solle, dann dürfe sie nicht arbeiten, sondern müsse striehen gehen. — Meinel behauptet, diese gestohlene Geld bekommen habe, befreit er. Der Zeuge Brodes blieb dabei, daß Meinel ihm das so erzählt habe. Allerdings trinke Meinel manchmal viel und dann sei er nicht richtig im Kopf.

Daß Meinel auch bei anderen Gelegenheiten ohne jede Veranlassung mit dem Schießeszen gedroht hat, dafür konnte der Zeuge v. Zilensky ein Beispiel anführen. Dieser Zeuge hatte als Krankenkontrollleur den mit Meinel zusammenwohnenden Ruppert zu besuchen. Als der Zeuge, noch ehe ihm die Wohnungstür geöffnet wurde, angegeben hatte, wer er sei und weshalb er komme, trat ihm Ruppert, nachdem die Tür geöffnet war, mit erhobenem Revolver entgegen. Schon bei einem früheren Besuch sah der Zeuge auf dem

Tisch bei Ruppert und Meinel zwei Revolver liegen. Die beiden erklärten den Besitz der Waffen, indem sie sagten, als Arbeitswillige müßten sie auf alles vorbereitet sein.

Der Revolver gehörte ihm zum Handwerkszeug.

Der folgende Zeuge, der

25jährige Tischler Joseph Ruppert,

hat in Magdeburg, wo er als Arbeitswilliger seine verwerflichen Dienste verrichtete, einen Streikenden erschossen. Er ist deswegen angeklagt gewesen, aber vom Schwurgericht freigesprochen worden, auch hat er wegen der nach Ansicht des Gerichts unschuldig erlittenen Unterdrückung eine Entschädigung aus der Staatskasse erhalten. — Seine Angaben über den vorliegenden Anklagefall decken sich mit denen seines Freundes Meinel.

Ueber den wesentlichen Bestandteil der Anklage, nämlich den Vorgang nach dem Erscheinen des Schuhmanns,

wo die den Angeklagten zur Last gelegten schweren Straftaten sich ereignet haben sollen, wurde vom Schuhmann Bauz und anderen Zeugen folgende Darstellung gegeben: Bauz, Meinel und Ruppert gingen in den Hausflur, in den sich Kranert zurückgezogen hatte, als Ruppert nach dem Schuhmann gegangen war. Schuhmann Bauz nahm Kranert fest. Zuerst verließen Meinel und Ruppert das Haus, kurz darauf folgte der Schuhmann mit Kranert. Auf der Straße hatte sich eine größere Menschenmenge angeammelt. Um sich einen Weg durch die Menge zu bahnen, zog Ruppert den Revolver und rief den Leuten zu: „Wenn mir jemand zu nahe kommt, so schieße ich.“ — Ruppert will gleich beim Herausretren aus dem Hause von der Menge beschimpft und bedroht worden sein und deshalb zum Revolver gegriffen haben. Nach der Angabe anderer Zeugen hat die Menge erst dann ihre Entrüstung bekundet, als sie von Ruppert mit dem Revolver bedroht wurde. Erst infolgedessen schimpfte man: „Haut den Hund, der schießt ja.“ Dann stürzten sich 6 bis 7 Personen aus der Menge auf Ruppert, der acht Schüsse abgab. Ruppert wurde zu Boden geworfen und

die Waffe wurde ihm entwendet.

während mehrere Menschen auf ihm traten. Unter diesen befand sich auch der Angeklagte Trogisch. — Nach Angabe des Schuhmanns Bauz schlug Trogisch auf Ruppert ein. Der Schuhmann sagt, er habe Trogisch aufgefordert, von Ruppert abzulassen. Weil Trogisch dieser Aufforderung nicht folgte, habe er, der Schuhmann, den Angeklagten Trogisch mit dem Säbel einmal über den Kopf geschlagen. Trogisch sei infolgedessen gleich hingefallen, dann nach der Rettungswache gebracht und verbunden worden. Während er noch hier weilte, erlösen auch der Schuhmann Bauz und soll er — wie Trogisch angibt — gesagt haben, es würde ihm leid tun, wenn er einen Unschuldigen geschlagen hätte. — Schuhmann Bauz bestreitet allerdings, das gesagt zu haben.

Weiter wurde noch festgestellt, daß dem Ruppert, als ihn die Menschen niedergeworfen hatten,

auf der Revolver auch ein bolschartiges Messer

abgenommen wurde. Ein Zeuge gab an, daß Ruppert schon bei dem ersten Gespräch mit Kranert eine herausfordernde Haltung angenommen und mit der Hand in der Tasche, wo er anscheinend eine Waffe hatte, dahinstand.

Hinsichtlich des Vorlebens des Arbeitswilligen Meinel wurde noch festgestellt, daß er sich aus Seel, wo er auch Arbeitswilligendienste leistete, wegen erheblicher Schulden heimlich entfernte und seinen Gläubiger dann durch Postkarte mitteilte, daß er an Bezahlung der Schulden nicht denke.

Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt, beide Angeklagte im Sinne der Anklage schuldig zu sprechen.

Die beiden Verteidiger, Rechtsanwälte Dr. Heinemann und Dr. Kurt Rosenfeld, kennzeichneten den Zeugen Meinel als völlig unglaubwürdig. Dieser Mann, der sich unter Hinterlassung von Schulden heimlich entfernte, der sich durch sein Verhältnis mit einer Prostituierten als Zuhälter betätigte, der jemanden mit einem Stein so erheblich verwundete, daß der Verletzte drei Wochen arbeitsunfähig war, sei völlig unglaubwürdig. Auch die Aussagen der übrigen Zeugen hätten keinen Beweis für die Schuld der Angeklagten ergeben. Deshalb beantragten die Verteidiger die völlige Freisprechung der Angeklagten.

Die den Geschworenen vorgelegten Schuldfragen lauteten hinsichtlich der beiden Angeklagten auf Verleumdung von Meinel und Ruppert, Teilnahme an einer öffentlichen Zusammenrottung als Rädelsführer und durch Gewalttätigkeiten gegen Personen (schwerer Landfriedensbruch). Außerdem ist hinsichtlich des Angeklagten Trogisch die Frage nach gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung und hinsichtlich des Angeklagten Kranert die Frage nach Widerstand gegen die Staatsgewalt gestellt.

Nach fast einstündiger Beratung verneinten die Geschworenen sämtliche Schuldfragen.

Darauf sprach das Gericht die Angeklagten frei.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (R. a. G.) zu Hamburg. Filiale Baumhulsenweg. Sonnabend, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, für den Verstorbenen, Versammlung und Jahlabend im Lokal von Jul. Schmidt, Reiholzstr. 22.

Dr. Simmel Ein grauer Kopf

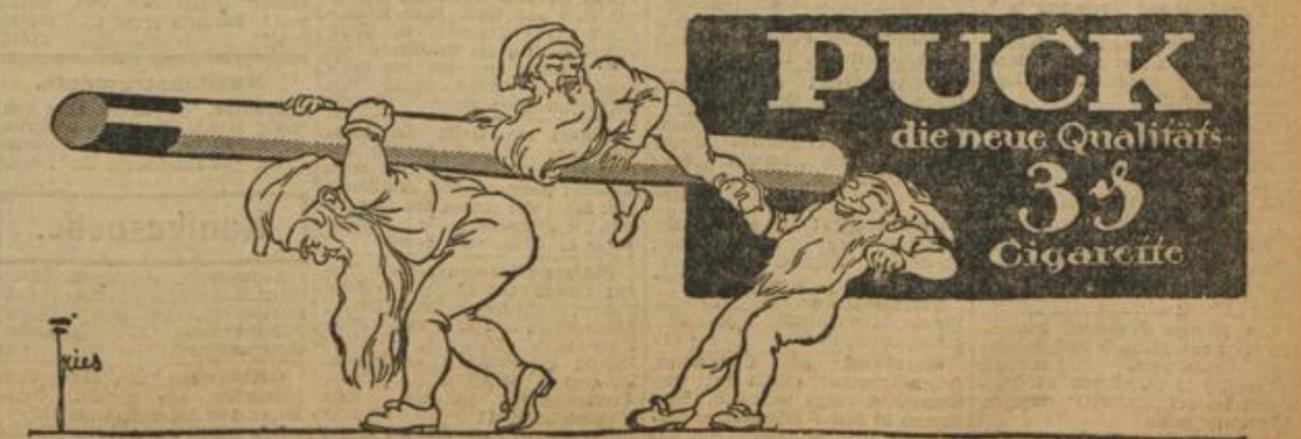
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12.

Hautleiden

Jetzt bin ich in der Lage, Ihnen meinen herzlichsten Dank für Ihre wundervoll heilende Medizin, die mich vollständig von dem schauderhaften Hautleiden befreit hat, voll und ganz zu zahlen. Gustav Ziching, Wühelstr. (Bez. Halle). Die patentmäßige Hautpillen in Berlin geschäftlich in allen Vororten in allen Apotheken zu haben. Vorort: Berlin nach auswärts durch Blamarc-Apotheke, Berlin, Wrangelstr. 47. Postkarte genügt.

In Freien Stunden

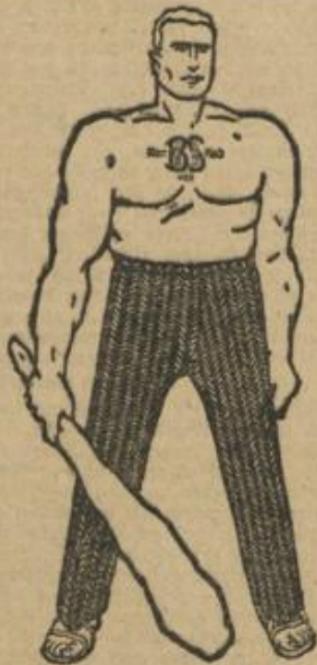
Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.



DIE KERN- und KRAFT HOSEN-WOCHE

Besonders billige Ausnahme-Preise!

Vorverkauf heute!



Vorverkauf heute!

Beachten Sie das morgige Inserat!

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung
 Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
 Gr. Frankfurter Straße 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10
 Sonntag nur von 12-2 geöffnet. Sonntag nur von 12-2 geöffnet.

Der Haupt-Katalog Nr. 48 (Neueste Moden) kostenfrei Nachdruckverbot.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutsstr. 16/26.

Unsere Mitglieder zur gefälligen Kenntnis, daß ein Waggon

Australische Kaninchen

eingetroffen ist, die in unseren sämtlichen Verkaufsstellen mit 90 Pfg. pro Stück zum Verkauf gelangen. [103/1] Der Vorstand.

Maassen

R. M. G. m. b. H.

Spezial-Angebote unseres Stammhauses Am Dranienplatz

Neue Frühjahrs-Kostüme aus modernen Stoffen, in neuesten Fassons 18⁵⁰ 25⁵⁰ 34⁰⁰ 45⁰⁰

Neue Frühjahrs-Mäntel aus modernen Stoffen, in neuesten Formen 12⁵⁰ 17⁵⁰ 24⁵⁰ 36⁰⁰

Neue Frühjahrs-Kleider aus Wollkrepp u. Seide, in reizend. Ausführungen 17⁵⁰ 21⁵⁰ 29⁵⁰ 33⁵⁰

Kinder-Konfektion

Mädchen-Kleider und -Mäntel 6⁷⁵ 8⁵⁰ 11⁵⁰
 Knaben-Anzüge und -Paletots 3⁵⁰ 5⁹⁰ 8⁷⁵

Neue Frühjahrs-Blusen

aus Wollkrepp, Seide, Tüll, Voile und Musseline . . . 3⁷⁵ 5⁵⁰ 7⁵⁰ 9⁷⁵

Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

Henkel's Bleich-Soda für den Hausputz

Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Möbel

direkt in der Möbelfabrik H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung. 35

Möbel (Büret).

Zahlung liefert Wohnungseinrichtungen, auch Einzelmöbel, bei festlicher Anzahlung und den allerbesten Materialabgaben. Postlagerkarte 3, Postamt 22. 2029R*

Wohnung.

Wohnung für 2 Personen, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Möbelhandlung.

Möbelhandlung, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Wohnung.

Wohnung für 2 Personen, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Möbelhandlung.

Möbelhandlung, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Wohnung.

Wohnung für 2 Personen, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Möbelhandlung.

Möbelhandlung, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Wohnung.

Wohnung für 2 Personen, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Möbelhandlung.

Möbelhandlung, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Vermietungen.

Wohnung, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Wohnung.

Wohnung für 2 Personen, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Möbelhandlung.

Möbelhandlung, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Wohnung.

Wohnung für 2 Personen, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Möbelhandlung.

Möbelhandlung, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Wohnung.

Wohnung für 2 Personen, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Möbelhandlung.

Möbelhandlung, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Wohnung.

Wohnung für 2 Personen, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Möbelhandlung.

Möbelhandlung, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Verkäufe.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Raystoffen 25-60 Mark, Westen 6-18 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Teppiche (schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Brünn, Nadescher Markt 4, Bahnhofstraße. (Teiler des "Vormwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Fachhandel für Gartenmöbel Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Gartens, Gemüse- und Obstgärten von Max Hebbel. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3.50 Mark. Expedition Vormwärts, Lindenstr. 66.

Teppich-Thomas, Dranienstr. 44 (schlechte) Teppiche (schlechte) Teppichlager Brünn, Nadescher Markt 4, Bahnhofstraße. (Teiler des "Vormwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Teppich-Thomas, Dranienstr. 44 (schlechte) Teppiche (schlechte) Teppichlager Brünn, Nadescher Markt 4, Bahnhofstraße. (Teiler des "Vormwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Teppich-Thomas, Dranienstr. 44 (schlechte) Teppiche (schlechte) Teppichlager Brünn, Nadescher Markt 4, Bahnhofstraße. (Teiler des "Vormwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Teppich-Thomas, Dranienstr. 44 (schlechte) Teppiche (schlechte) Teppichlager Brünn, Nadescher Markt 4, Bahnhofstraße. (Teiler des "Vormwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Teppich-Thomas, Dranienstr. 44 (schlechte) Teppiche (schlechte) Teppichlager Brünn, Nadescher Markt 4, Bahnhofstraße. (Teiler des "Vormwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Teppich-Thomas, Dranienstr. 44 (schlechte) Teppiche (schlechte) Teppichlager Brünn, Nadescher Markt 4, Bahnhofstraße. (Teiler des "Vormwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Teppich-Thomas, Dranienstr. 44 (schlechte) Teppiche (schlechte) Teppichlager Brünn, Nadescher Markt 4, Bahnhofstraße. (Teiler des "Vormwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Teppich-Thomas, Dranienstr. 44 (schlechte) Teppiche (schlechte) Teppichlager Brünn, Nadescher Markt 4, Bahnhofstraße. (Teiler des "Vormwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Teppich-Thomas, Dranienstr. 44 (schlechte) Teppiche (schlechte) Teppichlager Brünn, Nadescher Markt 4, Bahnhofstraße. (Teiler des "Vormwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Teppich-Thomas, Dranienstr. 44 (schlechte) Teppiche (schlechte) Teppichlager Brünn, Nadescher Markt 4, Bahnhofstraße. (Teiler des "Vormwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Teppich-Thomas, Dranienstr. 44 (schlechte) Teppiche (schlechte) Teppichlager Brünn, Nadescher Markt 4, Bahnhofstraße. (Teiler des "Vormwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Teppich-Thomas, Dranienstr. 44 (schlechte) Teppiche (schlechte) Teppichlager Brünn, Nadescher Markt 4, Bahnhofstraße. (Teiler des "Vormwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Teppich-Thomas, Dranienstr. 44 (schlechte) Teppiche (schlechte) Teppichlager Brünn, Nadescher Markt 4, Bahnhofstraße. (Teiler des "Vormwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Teppich-Thomas, Dranienstr. 44 (schlechte) Teppiche (schlechte) Teppichlager Brünn, Nadescher Markt 4, Bahnhofstraße. (Teiler des "Vormwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Teppich-Thomas, Dranienstr. 44 (schlechte) Teppiche (schlechte) Teppichlager Brünn, Nadescher Markt 4, Bahnhofstraße. (Teiler des "Vormwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Jugend-Kleiderpreise

kurze Zeit. Extralite gratis und gratis. Teppichlager Brünn, Nadescher Markt 4, Bahnhofstraße. (Teiler des "Vormwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Wohnung.

Wohnung für 2 Personen, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Möbelhandlung.

Möbelhandlung, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Wohnung.

Wohnung für 2 Personen, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Möbelhandlung.

Möbelhandlung, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Wohnung.

Wohnung für 2 Personen, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Möbelhandlung.

Möbelhandlung, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Wohnung.

Wohnung für 2 Personen, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Möbelhandlung.

Möbelhandlung, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Wohnung.

Wohnung für 2 Personen, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Geschäftsverkäufe.

Wittgenstein mit Zweijahreswohnung zu verkaufen. Neudörfel, Weinstraße 8. 103R*

Zigarettenhandel billig. Nadescher Markt 4, Bahnhofstraße. (Teiler des "Vormwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Möbel.

Wohnung für 2 Personen, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Möbelhandlung.

Möbelhandlung, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Wohnung.

Wohnung für 2 Personen, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Möbelhandlung.

Möbelhandlung, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Wohnung.

Wohnung für 2 Personen, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Möbelhandlung.

Möbelhandlung, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Wohnung.

Wohnung für 2 Personen, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Möbelhandlung.

Möbelhandlung, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Wohnung.

Wohnung für 2 Personen, modern, in bester Lage, sofort zu beziehen. Preis 1200. 2029R*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Verein, wird englischer Unterricht erteilt. Aus werden Übersetzungen angefertigt. G. Siewert, Weinstraße 9, Gartenhaus III. 148R*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche. Klavierstimmer, Post 1000, Berliner Straße 10. 148R*

Stellenangebote.

Stellengesuche. Klavierstimmer, Post 1000, Berliner Straße 10. 148R*

Stellenangebote.

Stellengesuche. Klavierstimmer, Post 1000, Berliner Straße 10. 148R*

Stellenangebote.

Stellengesuche. Klavierstimmer, Post 1000, Berliner Straße 10. 148R*

Stellenangebote.

Stellengesuche. Klavierstimmer, Post 1000, Berliner Straße 10. 148R*

Stellenangebote.

Stellengesuche. Klavierstimmer, Post 1000, Berliner Straße 10. 148R*

Stellenangebote.

Stellengesuche. Klavierstimmer, Post 1000, Berliner Straße 10. 148R*

Stellenangebote.

Stellengesuche. Klavierstimmer, Post 1000, Berliner Straße 10. 148R*

Stellenangebote.

Stellengesuche. Klavierstimmer, Post 1000, Berliner Straße 10. 148R*